

Deutschland-Journal 2025

„Kampf gegen rechts“:
Staatsräson der BRD?

2025

Deutschland-Journal



STAATS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE GESELLSCHAFT E. V.



Wer wir sind und was wir wollen

Wir werben für ein Deutschland, dessen Bürger wissen und danach handeln, dass Gesellschaft und Staat ihre Sache sind, und die mit Friedrich d. Gr. es als die „Pflicht jedes guten Staatsbürgers“ begreifen, „seinem Vaterland zu dienen“ und „zum Wohle der Gesellschaft beizutragen...“ (Politisches Testament 1768).

Wir wollen einen Staat, in dem gemäß Art. 2 GG jeder Bürger „nach seiner Fassung selig werden“ kann, soweit er nicht die Freiheit anderer verletzt, besonders auch, dass die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 GG frei von amtlicher oder gesellschaftlicher Achtung gewährleistet ist.

Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit, die im Grundgesetz gefordert ist, in den Gesetzen, in der Rechtsprechung, im politischen und gesellschaftlichen Verhalten und Handeln.

Wir wollen eine Politik, welche die Werte unserer abendländischen Tradition hochhält, von Tatsachen und Erfahrungen ausgeht, statt von Ideologien, und sachgerechte Entscheidungen trifft.

Für unser Geschichtsbild streben wir nach Wahrheit (Tatsächlichkeit) und nach einer gerechten Wertung.

Wir werben dafür, dass wir Deutschen selbstbewusst zu unserer über 1100-jährigen Kultur und ihrem „spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation“ (so der Schweizer Dichter Adolf Muschg) stehen und damit zu unseren Tugenden, die ein wichtiger Teil unserer Eigenart sind. Denn nur so können wir den inneren Frieden gegenüber Anfechtungen erhalten und die Einwanderer an uns binden, die wir haben wollen. Nur so können wir auch unsere Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.

Wir sind für eine Europäische Union demokratisch selbstbestimmter Vaterländer. Ihr Wettbewerb um die besten Lösungen gibt Europa die nötige Kraft, um sich in der Welt zu behaupten.

Demgemäß sprechen unsere Vortragenden einen von politischer Korrektheit ungetrübten Klartext, um anhand der Fakten die Lage und die Folgerungen daraus möglichst sachgerecht darzustellen. Das soll die Zuhörer befähigen, sich ein eigenes Urteil über die für uns bedeutsamen Vorgänge zu bilden und sachkundig in ihrem Wirkungskreis zu argumentieren.

Wir können mit unserem Tun nicht die Welt aus den Angeln heben. Doch wir dienen damit einem Bedürfnis sehr vieler Menschen, die bei der Bildung der wirklichen öffentlichen Meinung dazu beitragen wollen, dass in Deutschland das für das Gemeinwohl Beste getan wird oder als Möglichkeit zumindest ins allgemeine Bewusstsein gelangt.

Die SWG, 1962 in Köln gegründet, hat über 3.000 Mitglieder und Freunde auch über Deutschland hinaus. In den Regios Kiel, Lübeck, Hamburg und Hannover führt sie pro Jahr zahlreiche Vortragsveranstaltungen durch, dazu einen Seminartag in Hamburg. Mitglieder und Freunde erhalten ein Deutschland-Journal am Jahresende mit Vorträgen und Aufsätzen, gegen Jahresmitte eine Sonderausgabe des Journals als Dokumentation des Seminartages plus dazu passenden Anhängen mit der Bitte um eine Spende. Interessenten erhalten das Heft gegen Einsendung einer Spende (Anhalt: 5 €). Die SWG finanziert ihre ehrenamtliche Tätigkeit allein durch Privatspenden und den Mitgliedsbeitrag (35 €).

Internetportal mit Informationen/Kommentaren, auch den kompletten Deutschland-Journalen, unter: www.swg-mobil.de.



Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

LINKS- ENTTARNT.de

Die Antwort auf den „Kampf gegen Rechts“

Deutschland-Journal

„Kampf gegen rechts“: Staatsräson der BRD?

Zum Titelbild:

Wichtige Frage, welche in heutiger Sitzung bedacht wird.

Wie lange möchte uns das Denken noch erlaubt bleiben?

„Der Denker-Club“ –

Karikatur von 1819 über die Auswirkungen der Karlsbader Beschlüsse.



Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Kleine swg-Reihe, Heft 111
ISSN 0944-324X ISBN 978-3-88527-136-9
Redaktion: Bernd Kallina

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Liebe Leser!

Was wäre aus Ihrer Sicht zu verbessern?
Wem könnten wir das Journal auch noch zusenden?
Antworten bitte an eine der unten angegebenen Adressen

Mit Dank voraus
Vorstand und Redaktion

© 2025 by Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.
Geschäftsführender Vorstand: Stephan Ehmke, Dipl.-Päd., Vors./
Bernd Kallina, Dipl.sc.pol., Stv. Vors.
Beirat: Wilhelm v. Gottberg, Prof. Dr. Karl-Heinz Kuhlmann,
Dr. Dieter Ose, Dr. Helmut Roewer, Generalmajor a.D. Gerd
Schultze-Rhonhof

Achtung! Neue Postadresse der SWG:

An der Alster 6 - 20099 Hamburg
geschaeftsstelle@swg-mobil.de / www.swg-mobil.de
Vereinsregister Hamburg
Hamburger Sparkasse IBAN: DE60 2005 0550 1397 1243 87
Satz und Druck: Satzbüro Thomas, Bonn

zur ZEIT

DAS WOCHENMAGAZIN

Die andere Perspektive

Das Wochenmagazin für
Österreich und Deutschland mit der
politisch unkorrekten Perspektive

Immer Freitags neu in der Trafik!
Information aus Politik und Kultur für Leser,
die Unabhängigkeit schätzen

Bei Fragen zum Abonnement
oder an die Redaktion
kontaktieren Sie bitte:

E-Mail: verlag@zurzeit.at

oder Tel.:

(+43/1) 712 10 57

Internet:

www.ZurZeit.at

Gratis Probeabo:

www.ZurZeit.at



Gratis Probeabo: www.ZurZeit.at

ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT



*DJ-Autor Prof. Felix Dirsch
über 89 Jahre Kriegsende*



*Tagung des PEN-Zentrums 1949 in Hamburg mit
Dolf Sternberg*

Vorwort 6
Stephan Ehmke mit einer kleinen
Chronik der laufenden Ereig-
nisse.

**80 Jahre Kriegsende und
76 Jahre Bundesrepublik..... 15**
Felix Dirsch 80 Jahre Kriegsende
und 76 Jahre Bundesrepublik.

**Die BRD als „Kampf
gegen rechts“-Staat23**
Josef Schüßlburner mit biogra-
fisch gewonnenen Einsichten.

**Der niederländische
Schriftsteller Leon de Winter
stellt sich die Frage 37**
„Bin ich jetzt gesichert rechtsex-
trem?“

Karlheinz Weissmann 41
bilanziert die wechselvolle „Ge-
schicht der deutschen Nach-
kriegsrechten“.

**Staatsversagen:
Schuldenorgie54**
Eberhard Hamer wirft einen kri-
tischen Blick auf den Haushalt
der Bundesregierung.

**„Macht den rechten Flügel
stark!“ 57**
Josef Schüßlburner zieht Lehren
aus dem Entschwinden einer
etablierten Rechtspartei.

**Amerika: Konservativ und
patriotisch 69**
Manfred Backerra analysiert das
„Mandate of Leadership“ in der
zweiten Ära von Ronald Trump.

**Amerika im Frieden
mit der Welt88**

SWG-Regio-Berichte 93
Die *Regio-Leiter* von Kiel und
Lübeck berichten.



Alternative für Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



AfD-Bundestagsfraktion: Endlich eine rechte Volkspartei

*Dr. Karlheinz Weißmann
im Interview*

Lesenswerte Bücher:

Klaus von Dohnanyi:

*Nationale Interessen –
Orientierung für deutsche und
europäische Politik in Zeiten
globaler Umbrüche.97*

Markus C. Kerber:

*Führung und Verantwortung –
Das Strategie-Defizit
Deutschlands und seine
Überwindung.99*

Josef Schüßlburner/Bernd

Kallina:
*Als Rechtsabweichler im
Ministerium.101*

Karlheinz Weißmann:

*Zwischen Reich und
Republik.103*

Simone Baum:

Die Potsdam-Legende.107

Josef Kraus:

Im Rausch der Dekadenz.109

Werner Reichel:

*Best of Baerbock – Der
Karrieresprung vom Trampolin
ins Außenministerium.111*

Helmut Roewer:

Nicht mein Krieg.113

Ansgar Graw:

Die Ära Trump.116

Christiane Göbel:

*Eine (Quer)Denkerin packt
aus.119*

**Eisblumen. Nonkonformistische
Lyrik im Dritten Reich. Eine
Anthologie.121**

Unsere Anzeigen:

Ares-Verlag, Abendland, Book-
Today-Verlag, Freilich, Gerhard-
Hess-Verlag, links-enttarnt.net,
Lepanto Verlag, TUMULT, Zur Zeit.

Das SWG-Begleitblatt liegt allen DJ-
Exemplaren der Gesamtauflage bei.

Stephan Ehmke

Vorwort: Kleine Chronik laufender Ereignisse

Liebe Mitglieder und Freunde der SWG!



Was soll ich schreiben? Es ist so langweilig in der Welt, nichts passiert.

Also reden wir übers Wetter.

Das ist natürlich nur ein Scherz. Wir leben wohl in den spannendsten und interessantesten Zeiten seit dem Zweiten Weltkrieg, der vor 80 Jahren endete. Ob man die Ereignisse positiv, negativ oder neutral bewertet – man weiß kaum, wo man anfangen soll.

Der 8. Mai 1945 war für die meisten Deutschen keine „Befreiung“

Aber beginnen wir beim 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, der am 8. Mai 2025 begangen wurde. Wir durften die „Befreiungsfeiern“ landauf-landab erleben und die dazugehörigen salbungsvollen Reden der Politiker hören. Es hat sich nichts geändert – wer das offizielle Narrativ von der „Befreiung“ kritisiert, wird in die äußerst rechte Ecke gestellt. Die SWG ließ sich davon nicht abschrecken lassen und hat Kritik geübt. Wir bezweifeln nicht, dass der 8. Mai 1945 Befreiung für diejenigen bedeutete, die in den Lagern der Nationalsozialisten litten oder in anderer Weise verfolgt wurde. Wir nehmen uns aber heraus, daran zu erinnern, dass selbiges Datum für jene Deutschen eben keine Befreiung war, für die ab dem Zeitpunkt fürchterliches Leiden und Sterben erst begann.

Wir reden von den Millionen Vertriebenen aus ihrer Heimat. Wir reden von den hunderttausenden Kriegsgefangenen. Und wir reden von der Zivilbevölkerung, welche die Kriegsverbrechen der Flächenbombardements erleben musste, alles verlor und danach Hunger und Krankheit erlitten. Nicht zuletzt reden wir von denjenigen Deutschen (auch Kindern!), die nach der Kapitulation von Tieffliegern

auf Wegen und Straßen abgeschossen wurden, als sie auf der Suche nach etwas Essbarem oder Brennholz waren. In diesen Fällen von einer „Befreiung“ zu sprechen, ist eine Verhöhnung der deutschen Opfer. Leider ist in einer heute vollkommen vergifteten politischen Diskussion an ein gerechtes und an der historischen Wahrheit orientiertes Erinnern nicht zu denken. Hoffen wir, dass sich das ändern wird.

Die skurrilste Bundestagswahl in der Geschichte unseres Landes

Im Februar diesen Jahres haben wir die wohl skurrilsten Bundestagswahlen der Nachkriegsgeschichte erlebt. Parteien, die vom Wähler für ihr Versagen krachend abgestraft wurden, können weiterregieren. Diejenigen, die vom Bürger an der Urne mit Vertrauen und einem hervorragenden Ergebnis bedacht worden sind, werden von der Regierung ausgeschlossen. Ein Kandidat, der so ziemlich alle Wahlversprechungen gebrochen hat, wird von den versammelten Wahlverlierern im Parlament, wenn auch holprig, ins Kanzleramt gewählt. Vorher war mit dem längst aufgelösten Bundestag der alten Wahlperiode noch eine der weitreichendsten Verfassungsänderungen durchgepeitscht worden, die es bisher gegeben hat. Das mag gerade noch legal gewesen sein. Aber ist das wirklich noch demokratisch? Daran dürfen Zweifel angemeldet werden.

Diese Änderungen des Grundgesetzes brachten nicht nur die Installation eines neuen Staatszieles, des „Klimaschutzes“, aufgrund einer höchst fragwürdigen und unbewiesenen These vom „menschengemachten Klimawandel“, sondern auch den Freibrief für künftige Regierungen, hemmungslos Schulden machen zu können. Führende Staatsrechtler haben vor den verheerenden Folgen gewarnt. Nicht nur besteht die Gefahr der Unterordnung der Grundrechte unter das „Klimaziel“, sondern es droht auch das Einklagen von „Klimaschutzmaßnahmen“, die weitere Milliardenschulden erzeugen würden. Schon mit dem beschlossenen 1 Billionen Euro Schuldenpaket werden die künftigen Generationen von Deutschen in unerträglicher Weise belastet.

Landesverteidigung ja, aber im nationalen Interesse

Ein erheblicher Teil des Schuldenpaketes soll in die Landesverteidigung investiert werden. Der neue Bundeskanzler verkündete, die deutschen Streitkräfte sollten die „stärksten Europas werden“.

Jung-Außenminister Johann Wadephul (CDU) assistierte, indem er einen Verteidigungshaushalt von jährlich mehr als 200 Milliarden Euro ankündigte. Auch wir bekennen uns zu einer Landesverteidigung im nationalen Interesse und einer einsatzbereiten deutschen Armee, die in der Tradition preußischen und deutschen Soldatentums steht. Aber neben der Tatsache, dass dies die Schulden des Bundes weiter aufblähen würde, stellt sich die Frage: Wird hier wirklich in die Verteidigung unseres Vaterlandes und Volkes investiert oder werden mehr die Wünsche des globalen militärisch-industriellen Komplexes bedient? Es darf in diesem Zusammenhang angemerkt werden, dass ein bedeutender Anteilseigner der größten Rüstungsunternehmen der Welt ein Konzern namens BlackRock ist und dass ein gewisser Bundeskanzler Merz jahrelang Vorstandsvorsitzender der deutschen Abteilung desselben Unternehmens gewesen ist. Hat das kein „Geschmäckle“?

Gefährlich sind Merz beständige Drohungen, Taurus-Marschflugkörper, die Moskau zu erreichen in der Lage sind, an die Ukraine zu liefern. Jedermann weiß, dass die Waffen aufgrund ihrer Komplexität nur von deutschen Experten bedient werden können. Zu Recht ordnet Moskau bereits die Lieferung des Geräts als aggressiven Akt Deutschlands gegen Russland ein. Ein Einsatz der Flugkörper in der Tiefe Russlands könnte Putin zu einer direkten militärischen Antwort gegen Deutschland, auch gegen deutsches Territorium, provozieren.

Für eine Außenpolitik mit Maß und Vernunft – auch gegenüber Russland

Unser Land ist gegen die modernen russischen Fernwaffen vollkommen wehrlos. Wir haben keinen Schutzschirm gegen Hyper-schallwaffen. Auch dies eine Folge der Schwächung unserer Streitkräfte nach 1990 durch eine massive Abrüstung. Und ob unsere „Freunde“ in der EU uns zu Hilfe eilen werden, ist ebenfalls mehr als unsicher. Die USA haben in der Vergangenheit klar gemacht, dass Handel, die NATO-Staaten gegen Russland aus eigener Initiative vom Zaun brechen, kein Grund seien, den Bündnisfall auszulösen. Frankreich und England sind ohnehin dafür bekannt, dass sie im Frieden andere Länder gerne zu aggressiven Haltungen gegen Dritte aufstacheln, um sie im Ernstfall dann ohne Weiteres fallen zu lassen.

Natürlich werden auch die Taurus-Waffen am russischen Sieg gegen die Ukraine nichts mehr ändern können. Denn die wichtigen russi-

schen Einrichtungen der Rüstungsproduktion liegen so weit im Osten, dass sie von keiner konventionellen Waffe des Westens erreicht werden können. Taurus-Angriffe reichen aber aus, in Deutschland ein flammendes Inferno auszulösen, wenn der deutsche Kanzler nicht bald gestoppt wird.

Eine auf Realpolitik und Vernunft basierende deutsche Außenpolitik würde auf einen Ausgleich und eine Verständigung mit Russland abzielen. Dies als ein notwendiges Gegengewicht gegen die einseitige Abhängigkeit von den USA und der EU und als ein Beitrag zur deutschen Souveränität. Und sie würde mit dem ideologischen Unsinn aufräumen, Russland würde in irgendeiner Weise eine Bedrohung für unser Land darstellen. Eine Behauptung, die ohnehin nur dazu dienen soll, dem Volk Angst einzujagen und es dazu bereit zu machen, weiteren Billionenschulden für eine Aufrüstung zuzustimmen, die ohnehin nie stattfinden wird. Denn das Geld versickert schon jetzt in den dunklen Kanälen des Globalismus. Und noch einmal: In der Ukraine wurden und werden keinerlei deutsche Interessen verteidigt, nur die des weltweiten militärisch-industriell-finanziell-digitalen Komplexes.

Die Zivilbevölkerung in Gaza muss geschützt werden

Beendet werden muss auch das Leiden der Zivilbevölkerung im Gazastreifen. Das Vorgehen Israels ist mit dem unbestreitbaren Recht des Landes auf Selbstverteidigung nicht mehr zu rechtfertigen. Durch Bombardierungen und Hungerblockaden sind seit Oktober 2023 bereits zehntausende Palästinenser, vor allem Frauen und Kinder, getötet oder verletzt worden. Blockiert wird seitens Israel auch die medizinische Versorgung der Zivilbevölkerung. Die Vereinten Nationen haben dieses Verhalten Israels bereits mehrfach klar verurteilt. Bedauerlicherweise herrscht zu diesen Vorgängen seitens der deutschen Politik und der meisten Medien Stillschweigen, ein Schweigen, dass dringend gebrochen werden muss!

Was ist mit der versprochenen „Migrationswende“?

Fast sah es so aus, als ob Merz doch noch eines seiner Wahlversprechen halten würde: Die Abstellung der illegalen Grenzübertreter. Eine entsprechende Anordnung an die Bundespolizei hatte der neue

Innenminister Dobrindt (CSU) erlassen. Doch auf dem Fuße gab es Sperrfeuer vom Koalitionspartner SPD. Dort betritt man, dass diese Anweisung wirksam sei, Sprecher der Polizeigewerkschaften bejahen das allerdings. Was denn nun? Beobachter an den deutschen Grenzen berichten, dass sich bis dato nichts getan hätte. Also wieder ein Täuschungsmanöver? Mittlerweile wird jeder, der die in weiten Teilen verfassungswidrige Massenzuwanderung kritisiert, als „gesicherter Rechtsextremist“ beschimpft. Dabei wird nur das gefordert, was in jedem anderen Land der Welt völlig selbstverständlich ist: dass Zuwanderung im Interesse des aufnehmenden Landes geschehen soll und dass Ausländer, die sich Straftaten zu Schulden kommen lassen, ausgewiesen werden.

Es gibt ein ethnisch-kulturelles deutsches Volk

In diesem Zusammenhang ein Wort zu dem Hauptvorwurf seitens des Verfassungsschutzes, den zurzeit die AfD trifft: Die Verwendung eines ethno-kulturellen Volksbegriffes. Dass dies keineswegs verfassungsfeindlich ist, hat neben anderen Juristen der Staatsrechtler Prof. Dr. Dietrich Murswiek klargestellt. Die Tatsache, dass es ein ethnisch-kulturelles deutsches Volk gibt, schließt nicht aus, dass alle deutschen Staatsangehörigen, auch wenn sie diesem ethnisch-kulturellen deutschen Volk nicht angehören, als „Staatsvolk“ die gleichen Rechte und Pflichten gem. Grundgesetz haben. Beide Tatsachen widersprechen sich nicht. Wer also sagt: „Es gibt ein ethnisch-kulturelles deutsches Volk“, diskriminiert keinen deutschen Staatsangehörigen, der diesem Volk nicht angehört. Murswiek weist in seiner Argumentation ausdrücklich auf die ethnischen Minderheiten hin, welche die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und sich dennoch anderen ethnisch-kulturellen Völkern zugehörig fühlen, wie Dänen, Friesen oder Sorben.

Das Recht dieser Minderheiten auf Bewahrung ihrer Identität steht ausdrücklich unter dem Schutz des Grundgesetzes. Gleiches muss also auch für das deutsche Mehrheitsvolk gelten. Der deutsche Verfassungsschutz sieht das anders. Nach dieser Behörde ist jeder ein Verfassungsfeind, der behauptet, es gebe ein ethnisch-kulturelles deutsches Volk. Dass diese Auffassung selbst verfassungswidrig ist, geht aus dem oben Gesagten klar hervor. Mehr noch, es ist eine gefährliche Auffassung, da sie die Notwendigkeit der Beseitigung der Identität ethnisch-kultureller Völker impliziert. Dies aber stellt eindeutig einen Verstoß gegen das

in der Charta der Vereinten Nationen international kodifizierte Völkerrecht dar.

In den Müll mit dem sogenannten „Gutachten“ gegen die AfD

Auch die Mainstream-Presse (abzüglich der Regierungstrompeten, wie Spiegel oder SZ) zeigt sich entsetzt, wie der sogenannte „Verfassungsschutz“ bereits harmloseste Kritik an Regierungsmaßnahmen als Bestrebung bewertet, die Freiheitlich Demokratische Grundordnung beseitigen zu wollen. So im Falle des sogenannten „Gutachtens“ gegen die AfD, das von mehreren unabhängigen Medien vollständig veröffentlicht worden ist. Warum der „Dienst“ und seine politischen Vorgesetzten im Bundesinnenministerium das Pamphlet (anders kann man es nämlich nicht nennen) geheim halten wollten, wird jetzt allzu deutlich. Jargon und Inhalt erinnern stark an die Verfolgung von Oppositionellen in der DDR, wo jeder, der nicht Sozialist war oder sein wollte, zum „Staatsfeind“ erklärt und erledigt wurde.

Unabhängige Presse und juristische Experten haben das „Gutachten“ Stück für Stück auseinandergenommen. Andreas Rosenfelder unterstellte den „Verfassungsschützern“ in der WELT (14.5.25) treffend eine „paranoide Logik“. Mathias Brodkorb, ehemaliger Finanzminister in Mecklenburg-Vorpommern (SPD), der bei der Zeitschrift „Cicero“ das „Gutachten“ veröffentlichte meinte gar „... das ist keine seriöse Arbeit, das nähert sich eher einem Fall für die Psychiatrie“. Da muss man nicht viel hinzufügen, außer vielleicht den Rat an den neuen Innenminister Alexander Dobrindt, bei seinem Geheimdienst schleunigst aufzuräumen und dort tätige Verfassungsfeinde in den Ruhestand oder die Arbeitslosigkeit zu schicken. Das sogenannte „Gutachten“ sollte er schreddern lassen. Seiner Partei (der CSU) und den anderen sollte er den klugen Rat geben, endlich die Verbotsphantasien gegen die AfD aufzugeben und mit dieser lupenrein demokratischen Partei endlich nach Vernunft und gesundem Menschenverstand umzugehen.

Union: gemeinsame Sache mit Kommunisten

Mein Schlusswort soll der Merkel/Merz-CDU gelten. Um einen zweiten Wahlgang bei der Bundeskanzlerwahl ohne die Stimmen der AfD hinzubekommen, ist die CDU als Bittsteller bei der Links-

ABENDLAND

www.abendland.at

ABENDLAND

1/25
I. QUARTAL
Neue
Ordnung

Beiträge über USAID, Estland, die Sowjetunion,
den Tiroler Freiheitskampf, deutsche
Fürsten im Zweiten Reich u.v.a.m.



Vom „Roten Oktober“ zur „Wiedergeburt Rußlands“

Eine kurze Geschichte der Sowjetunion



Das ist die Geschichte der Sowjetunion, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstand. Sie ist eine Geschichte der Revolution, des Krieges und der Herrschaft. Sie ist eine Geschichte der Hoffnung und der Enttäuschung. Sie ist eine Geschichte der Freiheit und der Unterdrückung. Sie ist eine Geschichte der Liebe und der Hass. Sie ist eine Geschichte der Menschheit.

Die Sowjetunion wurde am 25. Dezember 1922 gegründet. Sie war eine Union von vier Republiken: der Russischen Föderation, der Ukrainischen Volksrepublik, der Georgischen Volksrepublik und der Aserbaidschanischen Volksrepublik. Sie war eine Union von Völkern, die in einer riesigen, kühlen Landschaft lebten. Sie war eine Union von Menschen, die in einer Zeit der großen Veränderungen lebten.

Die Sowjetunion war eine Union von Menschen, die in einer Zeit der großen Veränderungen lebten. Sie war eine Union von Menschen, die in einer Zeit der großen Veränderungen lebten. Sie war eine Union von Menschen, die in einer Zeit der großen Veränderungen lebten.

Jetzt
kostenlos
Probeheft
anfordern!

ARES VERLAG

www.ares-verlag.com

partei vorstellig geworden. Jener Partei, welche die legitimen geistigen und materiellen Erben von Todesstreifen und Selbstschussanlagen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze sind. Deren kommunistische Parteichefin offen einen „Systemwechsel“ und die „Abschaffung des Kapitalismus“ fordert. Tiefer konnte die einst stolze deutsche Christdemokratie nicht mehr sinken.

Zuvor war die Kanzlerschaft des Friedrich Merz bereits durch den bisher einmaligen Vorgang beschädigt worden, als einziger Kandidat in einer Bundeskanzlerwahl im ersten Durchgang durchzufallen. Und dies, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Die AfD hat Merz zu Recht Wahlbetrug vorgeworfen. Aus reiner Machtgier hatte er seine Wahlversprechen gebrochen und der Wahlverliererin SPD praktisch die Führung in der neuen Koalition überlassen. Die Genossen konnten fast alle ihre programmatischen Forderungen durchsetzen. Der Koalitionsvertrag ist durchgehend rot-grün, er propagiert eine ökosozialistische Politik mit diktatorischem Anstrich.

Merz kann es drehen und wenden, wie er will, er kann es nur falsch machen. Der Profiteur des Desasters wird allerdings die AfD sein. Meinungsumfragen bestätigen dies. Schon am Wochenende nach der Bekanntgabe der VS-Hochstufung flatterten der Partei eine Flut von neuen Beitrittsanträgen ins Haus.

Merz hält stur an der linksextremistischen Verdammung der AfD fest. Der US-Regierung, die massive Kritik an der Verfolgung der Oppositionspartei geübt hat, will er versuchen zu erklären, warum. Das dürfte nur zu weiteren Peinlichkeiten führen. Denn außerhalb der deutschen Grenzen vermag beim besten Willen niemand zu erkennen, warum die soliden patriotischen bürgerlich-konservativen „Blauen“ verfassungsfeindlich sein sollen.

Merz hat mit seiner Verbrüderung mit den Kommunisten (einschl. der Grünen), den eigentlichen Verfassungsfeinden und Feinden Deutschlands, einen Gefallen getan und seine Seele verkauft. Wie Goethes Faust werden er und seine Partei dafür einen hohen Preis zahlen müssen.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr **Stephan Ehmké**
Vorsitzender

Jörg Haider war nicht nur ein Ausnahme-
politiker und Medienstar seiner Zeit – Zeit-
genossen kennen ihn auch als warmherzigen
Charismatiker mit Tiefgang. Anlässlich seines
75. Geburtstages blicken die Autorinnen
auf ein Leben der politischen Wagnisse und
bahnbrechenden Erfolge zurück. Doch ihre
Recherchen haben noch weit mehr zutage
gefordert: Mehr als 16 Jahre nach seinem
tragischen Unfalltod werden erstmals Tage-
buchaufzeichnungen Haiders veröffentlicht,
die während der intensiven Regierungsver-
handlungen 2000 entstanden und Einblick
in sein Denken und Empfinden in dieser be-
wegten Zeit für Österreich und Europa ge-
währen.

Anhand von Originaldokumenten und Ge-
sprächen mit Gattin Claudia, engen Freun-
den, Mitarbeitern und politischen Wegge-
fährten folgt dieses Buch dem Weg eines
facettenreichen Mannes, der weit über Ös-
terreich hinaus Bekanntheit erlangte. Es be-
leuchtet den Privatmenschen Jörg Haider
mit seinen vielfältigen Interessen ebenso
wie den Vollblutpolitiker von seinen ersten
Schritten in der FPÖ über Wendepunkte wie
Knittelfeld oder die Abspaltung des BZÖ bis
zu seinem Tod 2008. Dieses Werk ist unver-
zichtbar für alle, die dem „Mythos Haider“
näher kommen wollen.

Die Autorinnen:

Daniela Fürstauer-Schmölzer studierte Sozio-
logie (MA) gefolgt von Sozialer Arbeit (MA).
Sabrina Staudacher ist studierte Kommuni-
kationswissenschaftlerin (Mag.) und ausge-
bildete Meisterfotografin. Das vorliegende
Buch ist ihr Debütwerk als Autorinnenduo.

ISBN 978-3-7020-2283-9

Daniela Fürstauer-Schmölzer /

Sabrina Staudacher

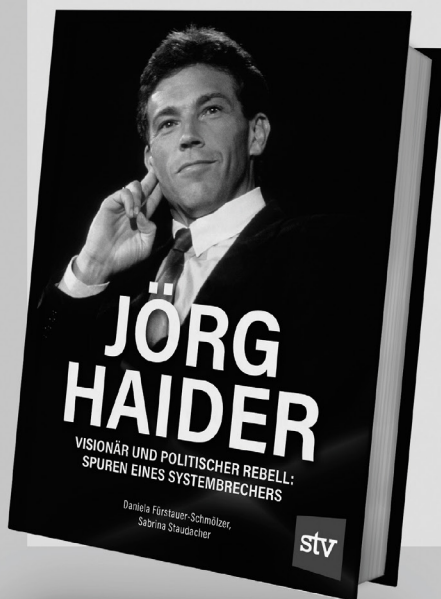
JÖRG HAIDER

Visionär und politischer Rebell: Spuren
eines Systembrechers

2. Auflage, 256 Seiten, 17 x 23 cm,

Hardcover

22,00 €



stv

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt im Versand über:
Bücherquelle Buchhandlungsgesellschaft m.b.H., Hofgasse 5, 8011 Graz,
Tel.: +43/316/821636-111, office@buecherquelle.at

Felix Dirsch

80 Jahre Kriegsende und 76 Jahre Bundesrepublik

Begrenzte Souveränität als fortwährender Hemmschuh



An Gedenktagen anlässlich der Gründung der Bundesrepublik herrschte lange Zeit Euphorie vor. So hielt 1979 der Politologe Dolf Sternberger in Tutzing zum 30-jährigen Geburtstag der Republik eine viel beachtete Rede, in der er als adäquate Identitätskonzeption für den inzwischen weltweit angesehenen Staat den „Verfassungspatriotismus“ anempfahlen hatte. Dieser sollte die Integrationskraft des Gemeinwesens jenseits der Prinzipien Abstammung und Herkunft fundieren.

Ins Schwärmen kam der Politologe Kurt Sontheimer zum 50. Geburtstag der mittlerweile wiedervereinigten Republik. „So war Deutschland nie“, betitelte er seine panegyrischen Einlassungen. Der Zeithistoriker Axel Schildt verfasste im *selben* Jahr einen „Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik“. Lange Zeit konnte man in der Tat der Narration von der „geglückten Demokratie“ (Edgar Wolfrum) in der besten aller möglichen konstitutionellen Welten kaum widersprechen.

Zum 75. Geburtstag der Republik 2024 und zum 80. Jahrestag des Kriegsendes hört man indessen leisere Töne. Die Autoren Friedrich Kießling und Christoph Safferling legen in ihrer Schrift „Der Streitfall“ ein Programm zur Neubelebung der durchaus nicht mehr nur bejubelten Demokratie vor. Deutschland müsse resilienter werden.

Hintergründe solcher nüchternen Betrachtungen sind die bekannten Krisentendenzen: Deindustrialisierung und Abwanderung vieler Unternehmen; eine verfehlte Energiepolitik; zeitweise hohe Inflationsraten; größtenteils illegale Massenmigration mit Kosten in Höhe von



Der Politologe Dolf Sternberger (ganz rechts) bei einer Tagung des PEN-Zentrums 1949 in Hamburg. Er plädierte 1979 für einen „Verfassungspatriotismus“ als adäquate Identitätskonzeption für die BRD. Dieser sollte die Integrationskraft des Gemeinwesens jenseits der Prinzipien Abstammung und Herkunft fundieren.

geschätzten 50 Milliarden Euro jährlich; ungünstige Demografie; ein tendenziell niedrigerer Lebensstandard im Vergleich zu Bürgern in anderen europäischen Ländern.

Wer den Souveränitätsverlust des Landes (und seine Konsequenzen) seit den 1940er Jahren reflektiert, befindet sich ebenso in der unmittelbaren Gegenwart wie in der Geschichte. Besonders die Art der deutschen wie europäischen Beteiligung am Ukraine-Krieg zwingt zum Nachdenken. Die vielfältige militärische wie zivile Unterstützung des angeblich aus heiterem Himmel angegriffenen Landes kostete den europäischen Staaten ungezählte Milliarden, die an anderer Stelle fehlen. Zukünftige Aufwendungen, etwa zum Wiederaufbau, sind kaum abzusehen. Eine Mitbestimmung über die Verwendung dieser Mittel wurde den Hilfeleistenden nicht eingeräumt. Bei den Friedensverhandlungen spielen sie bestenfalls eine untergeordnete Rolle. Man hat in diesem Kontext gern das altbacken klingende Wort vom „Katzentisch“ verwendet, an dem die Europäer Platz nehmen müssten. Die ukrainische Führung sieht die europäischen Helfer eher als Befehlsempfänger. Dies gilt nicht nur für den ehemaligen Botschafter und leidenschaftli-

che Bandera-Verehrer Andrij Melnyk. Kürzlich forderte der ukrainische Außenminister sogar, die europäischen Unterstützer sollten auch im Falle eines Waffenstillstandes und im Falle eines dauerhafteren Friedens die eigene Armee komplett finanzieren. Sie gewährte die Sicherheit für die Staaten Mittel- und Westeuropas. Weitere gravierende Beispiele für die Folgen des unübersehbaren Souveränitätsverlusts sind problemlos aufzuzählen. Im Folgenden einige Gedanken zu den zeitgeschichtlichen Hintergründen, die weder systematisch noch detailliert sein können.

Die eher ungünstigen Entwicklungen der letzten Zeit weiten den Blick auf Strukturdefizite des Grundgesetzes und jahrzehntelanger politischer Praxis. Im Wohlstandstaumel und eingeengt in internationale Organisationen wie der Europäischen Gemeinschaft und der Nato konnte man über real- und machtpolitische Beschränkungen folgenlos hinwegblicken. So gesehen verwundert nicht, dass eine fundiert-realistische Alternativgeschichte der Bundesrepublik bis heute fehlt. Die Linke, deren Repräsentanten einst die „fdGO“ veräppelten, feuert schon länger keine kritischen Salven mehr ab. Deren angepasstes Erscheinungsbild in Corona-Zeiten spricht Bände.

Auffallend ist in den letzten über 70 Jahren die Kontinuität der Souveränitätsbeschränkungen. Sie wurden in der Frühzeit von den Siegermächten oktroyiert. Man sprach vom BRD-Provisorium als „Okkupationsdiktatur“ (Ernst-Rudolf Huber), von einem Gebilde, dem es an Selbstbestimmtheit (Carlo Schmid) ermangele, von einem „Staat ohne Verantwortung“ (Winfried Martini), von einem „Konstrukt, welches im Vatikan gezeugt und in Washington geboren worden war“ (Martin Niemöller). Das 1949 von den Lizenzmächten genehmigte Dokument könne, so der Konsens, aufgrund fehlender Legitimation nicht als Verfassung bezeichnet werden.

Die meisten Souveränitätseinschränkungen wurden im Laufe der Jahrzehnte schrittweise aufgehoben – jedenfalls formal: 1955 endete im sogenannten Deutschland-Vertrag das Besatzungsstatut zum größten Teil; weitere Limitierungen fielen 1968 weg. Die durch solche Änderungen notwendige Grundgesetzänderung damals ermöglichte jedoch eine flächendeckende Abhörung und die Aushebelung der Gewaltenteilung. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990 gilt als Meilenstein auf dem Weg zur vollständigen Souveränität. Allerdings existieren er-



Der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble stellte 2011 vor Vertretern der Bankenwelt fest: Deutschland sei „seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.“

hebliche Restbestände an ausländischen Einflussmöglichkeiten, fixiert in geheimen Zusatzabkommen, deren Inhalt die wenigen Kundigen gern zu dem Hinweis veranlasst, Deutschland sei immer noch ein besetztes Land. Die Gefahren für Deutschland und Europa, gerade im Fall einer Ausweitung des Ukraine-Krieges zum Weltkrieg, lässt die existenzielle Dimension dieses Zustandes erahnen. Geregelt ist in diesen Zusatzvereinbarungen auch die „Übernahme von Lasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt bzw. Abzug von ausländischen Streitkräften“.

Noch gravierender dürfte die Gültigkeit von US-Recht auf deutschem Boden sein, von der die Bundeskanzlerin Angela Merkel wohl nichts wusste, als sie im Kontext der NSA-Affäre verlautbaren ließ: Auf deutschem Boden gelte deutsches Recht! Der Historiker Joseph T. Foscipoth, einer der besten Kenner des Rechts ausländischer Mächte hierzulande, hätte sie eines Besseren belehren können. Allein der Problemkomplex „Ramstein und der Drohnenkrieg der USA“ sowie die folgenreiche Involvierung Deutschlands in US-Kriege füllt Regalreihen. Ein eigenes Kapitel von Souveränitätslimitierungen ist die Fortgeltung der Feindstaatenklausel in der UN-Charta, deren praktisch-politische Relevanz allerdings umstritten ist.

Während Politiker in der Frühzeit der Bundesrepublik die aufgezwungenen Modalitäten der „Fremdherrschaft“ (Carlo Schmid) bedauerten, führten die im Laufe der Zeit einschneidenden Wertewandel-Pro-

zesse, besonders die grassierende „Machtvergessenheit“ (Hans-Peter Schwarz), zu einer neuen Bewertung. Die Not mutierte zur Tugend. 2011 stellte der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble vor Vertretern der Bankenwelt beinahe frohlockend fest: Deutschland sei „seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen“. Wer aber bedient dann die Schalthebel staatlicher Gewalt hierzulande, nachdem es ja kein Machtvakuum geben kann?

Die Lust an Abhängigkeiten ist groß. Frau Merkel stehe an der Spitze als „Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland“ und lenke somit keinen Staat, gab der damalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel 2010 zu Protokoll. Diese brisante Aussage relativierte er jedoch bald als ironisch.

Abgesehen davon, dass man natürlich reflektieren muss, was Souveränität in der globalen Welt bedeutet, kann man über ein solches oberflächliches Verständnis von Souveränität im Verfassungsstaat nur verwundert sein.

Studien des Erlanger Verfassungsjuristen Karl-Albrecht Schachtschneider über die „Souveränität Deutschlands“ und die „nationale Option“ könnten Angehörige der *classe politique* belehren, inwiefern Souveränität nach wie vor Teil moderner Staatlichkeit ist. Demnach sind Bürgerlichkeit, Republik und Souveränität grundsätzlich nicht von Freiheit und Gesetzesbindung zu trennen. Schachtschneider bringt es auf den Punkt: „Souverän ist, wer frei ist“.

Außenpolitisch markiert Souveränität Eckpfeiler der Rechtsordnung der Völkergemeinschaft. Gerade die von Teilen des globalitätsstrunkenen politmedialen Komplexes favorisierte Weltgemeinschaft ist nicht weit von Despotie und Rechtlosigkeit entfernt. Philosophische Klassiker, wie Montesquieu und Kant, sind auch in diesem Kontext horizonsweiternd.

Viele Zeitkritiker haben den „Niedergang Deutschlands“ (Christian Graf von Krockow), den „Abstieg eines Superstars“ (Gabor Steingart), die „Liquidierung“ (Frank Hills) des eigenen Landes und seine Abwrackung (Frank W. Haubold) beschrieben. Kein Autor hat diesen Verfall indessen klarer konturiert als Thilo Sarrazin, dessen Abschaffungsszenario schneller verläuft als prognostiziert. Für diese Entwicklungen lassen sich verschiedene Gründe finden. Das Netz von besatzungs-

europa- und völkerrechtlichen Interventionsgelegenheiten, die die Handlungsfähigkeit Deutschlands beeinträchtigen, steht jedoch ganz oben.

Zu berücksichtigen ist, dass Souveränität nicht ohne ein identitätsstiftendes Subjekt, nämlich das Volk, welches diese ausführt, zu denken ist. Wer die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte verfolgt hat, weiß, wie sehr der politmediale Komplex die verbliebene Volkssubstanz zunehmend liberalkapitalistisch wie multikulturell auflöst. Ja sogar aktiv bekämpft wird jeder vom politisch instrumentalisierten Verfassungsschutz, der Volk als mehr betrachtet denn eine Summe willkürlich zusammengewürfelter Individuen, die zusammengehalten werden durch diffuse, relativistische und vielfältig auszulegende Werte.

Was „existenzielle Staatlichkeit“ (Schachtschneider) und ihre sukzessive Depotenzenierung im Zuge weitreichender Internationalisierung von Recht und Politik bedeuten, zeigt sich pointiert am Beispiel der Zuwanderungsthematik. Wer als „Flüchtling“ an den Grenzen Europas Einlass sucht, kann sich auf EU-Recht, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Genfer Flüchtlingskonvention berufen. Die rechts- und sozialstaatlichen Bastionen der einzelnen Staaten werden durch die dadurch bewirkten Überlastungen nachhaltig geschliffen, ohne dass effektiver Widerstand möglich ist. Ob neue Wege wie die „Albanien“- und „Ruanda“-Lösung rechtlich wie politisch gangbar sind, wird sich zeigen.

Ein gravierendes Beispiel für die Tangierung existenzieller Staatlichkeit durch Souveränitätsverzicht stellt der Umgang staatlicher Stellen mit dem Anschlag auf die deutsch-europäische Energieversorgung dar. Das Attentat auf Nord Stream 2 im Herbst 2022 wird seitens der Bundesregierung nicht nur nicht verfolgt, sondern sogar billigend hingenommen. Anfragen beantwortet man ausweichend.

Die markanten Souveränitätseinbußen sind nicht nur in fortdauernden vertraglichen Restriktionen, sondern auch in weitreichenden Wandlungen der Kollektivmentalitäten begründet. Diese Veränderungen waren vor 70 Jahren bereits absehbar. Der Verfassungsjurist Werner Weber bemerkte in der 1951 erstmals erschienenen Schrift „Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem“: Das Grundgesetz greife „nicht in die Zukunft des deutschen Volkes. Es lebt



Das Attentat auf Nord-Stream 2 in der Ostsee im Herbst 2022 wurde seitens der Bundesregierung nicht nur nicht verfolgt, sondern ganz offenbar sogar billigend hingenommen. Unser Bild zeigt eines der Rohre von Nord-Stream 2.

von der Reaktion auf die unmittelbare Vergangenheit“, die in wohlbestimmter Hinsicht nicht vergangen ist. Weber konstatiert die Tendenz, den Justizstaatsgedanken mit dem Ziel der Entpolitisierung zu favorisieren. Dieser Logik folge ebenfalls die gigantische Ausgleichs-, Verteilungs-, Betreuungs-, Fürsorge- und Versorgungsapparatur. Bedenkenswert ist auch der Hinweis auf die Entmachtung des Volkes, das durch die (konstitutionell nunmehr aufgewerteten) Parteien mediatisiert werde.

1978 legte der Politologe Hans-Joachim Arndt eine Studie über die „Besiegten von 1945“ vor. Als Quintessenz strich er heraus: Der inflationäre „Normativismus“ des Grundgesetzes erschwere den „Zugang zur Ebene der konkreten Identität der Deutschen“ und perpetuiere die „Lage der Besiegten von 1945“. „Die Psychologie der Niederlage“ (Thorsten Hinz) dechiffriert bis heute viele deutsche Befindlichkeiten. Arndt traf den Nagel auf den Kopf. Sein Urteil fällte er lange vor einem einschneidenden Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2012, der die Garantie der Menschenwürde zu einer Eintrittskarte in den Sozialstaat umfunktionierte. Die Folgen liegen auf der Hand.

Schon lange wird darüber gerätselt, ob es den sogenannten „geheimen Staatsvertrag“ und die „Kanzlerakte“, die auch der ehemalige MAD-Chef Gerd-Helmut Komossa in seinem Buch „Die deutsche

Karte“ erwähnt, überhaupt gibt. Angeblich muss jeder Kanzler vor Ablegung seines Amtseides die „Kanzlerakte“ unterschreiben und so US-Vorbehalte bestätigen. Ob Legende oder Wirklichkeit: Praktische Politik in Deutschland sieht so aus, als wären die formellen Begrenzungen der Souveränität längst in die Köpfe der politisch Verantwortlichen übergegangen. Dort sind sie freilich noch gefährlicher als auf dem Papier!

Prof. Dr. Felix Dirsch, geb. 1967, Dipl.Theol., Dipl.sc.pol., Dr. phil., lehrt politische Wissenschaften vornehmlich in Armenien; weiter tätig als Referent, Politikberater und Buchautor; zuletzt erschienen: *Logiken des Wandels*, 2 Bd., Pliening 2023; *Der Great Reset*, Uhingen 2024 (Hrsg).



Die Vierteljahresschrift TUMULT ist heute für rechte Intellektuelle das, was Enzensbergers KURSBUCH 1968 für die Linke war. Brillante Essays, Forschungen und Tiefengrabungen im Zeitgeist ...

Matthias Matussek, Tichys Einblick

In den Presseshops auf Bahnhöfen und Flughäfen und im Buchhandel 112 Seiten • € 12,00 (D), € 12,50 (A), SFR 14,50 (CH)

Ein Jahresabonnement (4 Ausgaben) ist bestellbar über www.tumult-magazine.net/abo-optionen oder tumultabo@gmx.de und kostet einschließlich Versand: € 43,00 in Deutschland und € 48,00 in anderen Ländern. Wer TUMULT unterstützen will, kann sich für ein Förderabo entscheiden, zahlt € 90,00 jährlich - und erhält als Prämie einen Band aus der *Werkreihe von TUMULT*. Studenten, Auszubildende und Schüler können TUMULT für eine ermäßigte Jahresgebühr von € 34,00 beziehen. Bitte geben Sie an, mit welcher Ausgabe das Abonnement beginnen soll.

Josef Schüßlburner

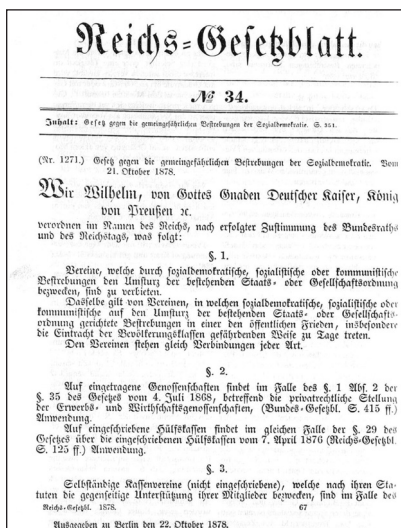
Die BRD als „Kampf gegen rechts“-Staat

Biografisch gewonnene Einsichten
(Demokratieerlebnisse)



Die Bundesrepublik Deutschland stellt mit ihrem „Verfassungsschutz“ anerkanntermaßen einen deutschen Demokratie-Sonderweg dar, dessen Kern wiederum eine Parteiverbotskonzeption ausmacht, die sich im Kontext von Demokratien, die legitimer Weise als solche angesprochen werden können, als ziemlich anormal ausnimmt. Das Parteiverbot wie dies das Bundesverfassungsgericht dem Grundgesetz entnommen hat, bleibt im Freiheitsgrad unter dem Sozialistengesetz des Deutschen Kaiserreichs zurück.

Das nur befristet ausgesprochene und damit notstandsrechtlich ausgerichtete Parteiverbot des Kaiserreichs hatte nicht den Zweck des BRD-Parteiverbots, der Wählerschaft im Sinne eines permanenten ideologie-politischen Notstands eine Wahloption weg zu verbieten, weil etwa die zu verbotende Partei, „rechtsradikale Ideen neu beleben“ würde, die „im Gegensatz zum Liberalismus“ stünden. Zumindest „gegen rechts“ hat das Parteiverbot danach den Zweck, die „Ideen“, die von der ausdrücklich als „Rechtspartei“ eingeordneten Partei vertreten werden, aus dem Prozess der Meinungsbildung „auszuscheiden“. Diese zentral gegen die Meinungsfreiheit gerichtete Position des Verfassungsgerichts erzwingt ein „ewiges“ Verbot und kreiert automatisch die nächsten Verbotskandidaten, weil sich Ideen nicht an einer Organisation festmachen lassen. Um welche auszuschließenden Ideen es dabei geht, kann durch die Einordnung von „Rechtsparteien“ durch das Verfassungsgericht erschlossen werden, die danach definiert wurden, dass sie „unter der konstitutionellen Monarchie gewohnt“ waren, „als staatstragende Parteien schlechthin zu gelten.“ Damit richtet sich



Das Parteienverbot wie dies das Bundesverfassungsgericht dem Grundgesetz entnommen hat, bleibt im Freiheitsgrad unter dem Sozialistengesetz des Deutschen Kaiserreiches zurück.

desverfassungsgericht, das dieses Verbotsverfahren gegen die nicht als „Linkspartei“ angesprochene KPD ebenfalls nicht gewollt hatte, musste sich dann voller Skrupeln Gedanken machen, ob nicht das Parteiverbot wegen des damit verbundenen schwerwiegenden Eingriffs in die Meinungsfreiheit verfassungswidriges Verfassungsrecht sein könnte, etwas, was im „kurzen Prozess“ „gegen rechts“ von vornherein nicht interessiert hatte. Entsprechend der Logik der alliierten Parteienzulassung „gegen rechts“ (Ausnahme britisches Lizenzierungssystem), die dabei weit über das totale NSDAP-Verbot hinausging, wurde dann das KPD-Verbot durch die Neuzulassung der KPD als DKP, die Nichterstreckung des KPD-Verbots auf die SED als Nachfolgeorganisation der verbotenen KPD mit Beitritt der DDR, anders als noch beim Beitritt des Saarlandes, entschieden revidiert. Eine amtierende Verfassungsgerichtspräsidentin hat das KPD-Verbot dann explizit verworfen. Es gab dann zwei Verbotsverfahren gegen die NPD, aber ein vom Antitotalitarismus nach CDU-Ideologie gebotenes Verfahren auch gegen links war mittlerweile von vornherein undenkbar gewor-

der gewollte Kollateralschaden des ideologischen Parteiverbots nach dem Grundgesetz im Verständnis des Bundesverfassungsgerichts auch gegen Nationalliberalismus und Konservatismus. Dies ist in der Tat mit „Kampf gegen rechts“ gemeint.

Parteiverbot ...

Zwar hat zwischenzeitlich die von Kanzler Adenauer (CDU) vorgenommene Ausweitung des „Antifaschismus“ als „Antitotalitarismus“ auch gegen links gegen den Willen der CIA der Besatzungsmacht USA nach Ende des Besatzungsstatuts auch zu einem Verbot gegen links als KPD-Verbot geführt. Das Bundes-



In diesem Buch schildert Regierungsdirektor i.R. Josef Schüßlburner seine ‚besonderen Demokratieerlebnisse‘. Dazu Bundesminister a.D. Prof. Dr. Rainer Ortleb im Vorwort: ‚Der deutsche Verfassungsschutz passt nicht zu einer liberalen Demokratie - höchste Zeit in abzuschaffen‘

den. Einbindungspolitisch hat die Sicherstellung der Legalität der SEW, also die Nichterstreckung des KPD-Verbot auf West-Berlin, wo das Bundesverfassungsgerichtsgesetz aufgrund alliierter Anordnung nicht galt, bei gleichzeitigem Quasi-Verbot der NPD (Wahlteilnahmeverbot) durch die Alliierte Kommandatura auch international die Richtung „gegen rechts“ vorgeben. Im Begleitbrief zum Einigungsvertrag wurde den Besatzungsmächten die Aufrechterhaltung des Parteiverbots zugesichert, wobei „Parteien und Vereinigungen mit nationalsozialistischen Zielsetzungen“ hervorgehoben sind. Dies gebietet dann ein Nazifizieren politischer Opposition, um die BRD bei einem Parteiverbot vor schlechten Demokratieindices zu bewahren.

... und „Radikalenerlass“

Da allerdings die Akzeptanz des vollen Legalitätsstatus der als DKP wieder zugelassenen KPD insbesondere der SPD mit der Parole „Mehr Demokratie wagen!“ wegen linksextremer Auswirkungen auf sich selbst dann doch zu gefährlich erschien, gab es dann vorübergehend den „Radikalenerlass“ von 1972. Damit wurde ein Parteiverbotsersatzsystem errichtet, dessen wesentliche Komponenten

die Bekanntmachung von „Verfassungsfeinden“ durch Verfassungsschutzberichte und die darauf gestützten dienstrechtlichen Verfahren gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes darstellen. Damit soll einer unerwünschten Partei, die man eigentlich verbieten will, aber dies zur Wahrung des internationalen Demokratie-Images dann doch nicht macht, qualifiziertes Personal verwehrt werden, damit sich diese Partei dann selbst erledigt, sodass alles demokratisch aussieht. Auch dieser „Radikalenerlass“ primär gegen links, wegen dessen Anwendung der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die BRD in der Vogt-Entscheidung verurteilt hat, hat sich erledigt. Betroffene sind rehabilitiert, wie schon die DKP-Lehrerin Vogt, und die kritischen Stimmen gegen den „Berufsverbot-Willy (Brandt)“, so eine Parole von „Stern“, führten zur Verdammung dieses „Radikalenerlasses“ durch die „vierte Gewalt“.

Allerdings: Presseorganen wie „Spiegel“, „Stern“, „Zeit“ etc. pp., die diesen „Radikalenerlass“ einst entschieden verflucht hatten, als es primär „gegen links“ zu gehen schien, ist dieser nunmehr erkennbar nicht radikal genug, wenn es „gegen rechts“ gehen soll. Da soll es dann doch gleich zum Parteiverbot gehen und die Verfolgung von AfD-Beamten nach Möglichkeit durch Dienstentlassung wegen Ideen und Gedankengut, was bei rechtmäßiger Ausübung von Meinungs- und Vereinigungsfreiheit ausgedrückt worden ist, ist dann doch selbstverständlich. Ideologiekritisch - und es geht nur um Ideologiekritik - ist man wieder bei der parteipolitischen Situation der Besatzungszeit angelangt. Dass die als Die Linke firmierende KPD sich als die eigentliche „Brandmauer“ ausrufen kann, ist völlig berechtigt, da Kommunisten mit Mauerbau zum Schutze ihrer gegen den „Faschismus“ gerichteten Volksdemokratie eine große Erfahrung gewonnen haben. Naturgemäß kann eine wieder in den „christlichen Sozialismus“ ihrer Gründungsphase zurückfallende CDU, die dann in der DDR-Demokratie als Blockpartei in Erscheinung getreten war, sich dem nicht wirklich widersetzen, sondern muss sich dem kommunistischen Anliegen in scheinheiligen, also für sie typischen Schritten nähern. Die BRD wird damit entsprechend ihrer besatzungspolitischen Vorgeschichte ein „gegen rechts“ gerichteter Staat. Die DNA der BRD scheint dann trotz grundlegender Änderung des außenpolitischen Umfeldes ein Parteiverbot gegen eine Partei zu gebieten, der

von den die Demokratie repräsentierenden Besatzungsmächten USA und UdSSR vermutlich keine Lizenz erteilt worden wäre.

Besondere Demokratieerlebnisse

Da das seit Besatzungszeiten etablierte Parteiensystem mit linksgrünem Wurmfortsatz von Ex-Maoisten, das über von ihr beherrschte Staatsorgane Parteiverbotsanträge stellen kann (eine verfassungsrechtlich besonders schutzbedürftige Oppositionspartei kann dies nicht) ahnt, dass sich ein derartiges Parteiverbot 70 Jahre nach Beendigung des Besatzungsstatuts - ein Gedenken an diese Verwirklichung der politischen Freiheit hat am 5.5.2025 nicht stattgefunden! – nicht als besonders vorteilhaft für das Demokratie-Image der BRD darstellen würde, muss man es dann doch bei der Verbotsdrohung belassen. Auch deshalb, weil man befürchten muss, dass ein derartiges Verbot wohl doch am Europäischen Menschenrechtsgerichtshof wegen Menschenrechtsverstößes scheitern könnte: eine Befürchtung, die dem Nichtverbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts im zweiten NPD-Verbotsverfahren auf der Stirn geschrieben steht und die eigenartigen Verrenkungen in der Urteilsbegründung mit gegen den Urteilstenor (Verbotsantrag abgelehnt) gerichteten Verbotsbegründung erklärt.

Diese Parteiverbotsdrohung bekommt jedoch durch die Anwendung des von der Gerichtsbarkeit nicht als solches anerkannten Verbotsurrogats nachhaltig seine rechtliche Wirksamkeit. Insbesondere wird oppositionell eingestellten Beamten bei rechtmäßiger außerdienstlicher Ausübung der Meinungsfreiheit amtlich der Vorwurf des „Rechtsextremismus“ gemacht, ein bei amtlichem Vorwurf ein rechtswidriger, da nicht von der gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage abgedeckter Begriff, der sich zentral gegen das absolute Diskriminierungsmerkmal nach Artikel 3 Abs. 3 des vom Verfassungsschutz zu schützenden Grundgesetzes richtet, nämlich gegen „politische Anschauungen“, die der Staat zu respektieren hat und deshalb nicht bekämpfen darf. Eigentlich. Da der Staat, genauer: die Personalabteilungen der Behörden, insbesondere eines Ministeriums, diese Bekämpfung von Ideen unter dem Stichwort „Verfassungsschutz“ dann doch macht, führt dies zu bemerkenswerten Verrenkungen, die sich intellektuell häufig als ziemlich belustigend ausnehmen, ginge es nicht letztlich um die berufliche Existenzvernichtung wegen eigent-

lich rechtmäßiger Ausübung der Meinungsfreiheit in diesem freiesten Staat der deutschen Geschichte. Derartigen „besonderen Demokratieerlebnisse“, wie sie für diesen nicht freien, sondern nur freiheitlichen Staat zumindest „gegen rechts“ kennzeichnend sind, war der Verfasser als Beamter ausgesetzt wie seiner politischen Biografie mit dem Titel „Als Rechtsabweichler im Ministerium“ entnommen werden kann.

Im zentralen zweiten Verfahren, das von den Behördenvertretern mit voller BRD-Religiosität und grundgesetzlichem Glaubensfanatismus mit dem Ziel der Dienstentfernung betrieben wurde, ist zum Vorwurf gemacht worden: „Ihren Ausführungen kann ein ethnisches Staatskonzept mit einem kollektivistischen Menschenbild entnommen werden.“ Dies wurde insbesondere aus einem Aufsatz abgeleitet, der eigentlich schon Gegenstand des ersten und von Amtswegen eingestellten Verfahrens gewesen war, in dem etwa ausgeführt wurde, dass auch nach dem Grundgesetz Demokratie Volksherrschaft und nicht Bevölkerungsherrschaft bedeute. So eine Position verdient sicherlich Dienstentlassung, insbesondere wenn dies die Wahrheitsbehörde mit der Bezeichnung „Bundesamt für Verfassungsschutz“ als „rechts-extrem“ einordnet. Offensichtlich darf man sich dabei auch nicht mehr dem Diensteid verpflichtet wissen, wonach man als Beamter an erster Stelle dem „Deutschen Volk“ verpflichtet ist, also einem Kollektiv. Diese Vermutung wird dadurch unterstrichen, dass dem Betroffenen zum 25. Dienstjubiläum eine Dankesurkunde ausgestellt wurde, in der die übliche Formel „die von Ihnen dem deutschen Volk geleisteten treuen Dienste“ ersetzt wurde durch „die von Ihnen geleisteten Dienste“. So sollte dann auch bei der Entlassungsurkunde vorgegangen werden. Dies kann wohl nur dahingehend verstanden werden, dass man als Beamter nichts mit dem deutschen Volk zu tun haben darf, genauer im Sinne der VS-Dialektik: Man dient ihm, wenn man sich nicht mit ihm zu sehr identifiziert, weil es sonst „verfassungsfeindlich“ wird: „ethnisches Staatskonzept“ ist dann die einschlägige VS-Parole.

Nachdem es verfahrensrechtlich, insbesondere durch Ablösung des Untersuchungsführers wegen Besorgnis der Befangenheit und Entscheidung über die Unzulässigkeit eines von diesem im Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens durch einen Prozessbevollmächtigten im ersten NPD-Verbotsverfahren zu Fragen des innerstaatlichen Rechts mit der Folge der weitgehenden Unverwertbarkeit entsprechender

staatsideologischer Weisheiten durch Gutachter und darauf gestützten Untersuchungsbericht gelungen war, derartige schwerwiegende Vorwürfe auszuschließen, wurde in der gerichtlichen Anschuldungsschrift der Verfolgungsbehörde unter dem Vorwand der angeblichen Verletzung des Mäßigungsgebots vor allem zum weiteren staatsideologischen Arsenal der Oppositionsbekämpfung „gegen rechts“ gegriffen, zum Vorwurf der „Relativierung“. Diese soll danach etwa darin bestanden haben, den Nationalsozialismus des Dritten Reichs historisch-strukturell in eine Reihe mit den Sozialismen der nationa-



Parteienverbote gegen rechts könnten beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg scheitern.

listischen Unabhängigkeitsbewegungen der dritten Welt eingeordnet zu haben. Vor allem störte, dass der Betroffene die Meinung vertreten hat, der Antisemitismus des NS leite sich aus demjenigen des klassischen Sozialismus des 19. Jahrhunderts ab und weniger aus einem Rassismus. In der sog. „Analyse“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz, auf der die entsprechende Anschuldigung abgestützt war, wurde diese Einordnung des NS-Antisemitismus mit autoritärem staatlichem Wahrheitsanspruch einer autokratischen BRD-Mitte als „eine unzutreffende und NS-apologetische Analogie“ angesehen, wenn behauptet würde, „Hitlers Antisemitismus sei nicht rassistisch, sondern sozialistische motiviert gewesen“. Schneidig wurde da von der Verfolgungsstelle behauptet: „..., auch die Ausführungen des Beklagten zum seiner Ansicht nach nicht rassistischen, sondern sozialistisch moti-

vierten Antisemitismus Hitlers ... stellen eine politische Betätigung dar. Die Ausführungen des Beklagten sind nicht vom Grundrecht der freien Meinungsäußerung gedeckt.“

Es ist schon bemerkenswert wie die Verfolgungsbehörden bei derartigen ideologie-politischen Verfahren davon ausgehen, dass bei Geltung des Beamtenrechts die Meinungsfreiheit nicht mehr gilt. Sicherlich ist das Beamtenrecht als solches eine verfassungsgemäße Begrenzung der Meinungsfreiheit; verfassungskonform bleibt dies jedoch nur, wenn dieses Beamtenrecht auch unter Beachtung von Artikel 3 Abs. 3 GG angewandt wird, was eigentlich jegliche staatliche Ideenbekämpfung von vornherein rechtswidrig machen sollte. Allerdings ist einzuräumen, dass insbesondere durch die Begrenzung der Wissenschaftsfreiheit durch Verfassungstreue nach Art. 5 Abs. 3 S. 2 GG, was an sich eine beamtenrechtliche Regelung darstellt, eine gegen Auffassungen, also gegen die Meinungsfreiheit gerichtete Begrenzung eingeführt wurde, mit ziemlich unberechenbaren Konsequenzen. Zumindest meint dann diese „Treue“ mehr als die Gesetzestreue, die von einem Beamten unbedingt zu fordern ist, sondern etwas Darüberhinausgehendes, was als „Idee des Staates“ abstrahiert wird. Verfolgungspolitisch wird diese Idee und ihre Werte dabei nur einseitig angewandt, nämlich nur gegen oppositionelle Auffassungen, also „gegen rechts“ gerichtet.

Dabei gerinnt vor allem der „Geschichtsrevisionismus“, insbesondere „Relativierungen“ zum staatsideologischen Vorwurf, der im ersten Verfahren, einem Vorermittlungsverfahren nach damaliger Rechtslage für Bundesbeamte, bei dem die Vorwürfe erst noch förmlich ermittelt werden sollten, wohl maßgebend war, auch wenn dies nicht so bezeichnet wurde, wie überhaupt die Vorwürfe ziemlich unklar waren. Aufgeführt waren in dem auf „Erkenntnissen“ seines Bundesamtes gestützten Schreiben des Bundesinnenministeriums an das Bundesverkehrsministerium Beiträge zur seinerzeit vor allem vom NRW-VS „beobachteten“ Zeitung Junge Freiheit, die sich mit der rassistischen Motivation und auch Praxis der amerikanischen Kriegsführung gegen Indianer einerseits und Japaner andererseits befassten. „Verfassungsfeindlich“ scheint vermutlich zu sein, dass damit insinuiert werden könnte, dass die „NS-Kriegsführung“ nicht ganz so „singulär“ sein würde, wie sie entsprechend der Annahmen der Werteordnung, also

nach der „Idee des Staates“ wohl sein müssen. Auch ein Criticón-Aufsatz zur historischen Bedeutung des Reichskammergerichts des Alten Reiches war genannt. Der dabei implizierte Vorwurf war vermutlich, dass die darin kritisierte übertriebene Gerichtsgläubigkeit der Deutschen, die doch so unabhängige Justiz der BRD „delegitimieren“ könnte, bei der bekanntlich noch immer der Spruch des preußischen Justizministers bei Erlass des noch geltenden Gerichtsverfassungsgesetzes einschlägig ist: „Solange ich über die Beförderungen bestimme, bin ich gerne bereit, den Richtern ihre sogenannte Unabhängigkeit zu konzedieren.“ Allerdings sorgen nunmehr parlamentarische Richterwahlausschüsse und Grundgesetzänderungen zum Schutze des Verfassungsgerichts vor demokratischen Wahlausgängen für besonders unabhängige Richter: CDU- und SED-Kandidaten sind bekanntlich neutral, AfD-Kandidaten natürlich nicht, sagt die Werteordnung.

Richter haben in diesem Kontext geringere Probleme, wenn ihnen und schon den Verfolgungsstellen eine verfahrensrechtliche Begründung zugunsten eines „Rechten“ nahegebracht werden kann: So wurde denn auch das zweite Verfahren gerichtlich mit der Begründung eingestellt, dass die Einleitungsverfügung unwirksam gewesen ist: Der Betroffene konnte nicht wissen, was ihm beamtenrechtlich genau vorgeworfen würde. Entsprechend war bereits das erste Verfahren von Amtswegen eingestellt worden und so musste schließlich auch im dritten Verfahren vorgegangen werden. Dieses dritte Verfahren ist erhellend, weil die Einleitungsverfügung in ihrer Knappheit auf den Punkt bringt, worum es beim Parteiverbotssurrogat geht: Um den „Kampf gegen rechts“! Diese Einleitungsverfügung hat gelautet:

„Sie sind zureichend verdächtigt, ein innerdienstliches Dienstvergehen i. S. d. § 77 Abs. 1 BBG in Form eines Verstoßes gegen Ihre politische Treuepflicht gem. § 60 Abs. 1 S. 3 BBG bzw. Ihre politische Neutralitäts- und Mäßigungspflicht gem. § 60 Abs. 2 BBG begangen zu haben, indem Sie vom 15.-17.09. an einer der rechten Szene zuzuordnenden Veranstaltung teilgenommen und dort eine Rede mit dem Titel „Parteienstaat als Demokratierelativierung“ gehalten haben.

Daher habe ich gegen Sie am 21.11.2017 ein Disziplinarverfahren eingeleitet.“

Mit „rechter Szene“ war die Sommerakademie des Instituts für Staatspolitik in Schnellroda gemeint, das damals noch nicht „gelistet“

war, sondern in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Bundestagsfraktion der demokratieschützenden Ex-SED sogar ausdrücklich als „nicht rechtsextrem“ eingeordnet war. Also ein Vortrag bei einer „rechten Szene“ verletzt die beamtenrechtliche Treuepflicht und das Neutralitäts- und Mäßigungsgebot, was natürlich nicht der Fall ist, wenn man einen Vortrag bei einer SPD-Szene oder einer CDU-Szene hält. Auch ein Vortrag vor Kommunisten wäre nunmehr verfassungstreu und beachtet das Neutralitäts- und Mäßigungsgebot, ist doch mittlerweile eine kommunistische Plattform Koalitionspartner der ehemaligen DDR-Blockpartei CDU, was für den „Verfassungsschutz“ natürlich kein Problem ist.

Auf dem Weg zur „Volksdemokratie“

Es kann davon ausgegangen werden, dass sowohl das erste als auch das dritte der genannten Verfahren deshalb eingeleitet wurden, weil verantwortliche Behördenleiter der CDU Angst vor kommunistischen Bundestagsanfragen hatten, die dann von der „liberalen“ Presse skandalisierend aufgegriffen werden könnten. Solche CDU-Leute trauen sich dann nämlich nicht, einem Vorwurf, dass er einem Mitarbeiter mit „rechtem Gedankengut“ unbehindert privat die Meinungsfreiheit auszuüben erlaubt, etwa mit der Aussage entgegenzutreten: „weil in der Bundesrepublik Meinungsfreiheit garantiert ist, die gerade ich als Minister / Behördenleiter meinem Dienstleid entsprechend beachten muss und zwar völlig unabhängig, ob mir eine Meinung gefällt oder ich sie ablehne. Ihnen, verehrte Journalisten steht doch die Meinungsfreiheit ebenfalls zu und deshalb können Sie ja in Ihren einflussreichen Blättern den Ansichten entgentreten, die Sie für falsch halten und daher bekämpfen wollen.“ Ein CDU-Mensch will stattdessen frömmlicherweise sagen können: „Ich habe dies unverzüglich disziplinarrechtlich prüfen lassen, aber Gerichte / Juristen haben entschieden bzw. die Einschätzung getroffen, dass diese „rechten Aussagen“ bedauerlicherweise von der Meinungsfreiheit noch abgedeckt wären. Aber ich will nicht ausschließen, dass dies abermals geprüft werden wird.“

Instruktiv ist dabei das dritte Verfahren. Dieses ging auf die Meldung des linksextremen Blogs „Störungsmelder“ zurück, der aufgrund der Verwendung des Logos der pseudo-liberalen „Zeit“ Seriosität vorspielen konnte und zu der Veranstaltung in Schnellroda wie folgt be-

richtet hatte: „Der Beamte Josef Schüßlburner ist auch vor Ort. Der Jurist vom Eisenbahn-Bundesamt ist dadurch bekannt, dass er 2006 Straffreiheit für Holocaust-Leugnung und öffentliches Zeigen von Hakenkreuzflaggen fordert. Auch zuvor ist er der Bundesregierung bereits als Rechtsextremist bekannt, 2003 steht er namentlich im Verfassungsschutzbericht. Diesmal redete Schüßlburner über den 'Parteienstaat als Demokratie-Relativierung'.“ Dieser Bericht hat dabei für die Eröffnung des Verfahrens ausgereicht; es wurde keine Stellungnahme des Betroffenen eingeholt und der Inhalt seines Vortrags war nicht bekannt, sondern man konnte nur Unterstellungen aufgrund des Vortragsthemas vornehmen, wie etwa, dass er sich für die Abschaffung der Parteien ausgesprochen haben könnte. Im Übrigen ist der entsprechende Wikipedia-Eintrag nicht richtig: Der Betroffene hat nicht gefordert, dass das Hakenkreuz wieder gezeigt werden dürfte, sondern nur ausgeführt, dass dieses Verbot bei konsequenter Anwendung der schon nach der Weimarer Reichsverfassung entwickelten Lehre zum „allgemeinen Gesetz“ als rechtmäßige Beschränkungsmöglichkeit der Meinungsfreiheit nach Art. 5 GG nicht gerechtfertigt werden könnte. Das Bundesverfassungsgericht musste daher den „Gegenentwurf“ erfinden, um im Falle von § 130 StGB ein danach verfassungswidriges Gesetz doch noch als verfassungskonform ansehen zu können. Die substanzlose Erwähnung im VS-Bericht ist wohl als Beitrag des VS zur Beschleunigung des laufenden zweiten Disziplinarverfahrens gemeint gewesen, das ihm wohl nicht schneidig genug durchgeführt erschien.

Neben den sonstigen Diskriminierungsmaßnahmen wie Zwangsversetzung, Ende der Karriere und einiges mehr machen vor allem die drei gegen „Gedankengut“ gerichteten parlamentarischen Anfragen der ehemaligen Diktaturpartei der „Deutschen Demokratischen Republik“ - die hieß wirklich so - deutlich, die dann teilweise von der sog. „liberalen“ Presse, etwa von „Welt“ und „Tagesspiegel“ skandalisierend aufgegriffen wurden, dass diese Post-Kommunisten die bundesdeutsche Verfassungsschutz-Konzeption mit Unterstützung der sog. „liberalen“ Presse der „Mitte“ als Möglichkeit begreifen, die „wehrhafte Demokratie“ der BRD der „kämpferischen Demokratie“ nach DDR-Format zumindest anzunähern. Dabei geht diese „freie Presse“ von einem ziemlich niedrigen Niveau der Meinungsfreiheit aus, wie sich daraus ergibt, dass etwa in der online-Ausgabe der Zei-

tung Die Welt kolportiert wurde, „der Beamte J.S.“ wäre wegen Kritik am § 130 StGB „entlassen“ worden. Eine Verteidigung der Meinungsfreiheit kann von dieser Presse, um vom sozialisierten Rundfunk gar nicht erst zu sprechen, nicht erwartet werden; man will stattdessen als angemaßte „vierte Gewalt“ an der Unterdrückung der Rechtsopposition maßgebend beteiligt sein und übernimmt dabei ohne Skrupel einer hinsichtlich der DDR-Demokratie anscheinend überhaupt nicht notwendigen Vergangenheitsbewältigung als „antifaschistisch“ verkleidete Parolen von Kommunisten „gegen rechts“.

Diese Annäherung der Demokratieschutzformen von Kommunisten und sog. Liberaldemokraten der „Mitte“, die sich dabei auftut, ist schon deshalb methodisch naheliegend, weil im Parlamentarischen Rat der Begriff „freiheitliche demokratische Grundordnung“, also des zentralen Schutzguts von Parteiverbot und damit auch des Parteiverbotssurrogats, damit begründet wurde, dass es eine demokratische Ordnung gebe, die frei sei und eine, die weniger frei sei, die volksdemokratische. Damit ist zwar eine Abgrenzung der sog. „wehrhaften Demokratie“ der BRD zur „Volksdemokratie“ der DDR vorgenommen, aber doch die Legitimität dieser Volksdemokratie als Demokratie-Variante anerkannt worden: auch die linke ideologiedemokratische Diktatur ist dann doch noch Demokratie!

Damit ist eine Konstellation etabliert, die dafür sorgt, dass die „wehrhafte Demokratie“ in Richtung „Volksdemokratie“ abzugleiten droht. Die ehemalige Diktaturpartei der DDR treibt die anderen „Demokraten“ in diese Richtung. Die CDU ist damit zumindest ideologisch wieder in die Position einer sozialistischen Blockpartei gebracht, die sich vorführen lassen muss, die ideologische Nachahmung des Berliner Mauerbaus als antiparlamentarische „Brandmauer“ nicht hinreichend zu bewerkstelligen, wobei diese CDU keine Möglichkeit mehr hat, im Sinne des sogenannten „Antitotalitarismus“ der konkurrierenden SPD vorzuwerfen, die Brandmauer gegen die Ex-SED als maßgeblicher ehemaliger Diktaturpartei von vornherein abgerissen zu haben. Im Zweifel muss zwischenzeitlich diese CDU mit einer Kommunistischen Plattform als BSW paktieren und darf dabei auch nicht von einer parlamentarischen Unterstützung durch den Ex-Kommunismus zurückschrecken, weil sie nur so die ihr volksdemokratisch anbefohlene Brandmauer aufrechterhalten kann.

Womit diese CDU auch deutlich macht: Wahlergebnisse sind dabei weitgehend irrelevant; sie werden daher der Demokratieverachtung übergeben mit der impliziten Parole: Demokratieschutz ist wichtiger als Demokratie! Und genau dies ist Ausgangspunkt und Kern der „Volksdemokratie“ „DDR“: Während die „kämpferische Demokratie“ nach antifaschistischer DDR-Art gegen die aktuelle Mehrheit von boykottierenden „Demokratiefeinden“ gerichtet war, was die Links-Diktatur als Demokratieschutz gebot, richtet sich die „wehrhafte Demokratie“ der BRD gegen die antizipierte Mehrheit von „Demokratiefeinden“, gegen die rechtzeitig vorgegangen werden muss, damit eine offene Diktatur gegen eine dann vielleicht bald aktuelle Mehrheit von Demokratiefeinden vermieden werden kann. Wenn man aber nun den Zeitpunkt des rechtzeitigen Verbots übersehen haben sollte, was dann? Wie man sieht, führt die Logik der „wehrhaften Demokratie“ der sog. „Mitte“ dann doch zur linken „Volksdemokratie“: Militärputsche wie in Thailand und der Türkei als Ausübung des Widerstandsrechts gegen die Parlamentsmehrheit, basierend jeweils auf einer Rezeption des BRD-Konzepts der wehrhaften (militärhaften) Demokratie stehen wohl nicht als Möglichkeit an. Oder vielleicht dann doch: Etwa im Wege des Bundeszwangs gegen eine Landesregierung der AfD?

Verhinderung der „Volksdemokratie“

Was man gegen die Fortentwicklung der wehrhaften zur kämpferischen Demokratie tun könnte, wird vor allem im Schlusskapitel der politischen Biografie des Verfassers erläutert: Eine Rechtspartei, gegen die sich der „Kampf gegen rechts“ naturgemäß richtet, wird zusammengefasst im legitimen Eigeninteresse für die Errichtung einer „liberalen Demokratie des Westens“ in der BRD einzutreten haben. Dieser „Kampf ums Recht“ muss auf die Änderung des Grundgesetzes gerichtet sein, weil von der Gerichtsbarkeit, die weitgehend für den Demokratie-Sonderweg einer VS-Demokratie verantwortlich zeichnet, die Lösung nicht erwartet werden kann. Die Vereins- und Parteiverbotsartikel des Grundgesetzes sollte dabei durch eine Regelung ersetzt werden, die der Verbotsvorschrift des freien Königreichs Dänemark im Norden der nur freiheitlichen BRD entspricht: „Vereine (unter Einschluss von politischen Parteien, Anm.), die sich unter Anwendung von Gewalt betätigen oder ihre Ziele durch Gewaltanwendung, An-

stiftung zu Gewaltanwendung oder ähnliche strafbare Beeinflussung Andersdenkender zu erreichen suchen, werden durch Gerichtsurteil aufgelöst.“

Damit würde die notwendigerweise ins Ideologische abgleitende „Wertegrenze“ beim als „Verfassungsschutz“ firmierenden Staatsschutz endlich durch eine rechtsstaatlich operable Gewaltgrenze überwunden werden. Einen ideologischen „Rechtsextremismus“ als staatsideologischen Diskriminierungstatbestand kann es dann von vornherein nicht mehr geben und die Meinungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit wären endlich in einer berechenbaren Weise gesichert. Mit maßgeblichen Auswirkungen auf die Anwendung des Beamtenrechts, weil damit allen in der politischen Biografie des Verfassers dargestellten Diskriminierungsmaßnahmen der Boden entzogen wäre. Die Bundesrepublik Deutschland wäre dann ein freies und nicht nur freiheitliches Land. Zu beginnen wäre dabei mit der Erkenntnis: „Der deutsche Verfassungsschutz passt nicht zu einer liberalen Demokratie – höchste Zeit, ihn abzuschaffen“, so der erste Satz des Vorwortes von Bundesminister a.D. Prof. Dr. Rainer Ortleb zum Buch des Verfassers.



Die SWG hat eine neue Postadresse:

**Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V.
An der Alster 6
20099 Hamburg**

**Bitte alle Post nur noch an diese Adresse senden!
Das Postfach existiert nicht mehr.**

Leon de Winter

Bin ich jetzt gesichert rechtsextrem?



Die Tageszeitung DIE WELT hat mit Leo de Winter seit Anfang Mai 2025 einen wöchentlichen Kolumnisten neu gewonnen. Der aus einer jüdischen Familie stammende Niederländer zählt zu den wichtigsten und streitbarsten Schriftstellern seines Landes in der Gegenwart. Seine erste und bemerkenswerte Kolumne vom 5. Mai titelte mit der Frage: „Bin ich jetzt gesichert rechtsextrem?“ Wir dokumentieren den Beitrag auszugsweise. Er ist eine ebenso rührende wie auch kritische Liebeserklärung an unser deutsches Vaterland!

Ich bin belastet mit meiner Liebe zu Deutschland

„**E**s tut mir leid, dass ich in meiner ersten WELT-Kolumne Kritik an Dir übe, oh wunderbares Deutschland. Ich hatte mir vorgenommen, liebevoll an die ersten Deutsch-Stunden auf dem Gymnasium zu erinnern, fast verloren zwischen Latein und Griechisch. Irgendwo tief in meiner DNA lebt die Liebe zu deutschen Wörtern und zur deutschen Syntax ... Ich bin also belastet mit der Liebe zu Deiner Sprache, Deutschland. Und zu Deiner Literatur und klassischen Kunst, zu Deinen Denkern und vor allem zu Deinen Komponisten.

Wenn je Aliens auf der Erde landen und zu Recht beschließen, diesen grausamen nackten Affen ein Ende zu setzen, dann gibt es eines, das sie davon abhält: die Kompositionen von Johann Sebastian Bach. Denn eine Spezies, aus der ein Bach hervorgehen kann, ist nicht völlig teuflisch.

In meiner ersten Kolumne wollte ich Dich aufrufen, Deutschland, stolz und selbstbewusst auf Deine klassische Geschichte zu sein, ohne die pechschwarzen Seiten des 20. Jahrhunderts zu vergessen. Ich habe einmal einen Artikel geschrieben, dass ich lieber unter der europäischen Hegemonie Deutschlands leben würde als unter der von Brüssel – und das finde ich immer noch. Deutschland ist die kulturelle,

wirtschaftliche und industrielle Seele Europas – also verhalte Dich entsprechend, würde ich sagen.

Lass Deine Fahnen wehen, unterstütze überall in Europa die Verbreitung Deiner Sprache. Denn eine authentische Sprache der Europäischen Union gibt es nicht ...

Ich übe also in meiner ersten Kolumne Kritik. Ich las, dass die schreckliche Partei Alternative für Deutschland verdächtigt wird, an den Wurzeln der Demokratie zu nagen. Also wartete ich Berichte über geplante Deportationen, modernere Methoden des Massenmords mit Giftgas und Kugeln, einen neuen Reichstagsbrand, die Eroberung von Lebensraum in der Ukraine und in Russland.

Aber was ich fand, war dies: „Verfehlte Migrationspolitik und Asylmissbrauch haben zum 100.000-fachen Import von Menschen aus zutiefst rückständigen und frauenfeindlichen Kulturen geführt.“ So lautete nach Verfassungsschutz-Angaben ein Tweet eines AfD-Mitarbeiters im Deutschen Bundestag ... Ist diese Aussage wirklich so schockierend, dass das ganze deutsche politische Establishment jetzt über ein Verbot diskutiert?

Die Migrationspolitik ist gescheitert

Es fällt mir nicht leicht, aber ich muss etwas gestehen: Auch ich bin überzeugt, dass die Migrationspolitik gescheitert ist, auch ich sehe, dass zu viele Migranten in Europa aus rückständigen Kulturen kommen, in denen Frauen Männern untergeordnet sind und Juden gehasst werden. Bin ich jetzt gesichert rechtsextrem?

Als Angela Merkel es als ihre Lebensaufgabe betrachtete, junge Männer aus Nordafrika und dem Nahen Osten nach Deutschland zu holen, sah ich erstaunt all die Deutschen, die „Willkommen, schöne liebe Jungs!“ sangen. Ich dachte: „Willkommen, Antisemiten.“ Ich fühlte mich allein, als mir Wellen des Hasses entgegenschlugen. Ich war ein Rassist, ein Islamophober, und ich beging das ultimative Verbrechen, unsere westliche Kultur für überlegen zu halten.

Man sollte versuchen, das Zitat umzudrehen: „Gelingene Migrationspolitik und perfekt angewandte Asylverfahren haben zum 100.000-fachen Import von Menschen aus hochentwickelten und frauenfreundlichen Kulturen geführt.“

Warum bist Du so unsicher, Deutschland? Warum kannst Du, achtzig Jahre nach dem Ende der Zeit Deiner schrecklichsten Verbrechen – für die Du gebüßt hast, über die Du Rechenschaft abgelegt hast – nicht den Platz einnehmen, der Deinem Sinn für Ästhetik, Deiner wissenschaftlichen und industriellen Kreativität zusteht?

Vielleicht haben deutsche Sicherheitsdienste entdeckt, dass AfD-Mitglieder zu Hause SS-Uniformen tragen und das Horst-Wessel-Lied singen – das würde natürlich alles verändern. Aber die Aussagen von AfD-Spitzenleuten, die ich online finden konnte, waren nach meinen niederländischen Maßstäben eher ziemlich harmlos.

Die Hysterie über jene Aussagen von AfD-Mitgliedern schießt weit über das Ziel hinaus. Ich denke, dass viele Deutsche – und ich auch – vielen Aussagen zustimmen. Was ist daran falsch? Warum darf man nicht stolz sein auf die deutsche Kultur? Warum darf man nicht sagen, dass das Dazugehören zur deutschen Nation mehr als nur ein Pass ist? Warum darf man nicht sagen, dass viele Migranten rückständige, überholte Ansichten über Religion, Frauen, Freiheit und Demokratie haben?

Sei selbstbewusst und stolz, oh Deutschland

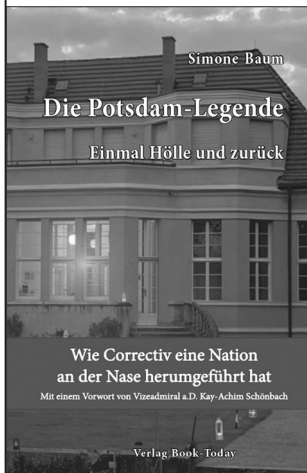
Deutschland, wenn Du so weitermachst mit dem Herabwürdigen Deiner eigenen Kultur, mit dem Ausweichen vor der dringenden Frage, wie Du mehr Kinder hervorbringst, die mit Liebe deutsche sein wollen und die deutsche Kultur weitertragen möchten, dann wird in hundert Jahren niemand mehr Kafka oder Grass oder Goethe lesen. Dann wird in den Kirchen von Dresden und Leipzig nie mehr Bachs Matthäuspassion oder sein Largo aus dem Doppelkonzert d-Moll erklingen, die das Universum für immer hätten erhellen sollen. Und noch schlimmer: Dann hat Deutschland Selbstmord begangen. Es gibt Deutsche, die sagen: Das ist unser Schicksal wegen unserer Vergangenheit. Ich bestreite das. Ohne ein selbstbewusstes Deutschland ist nicht nur Deutschland, sondern auch Europa verloren.

Das ist also meine Kritik: Hör auf mit dem Gejammer und sei selbstbewusst und stolz, oh Deutschland.“ ■

Leon de Winter, 1954 in 's-Hertogenbosch im Süden der Niederlande als Sohn orthodoxer Juden geboren, wurde Anfang der 1990er-Jahre mit Romanen wie „Hoffmanns Hunger“ und „SuperTex“ bekannt.

Schockierende Wahrheiten

Wie man versucht Menschen zu zerstören!



Simone Baum beschreibt, was sie erleben mußte, nachdem eine sogenannte Correctiv-Recherche im Januar 2024 sie in ein falsches Licht setzte und eine öffentliche Hetzjagd begann. Es gab Medien, die das Thema immer mehr wieder befeuerten und Leute massenhaft mit Demonstrationen auf die Straße gebracht hatten. Schließlich verlor sie auch ihren Arbeitsplatz. Hardcover, 128 Seiten. **19,80 EUR**

Wie eine Pferdetrainerin, die sich nie für Politik und Geschichte interessierte, zum scheinbaren Staatsfeind kriminalisiert wurde und was ihr und ihren Freunden in Oberfranken in der Corona-Zeit zugestoßen ist: Unzählige Bußgeldverfahren, Strafanzeigen, Hausdurchsuchungen, Gerichtsverhandlungen ... Sie verlor alles. Hardcover, 244 Seiten. **29,90 EUR**



Chroniken menschlicher Schicksale.

Verlag Book-Today

www.book-today | info@book-today

Der AfD-Erfolg bahnt den Weg zur Normalität:

In der BRD gibt es endlich eine rechte Volkspartei

Der Historiker Karlheinz Weissmann
im Interview mit DJ-Schriftleiter Bernd Kallina.



Das phänomenale Wahlergebnis der „Alternative für Deutschland“ (AfD) von über 20 % Wählerstimmen bei der Bundestagswahl im Februar 2025 ist ein Paukenschlag in der deutschen Parteien-Nachkriegsgeschichte. Da lohnt sich ein Blick in die schwierige Geschichte der deutschen Rechtsparteien der zurückliegenden Jahrzehnte, ein langer Zeitraum ihrer offenkundigen Erfolglosigkeit. Allerdings ist diese Historie deutscher Parteien

rechts der Mitte kaum sachkundig bzw. nur einseitig beleuchtet worden. Das hat sich nun, zeitgleich mit dem überragenden AfD-Erfolg, durch eine Veröffentlichung des Historikers Dr. Karlheinz Weissmann verändert: „Zwischen Reich und Republik“ so heißt seine „Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten“.

Über 20 Prozent für die „Alternative für Deutschland“ (AfD) bei der vorgezogenen Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 und damit doppelt so viele Stimmen wie 2021: Das ist ein vorher nie erreichtes Spitzenergebnis für eine Rechtspartei in Deutschland seit 1949, einer tektonischen Gesteinsverschiebung gleichend. Wie ordnen Sie als Historiker und ausgewiesener Kenner der Geschichte der deutschen „Nachkriegsrechten“ dieses Wahlresultat ein?

Fraglos ist der Erfolg der AfD das entscheidende Ergebnis der Bundestagswahl. Denn wie Sie richtig sagen, handelt es sich um einen Vorgang, der das Parteiensystem der Nachkriegszeit endgültig erledigt.

Das hatte in der Vergangenheit zwar schon zwei Modifizierungen erfahren: durch das Verschwinden der kleineren konservativen Gruppierungen – in erster Linie Deutsche Partei und Gesamtdeutscher Block beziehungsweise Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten –, dann durch die Etablierung einer „ersatzkommunistischen“ (Helmut Schmidt) Fraktion in Gestalt der Grünen und einer (post-) kommunistischen in Gestalt der Linken.

„Bloße Kapitulation bedeutet noch nicht Frieden. Der Einfluss der Nazis hat alles durchdrungen, selbst die Kirche und die Schulen. Die Besetzung Deutschlands war ein Kriegsakt, dessen oberstes Ziel die Vernichtung des Nazisystems ist.....Das vorige Mal gewannen wir den Krieg, aber wir ließen uns den Frieden aus den Händen gleiten. Diesmal dürfen wir nicht nachlassen. Wir müssen den Krieg und den Frieden gewinnen“.

(Tagesbefehl des britischen Oberkommandierenden Feldmarschall Montgomery vom 25. März 1945 in: Archiv der Gegenwart, 25.03.1945).

Christ- wie Sozialdemokraten waren einmal echte Volksparteien

Aber der Kern des Ganzen – Union, SPD und FDP – hat doch eine erstaunliche Kontinuität an den Tag gelegt. Wobei auch daran erinnert werden muß, daß Christ- wie Sozialdemokraten einmal echte Volksparteien waren, denen zugetraut wurde, die absolute Mehrheit der Wähler zu gewinnen. Und jetzt schauen sie sich deren Zustand an: die SPD ist weit von den 20, die CDU / CSU deutlich von den 30 Prozent entfernt. Dagegen gibt es einen neuen Mitbewerber in Gestalt der AfD, einer Partei, die mit ihrer Programmatik rechts der Union steht und sich trotz aller Behinderungen hat etablieren können. Damit gewinnt das deutsche Parteienspektrum endlich etwas von der Normalität zurück, die ein Parteiensystem in der Regel haben muß: Vernünftigerweise sollte es neben einer Linken eine Mitte und eine Rechte geben.

Im Vorfeld des Winterwahlkampfes übertrug der amerikanische Tech-Milliardär Elon Musk, führender Kommunikations-Berater



Die deutsche Nachkriegsrechte ist eine Art weißer Fleck auf der historischen Landkarte des 20. Jahrhunderts. Es ist deshalb Zeit, das Thema „Nachkriegsrechte“ mit dem Werkzeug des Historikers zu bearbeiten.

Karlheinz Weissmann: Zwischen Reich und Republik. Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten.

von US-Präsident Donald Trump, ein weltweit ausgestrahltes Interview mit der AfD-Bundeskanzler-Kandidatin Alice Weidel auf seine Plattform X. Das führte bei Vertretern des bundesdeutschen Parteienkartells zu empörten Proteststürmen, gipfelnd in dem Vorwurf, hier werde aus dem Ausland eine rechtsextreme Partei salonfähig gemacht. Wie haben Sie diesen Vorgang wahrgenommen?

Natürlich habe ich den Vorgang registriert. Meiner Meinung nach ist das für sich genommen bemerkenswert, wenn ein Mann vom Format Musks sich entsprechend äußert, und wahrscheinlich hat sein Schritt auch als eine Art Türöffner gewirkt. Nehmen Sie in der Folge den Empfang von Frau Weidel durch den ungarischen Regierungschef Orbán und vorher schon durch den US-Vizepräsidenten Vance.

Vance rief ja dann bei der renommierten „Münchener Sicherheitskonferenz“ zur Berücksichtigung des rechten Wählerpotentials auf und erklärte, dass eine Demokratie „keinen Platz für Brandmauern hat.“ Die Bedrohung für Europa sei kein äußerer Feind, sie käme von innen, so Vance. Niemand rechnete mit so einer Rede. Sie etwa, Herr Dr. Weissmann?

Nein, natürlich nicht. Das war tatsächlich ein verblüffender Vorgang. Aber insofern konsequent, als die Amerikaner in einem oft unterschätzten Ausmaß an ihre eigenen ideologischen Vorgaben glauben, und zu denen gehört eben auch die „freie Rede“, und die wird in einem

Ausmaß verteidigt, das man sich in Europa und zumal in Deutschland kaum vorstellen kann.

Man verbitte sich „Interventionen und Einmischung von außen“, so die Abwehr-Rhetorik der deutschen und europäischen Politprominenz, außer Acht lassend, dass vielfältige Einmischungen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure von außen in die politischen Verhältnisse anderer Länder weltweit an der Tagesordnung sind, gerade auch seitens deutscher Spitzenpolitiker. Der offenkundige Widerspruch wurde einfach ausgeblendet, oder?

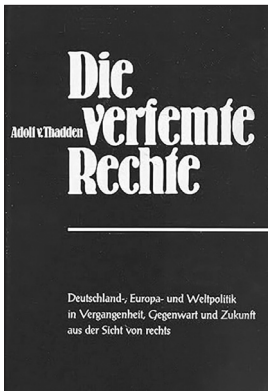
Nun, was die „Einmischung“ angeht, findet die doch dauernd statt, die Ampelparteien sprachen beim US-Präsidentschaftswahlkampf Empfehlungen zu Gunsten der Demokraten aus, dasselbe passierte über die Mainstream-Medien, die im übrigen eine Rußland-Berichterstattung liefern, die fallweise mit Umsturzphantasien arbeitet, wenn es um das Regime Putins oder andere unliebsame Systeme geht. Man sollte also nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaus sitzt.

„Was ist das überhaupt, eine Intervention?

*Interventionen werden hier verstanden als unterschiedliche Techniken, die in der internationalen Politik angewandt werden, um * entweder eine regierende Elite in einem Zielstaat abzusetzen * und/oder zu ersetzen * oder einer an der Macht befindlichen Elite in einem Klienten-Staat an der Macht zu halten.“*

Der Politologe Paul Noak, „Intervention und Revolution“, in „Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft“, Geschwister-Scholl-Institut, Freiburg 1980.

Nun zur deutschen Parteiengeschichte der Aufbaujahre nach 1945: Adolf von Thadden, langjähriger Vorsitzender der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), schrieb 1984 in „Die verfeimte Rechte“: „Angesichts der vorgegebenen Grundstruktur des deutschen Parteienwesens auf antifaschistischer Grundlage war logischerweise für eine rechte Partei, im herkömmlichen sowie üblichen Sinne des Wortes kein Platz. Die galt nicht nur für die sowjetische Besatzungszone, sondern für die westlichen Besatzungszonen gleichermaßen.“



Adolf von Thadden Die verfemte Rechte Deutschland-, Europa- und Weltpolitik in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aus der Sicht von rechts. Deutsche Verlagsgesellschaft, 1984.

Trotzdem gab es die von den Briten lizenzierte rechte „Deutsche Partei“ (DP), die sogar einen Ministerpräsidenten in Niedersachsen stellte und in den 1950er Jahren im Deutschen Bundestag auch als Koalitionspartner der CDU vertreten war. Nur ein bemerkenswerter Sonderfall oder was?

Man muß tatsächlich sagen, daß die Britische Besatzungszone ein Sonderfall war. Hier wurde ja auch die Deutsche Rechtspartei beziehungsweise Deutsche Konservative Partei unmittelbar nach Kriegsende zugelassen, zu deren Führungspersonal von Thadden gehörte. Aber diese DKP/DRP hat man eben gleichzeitig an ihrer Entfaltung gehindert. Das Lizenzierungsverfahren, auf das von Thadden anspielt, bot da manche Möglichkeiten. Hier: Man erlaubte zwar die Gründung, behinderte aber die Ausbreitung und die Übernahme der Führungspositionen durch geeignete Personen, etwa durch Otto Schmidt-Hannover, den letzten Vertrauten des DNVP-Vorsitzenden Alfred Hugenberg, der aber im Gegensatz zu Hugenberg ein entschiedener Hitler-Gegner war. Wenn das alles nichts half – wie im Fall des sensationellen Wahlerfolgs der Rechtspartei bei den Kommunalwahlen in Wolfsburg 1948 – kassierte man das Wahlergebnis.

Der „Nationalen Opposition“ gelang es nie ihre inneren Querelen zu überwinden

Aber bezeichnend ist auch, das hat von Thadden an anderer Stelle ziemlich unverblümt gesagt, daß es der „Nationalen Opposition“ nach Aufhebung des Lizenzzwangs und Gründung der Bundesrepublik nie

gelang, ihre inneren Querelen zu überwinden und einen klaren Trennungsstrich gegenüber den „Vernagelten“ zu ziehen. Das gilt auch und gerade für die Deutsche Reichspartei – der einzigen halbwegs funktionsstüchtigen Partei innerhalb der Nationalen Opposition – zu deren Führungskreis von Thadden dann gehörte. Einer ihrer Ehemaligen sagte mir mal, daß die Hälfte der Mitglieder eigentlich das NS-Regime wiederhaben wollte, und er sich nicht einmal traute, seine engeren Bekannten zu werben, weil ihm das Auftreten der eigenen Parteifreunde zu peinlich war.

Die Deutsche Partei, von der sie sprachen, hatte im Prinzip bessere Startchancen, weil sie als „Niedersächsische Landespartei“ in einer für die Besatzungsmacht unverdächtigen – weil welfischen und mithin antipreußischen – Tradition stand. Aber hätte man an dieser Linie festgehalten, wäre die DP bestenfalls eine Regionalpartei geblieben. Das wollte ihr Vorsitzender Heinrich Hellwege nicht, ohne doch eine klare Strategie entwickeln zu können. Man schwankte zwischen der Idee einer „Großen Rechten“, die alle zusammengeführt hätte, von den Gemäßigten in der DRP bis zum nationalliberalen Flügel der FDP, und der Idee, für den norddeutschen Raum eine Art von „evangelischer CDU“ zu bilden. Zuletzt scheiterte der eine wie der andere Ansatz, auch weil die Anziehungskraft der Union übermächtig wurde. Ende der 1950er Jahre war die Desertion der Funktionsträger – bis hin zu den Bundesministern – in Richtung CDU nicht mehr aufzuhalten.

Aber war die Union denn in dieser Zeit eine Rechtspartei?

Das wird man so sicher nicht sagen können, auch wenn die sarkastische Bemerkung, die CDU sei eine Art Dauerkoalition von katholischem Zentrum und Deutschnationalen mehr als ein Gran Wahrheit enthält. In jedem Fall ist festzustellen, daß das von Adenauer favorisierte Konzept – eine überkonfessionelle Partei, in Massen marktorientiert und strikt antikommunistisch ausgerichtet, für die europäische Integration und die Westbindung – auf die bürgerlichen Wähler und auch auf einen Teil der Arbeiterschaft erhebliche Anziehungskraft ausübte. Das war keineswegs von Anfang an klar, denn die außerordentlichen finanziellen Belastungen durch das fortdauernde Besatzungsregime, die hohe Erwerbslosigkeit und die Frage, ob die Vertriebenen aus den Ostgebieten zu integrieren sein würden, stellten Anfang der 1950er

Geheim-Aktionen, Provokationen + Verbotsverfahren

DRP – Die Kölner Synagogen-Schmierereien: Ein national und international aufsehenerregendes Ereignis waren die Kölner Synagogen-Schmierereien: Zwei fragwürdige Mitglieder der „Deutschen Reichspartei“ (DRP), die sich häufig in der DDR aufhielten, beschmierten am 24. Dezember 1959 die neue Kölner Synagoge mit zwei Hakenkreuzen und der Parole: „Deutsche fordern: Juden raus!“ . Das war der Supergau im demokratisierten Nachkriegs-Deutschland mit entsprechenden wochenlangen Medienresonanzen, die es durch die Kölner Hassparolen als erwiesen sahen, dass der Ungeist des antisemitischen Nazi-Geistes in der Bundesrepublik munter fortlebte. Ein Fülle von Indizien, die auf eine Regieführung östlicher Geheimdienste hinwiesen, wurden beiseite geschoben, obwohl die Vorgehensweise haargenau in das nachrichtendienstliche Interventionsmuster von Stasi und KGB passte, das bei vielen anderen Aktionen nachweisbar war. Michael Wolffsohn hat das in seinem Buch „Die Deutschland-Akte“ umfangreich belegen können. Für die DRP hatte der Skandal jedenfalls eine deutliche Bremsung der Aufstiegsentwicklung zur Folge.

Das 1. Verbotsverfahren gegen die NPD: Es wurde durch eine Initiative des bayerischen Innenministers Günther Beckstein (CSU) 2001 eingeleitet und aus Verfahrensgründen 2003 eingestellt. Es stellte sich nämlich heraus, dass bis in die NPD-Führungsebene der Partei aus Steuergeldern finanzierte V-Leute des Inlandsgeheimdienstes ihr Unwesen trieben. Das Gericht konnte nicht mehr unterscheiden, ob das „Belastungsmaterial“ gegen die Partei von der NPD selbst oder von Geheimdienst-Mitarbeitern stammte. Skandalöses Beispiel: Ein den Holocaust plump leugnendes NPD-Plakat flog Anfang 2002 dadurch auf, dass just dieses Wahlplakat unter der presserechtlichen Verantwortung des jahrelang im Solde des VS tätigen V-Manns Udo H. in Umlauf gebracht wurde.

Infiltrationsversuche durch ausländische Geheimdienste: Der ehemalige amerikanische UNO-Beamte, Professor Alfred de Zayas, offenbarte in einem Interview, dass er zweimal von der CIA in den 1980er Jahren ersucht worden war, die seinerzeit maßgebliche Rechtspartei „Die Republikaner“ im Sinne seiner Auftraggeber auszuspionieren. Zayas lehnte höflich ab (Quelle: „Die Deutschen als Zielgruppe: Einflussnahme, Steuerung oder was? Das Einwirken westlicher Nachrichtendienste auf die Bundesrepublik.“ in: Josef Schüßlburner/Hans-Helmut Knütter (Hrsg.): „Was der Verfassungsschutz verschweigt“, Institut für Staatspolitik, Schnellroda 2007). Zitiert aus: Andreas Mölzer, „Über Mitte-Rechts-Koalitionen ... ‚Brandmauern‘ und über politische Mutlosigkeit“, Freiheitliches Bildungsinstitut (FBI), Wien 2024.

Jahre Faktoren dar, die Adenauer auch hätten scheitern lassen können. Aber Wiederaufbau und Wirtschaftswunder und politische Stabilisierung sind gelungen, was die bleibende Zustimmungsbereitschaft der Westdeutschen erklärt. Und was die Teilung betraf – die Adenauer sehr früh als unvermeidlich betrachtet hat – beruhigte die CDU das nationale Gewissen mit patriotischen Deklamationen und dem Beharren auf dem Rechtsstandpunkt: keine Anerkennung der DDR, keine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

Bleiben wir bei der erwähnten „Deutschen Partei“, die schon 1949 mit der Parole antrat: „Fahre rechts, Bleibe rechts, Wähle rechts!“. Damals galt „Rechts“ als normale politische Positionsbeschreibung. Die toxische Aufladung zur Feindmarkierung entwickelte sich erst später. In welcher Phase war das?

Entscheidend waren die Sechzigerjahre. Da haben die Zeitgenossen, soweit sie gesellschaftliche und weltanschauliche Vorgänge wach verfolgten, bereits gespürt, daß sich grundsätzliche Veränderungen abzeichneten. Die Versuche, dem von rechts etwas entgegenzusetzen, scheiterten samt und sonders. Man denke nur an das im Umfeld von Ludwig Erhard entwickelte Konzept der „Formierten Gesellschaft“ oder an die zeitweise von Franz-Josef Strauß unterstützte Idee eines deutschen „Gaullismus“ samt atomarer Bewaffnung der Bundeswehr, aber auch an den Aufstieg der NPD, die phasenweise in der Lage schien, das, was man die „nationale Welle“ nannte, zu nutzen, um eine Bündelung rechts der Union, doch im Verfassungsrahmen, zustande zu bringen.

Aber geworden ist aus alldem nichts. Vielmehr gab es eine dramatische Linksverschiebung zuerst des intellektuellen, dann des politischen Spektrums, die schon in der Endphase der „Ära Adenauer“ absehbar wurde und auf die man von rechts nicht zu reagieren wußte. Zu betonen ist auch, daß dieser Vorgang nicht nur die Bundesrepublik, sondern die ganze westliche Welt erfaßte. 1968 war ja nur das sichtbare Ergebnis dieses Prozesses, der sich lange angebahnt hatte und nun an Bedeutung gewann und in der Folge dazu führte, daß unter den „Meinungsmachern“ – um den Begriff Helmut Schelskys zu verwenden – die „lefties“ den Ton angaben. Natürlich gab es dagegen noch Widerstand, aber für die junge Generation, vor allem für die,

die höhere Schulen und die Universitäten durchlief, galt „rechts“ in Zukunft als kontaminiert, wurde zum Synonym für „proto-“, „halb-“ oder ganz-faschistisch, faschistoid oder „nazistisch“. Die Rechte erscheint seitdem als ein homogener brauner Block, Differenzierungen, etwa zwischen Marktliberalen, Konservativen und Nationalrevolutionären hat man sich längst abgewöhnt.

Die Parteien rechts der Mitte standen zum großen Teil nicht nur im Visier in- und ausländischer Geheimdienste, wie Sie in Ihrem Buch an vielen Stellen belegen. Sie waren auch Objekte aktiver Störmanöver und Zersetzungsmaßnahmen. Wie würden Sie – bilanzierend - die nachrichtendienstlichen Einflussnahmen auf deutsche Rechtsparteien beurteilen? Waren das überwiegend nur Nadelstiche oder mehr?

Es ist ja grundsätzlich so, daß der Historiker nur einen Teil der Vorgänge erfassen kann. Selbst wenn man Zugang zu Archiven erhält, gibt es Abläufe, die verdeckt bleiben oder nur einem Kreis von Eingeweihten zugänglich sind. Und was die Einflußnahme der „Dienste“ angeht: Sie müssen ja gar nicht so weit gehen wie Egon Bahr, der in Reaktion auf die Stasi-Verstrickungen einiger Politiker nach dem Ende der DDR lapidar bemerkte, daß im Grunde alle Kanzler der Bundesrepublik Informanten der CIA gewesen seien. Aber daß die „Dienste“ in der Nachkriegszeit auch der Ausforschung der Parteien dienten oder der Unterwanderung oder dem Einsatz von Provokateuren, kann niemand ernsthaft bestreiten. Die Folgen hat ja noch eine Gruppierung wie die Republikaner zu spüren bekommen, die vom Ursprung her Fleisch vom Fleisch der Union war.

Könnte man die Republikaner als eine Art Vorläufer der heutigen AfD bezeichnen?

Es gibt da zweifellos Ähnlichkeiten. Aber man muß die Unterschiedlichkeit der Ausgangssituation im Blick behalten. Die Republikaner betraten die politische Bühne der Bundesrepublik, nachdem der von Strauß favorisierte Plan eines politischen Roll back 1980 mit seiner Niederlage als Kanzlerkandidat der Union gescheitert war und zwei Jahre später sein Konkurrent Helmut Kohl die schwarz-gelbe Koalition an die Regierung brachte. Der Vorgang wurde zwar als „Wende“ bezeichnet, war aber keine, was auf dem rechten Flügel der CDU und stärker noch der CSU mit wachsendem Unmut registriert wurde.



Franz Schönhuber (1923–2005) gründete als einer der führenden Journalisten Bayerns 1983 die Republikaner, deren Bundesvorsitzender er 1985 bis 1990 war.

Dann brachte der ausgerechnet von Strauß „eingefädelte“ Milliardenkredit für die marode DDR das Faß zum Überlaufen, und es entstand zuerst als eine Art Abspaltung der CSU nach rechts die Partei der Republikaner, die sich in relativ kurzer Zeit zu einer veritablen national-populistischen Gruppierung entwickelte. Aber die Bekämpfung durch die staatlichen Stellen und ein erster Vorgeschmack auf das, was später der „Aufstand der Anständigen“ sein würde sowie eigene Fehler im Hinblick auf die Strategie haben sie scheitern lassen.

Zuletzt hat sich die Wiedervereinigung als Nachteil erwiesen, obwohl die Republikaner die letzte gesamtdeutsche Kraft waren. Denn die DDR-Volkskammer hat gegen sie ein Betätigungsverbot ausgesprochen und Kohl konnte sich als „Kanzler der Einheit“ inszenieren. In der Folge hat die Union noch einmal ihre Monopolstellung rechts der Mitte zementiert. Aber nur auf Zeit. Das, was sich seit den 1990er Jahren abgespielt hat – das sehen wir aus der Distanz – war der Anfang vom Ende für ihre zentrale Position im Parteiensystem. Auch wenn es noch einige Zeit gedauert hat, bis die Kohllisten die alte Substanz im Namen der „Modernisierung“ aufgebraucht und die Merkelianer den Rest erledigt hatten, dauerte es bis zur Gründung der AfD und deren Häutung, bis klar war, daß man es nicht nur mit einer Vereinigung frustrierter Ex-CDUler zu tun hatte, die sich am Euro-Rettungsplan störten. Aber das gehört im Grunde schon nicht mehr zu meinem Thema. Mein Ziel war es ja, die Geschichte der Nachkriegsrechten zu behandeln und damit Bezug auf einen hinreichend weit zurückliegenden Zeitabschnitt zu nehmen, der für den Historiker einigermaßen greifbar wird. Alles übrige wird nur im Rahmen eines Ausblicks behandelt.

Trotzdem werden Sie eine Meinung zum „Verfassungsschutz-Fall AfD“ haben, gerade wenn man die aktuelle Situation mit der historischen vergleicht: Selbst die sogenannten „VS-Berichte“ der Inlandsgeheimdienste des Bundes oder der Länder haben in der BRD ihre ausgrenzende Wirkung inzwischen weitgehend verloren. Wähler lassen sich von ihnen nicht mehr von Stimmabgaben pro AfD abhalten. Was hat sich da verändert?

Das Attribut „rechtsextrem“ kann schlicht jedem angeheftet werden

Fraglos hat sich da in der politischen Mentalität etwas verändert. Auf der Linken wurden der Verfassungsschutz und seine Berichte traditionell als Machtinstrument der Herrschenden angesehen und dem Sachgehalt wenig Gewicht beigemessen. Während meiner Studienzeit in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren gehörte der Spott über die „Ämter“ ebenso zum guten Ton unter Progressiven wie der Hohn über die „FDGO“, also die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung, von der man bestenfalls in ironischem Tonfall sprach. Das war auf der Rechten undenkbar. Jedenfalls die bürgerlichen Gruppen fürchteten nichts mehr, als die Erwähnung oder die Beobachtung. Damit ist es in einem gerade noch unvorstellbaren Maß vorbei. Das ist die Folge davon, wenn man systematisch überzieht und nicht nur die Regeln der Fairness, sondern auch die des Rechtsstaats im Umgang mit dem politischen Gegner verletzt. Dann wird irgendwann noch dem bravsten und wohlwollendsten Deutschen klar, daß das Attribut „rechtsextrem“ oder „extrem rechts“ schlicht jedem angeheftet werden kann, der nicht in der Spur laufen will.

Ein Blick auf Österreichs Freiheitliche Partei (FPÖ), seit der letzten Nationalratswahl stärkste Parteiformation in der Alpenrepublik: Ist deren bei Weitem besserer Legalitätsstatus im Vergleich zur bundesdeutschen AfD vielleicht darauf zurückzuführen, dass es in Österreich immer noch eine der Weimarer Reichsverfassung (WRV) verwandte Verfassung von 1920/1929 gilt, während in der BRD das Grundgesetz von 1949 in Kraft ist, das maßgeblich auf einer Zurückweisung der Freiheitskonzeption der WRV beruht? Oder sehen Sie andere Gründe?

Ohne mich als Spezialisten für die österreichischen Verhältnisse aufzuspielen – die Entwicklung habe ich in meinem Buch ja nur im Rahmen eines Exkurses behandelt -, will mir scheinen, daß hier zwei Faktoren wichtiger sind: das Geschick, mit der sich ein Teil der Rechten – die Österreichische Volkspartei – der Behauptung bediente, man gehöre zu den Opfern des NS-Regimes. Das war zwar nur eine Teilwahrheit, aber immerhin, und auf der konnte man aufbauen, weil es gleichzeitig gelang, sich ausdrücklich als rechtes „Bollwerk“ gegen die Linke zu präsentieren; der andere Faktor ist die oppositionelle Tradition des „nationalen Lagers“, das ja im Grunde seit der Revolution von 1848 gegen die Obrigkeit stand und niemals so „gouvernemental“ ausgerichtet war wie die Rechte im Reich und später in Nachkriegsdeutschland. In der FPÖ hat man sich seit je etwas „getraut“, was den „Piefke“ mit Staunen erfüllte.

Bedeutet das für die AfD „Von Österreich lernen heißt siegen lernen“?

Nun, der erste Anlauf zu einer Regierungsbildung unter FPÖ-Führung ist ja gescheitert. Und wahrscheinlich geht es auch um mehr als um das Beispiel Österreich. Anfang des Jahres hat der Spectator eine Ausgabe gebracht, die auf dem Titel eine amüsante Karikatur zeigt: ein nach rechts schwingendes Pendel, an dem sich lachend Farage – der Architekt des Brexit – , Trump, Millei, Giorgia Meloni, Marine Le Pen und Kemi Badenoch, die schwarze Vorsitzende der britischen Tories, klammern, dazu der Titel „Bewegung nach rechts“. Die Herausgeber vertreten die These, daß wir es mit einer globalen, gegen die Linke und vor allem gegen deren kulturelle Dominanz in Gestalt des wokism gerichteten Tendenz zu tun haben. Das kann sich natürlich als Fehleinschätzung erweisen oder nur eine Momentaufnahme sein, aber in derselben Nummer des Spectator hat Jordan Peterson ein Interview gegeben, in dem es grundsätzlich wird. Er hebt da einerseits auf die Bedeutung der Religion – ganz konkret: des christlichen Glaubens – und andererseits auf die Notwendigkeit ab, die Postmoderne zu überwinden, damit sich der Westen wieder seinen Grundlagen zuwendet und die Bedeutung der elementaren Voraussetzungen seines Überlebens – im Hinblick auf die Familie, im Hinblick auf die Tradition, im Hinblick auf die Autorität, um nur diese Stichworte zu geben - neu begreift. Wenn das nicht nur ein

Appell bliebe, hätten wir tatsächlich den „right move“, nicht nur als „Bewegung nach rechts“, sondern auch als die „richtige Bewegung“.
Herr Dr. Weissmann, vielen Dank für dieses Gespräch! ■

Karlheinz Weißmann, geboren 1959 in Northeim (Niedersachsen), Studium der Evangelischen Theologie und Geschichte, war von 1983 bis 2020 im niedersächsischen Schuldienst tätig. 1989 Promotion über die Entwicklung der politischen Symbolik der deutschen Rechten. Vielfältige publizistische Tätigkeit auf historisch-politischem Gebiet im In- und Ausland.

BLÜTEN INMITTEN von FROST und FINSTERNIS

Gottfried Benn, Oskar Loerke, Georg Britting oder Werner Bergengruen: In den Jahren von 1933 bis 1945 verbirgt sich ein wahrer Schatz an bewegenden und beeindruckenden lyrischen Texten aus Deutschland – manchmal das offene Zeugnis mutigen politischen Widerstands, manchmal der erstaunliche Konterpart zu Verwerfungen in der Biographie der Verfasser und sehr oft einfach Ausdruck einer poetischen Kraft, die sich nicht vor den Karren der Phrasen und Parolen spannen ließ.

Diese Anthologie dokumentiert das Potential und den Facettenreichtum nonkonformistischen Schreibens auf dem Gebiet der lyrischen Dichtkunst während der NS-Herrschaft.

Günter Scholdt, Christoph Fackelmann (Hrsg.),
 in Zusammenarbeit mit Ruth Wahlster:

EISBLUMEN
 Nonkonformistische Lyrik im Dritten Reich
 Eine Anthologie
 2 Bände im Set, 586 u. 256 Seiten | Broschur
 ISBN 978-3-942605-32-8 | **32,00 Euro**



LEPANTO VERLAG
 Katholischer Verlag für Theologie und Philosophie

Bestellungen
 Webshop: www.lepanto-verlag.de
 Auslieferung: lepanto@azb.de
 Tel.: +49 (0) 2832 929 295
 Und beim Buchhändler Ihrer Wahl!

Eberhard Hamer

Staatsversagen: Schuldenorgie



Nicht die Einnahmen im Haushalt der Bundesregierung sind zu gering, sondern die überflüssigen Ausgaben sind zu hoch: Auf diese rechte einfach und leicht nachvollziehbare Aussage lässt sich das eklatante Staatsversagen unserer letzten Bundesregierungen zusammenfassen. So ist die Ampel-Regierung an der Frage der Steuerverteilung gescheitert – letztlich an den uns nichts angehenden Kriegskostenbeiträgen für die Ukraine.

Werfen wir kritische Blicke auf die fraglichen Summen: 378 Milliarden Euro Bundeshaushalt reichten der Ampel-Regierung nicht, um alle ihre notwendigen „Ausgaben“ zu decken. Dabei fließen von dieser Summe 80 Milliarden Euro ins Ausland oder an Ausländer und 54 Milliarden werden für unsinnige Ideologie, wie z. B. „Klimaschutz“, ausgegeben – also ein Drittel des Bundeshaushalts nicht für die Bürger und Wähler und für die Infrastruktur oder für Sicherheit und Ordnung, sondern für willkürliche fremde Zwecke, z. B.:

- 26 Milliarden Euro Bürgergeld für Ausländer
- 3,5 Milliarden Euro Migrationskosten des Bundes (die zehnfache Summe zahlen Länder und Kommunen)
- 54 Milliarden „Klimaschutz“, der zum großen Teil als „Entwicklungshilfe“ ins Ausland geht
- weitere 11 Milliarden Entwicklungshilfe für zum Teil unsinnige (feministische, sexuell-queere u.a.), sogar unkontrollierte Projekte
- 11 Milliarden Kindergeld an Ausländer
- 8 Milliarden Ukraine-Unterstützung (nur 2024, insgesamt über 46 Milliarden)
- 20 Milliarden Euro Netto-Saldo EU, darin freiwillig übernommener britischer Beitrag

- 1 Milliarde Euro internationale Organisationen (meist ist Deutschland zweitgrößter Zahler)

Die Ampel-Koalition ist letztlich an nur drei Milliarden zusätzlicher Ukraine-Hilfe gescheitert, an einem Betrag, der ihre unsinnigen Ausgaben an anderer Stelle in den Schatten stellt.

Jeder private Unternehmer und Bürger muss seine Ausgaben nach seinen Einnahmen richten. Sinken seine Einnahmen, muss er seine Ausgaben senken.

Beim Staat ist das umgekehrt. Die Regierung bestimmt die Ausgaben und setzt danach die Einnahmen fest. Kein Wunder, wenn hemmungslose Ausgaben zu drastischen Abgabenerhöhungen im Inland führen und der deutsche Mittelstand brutto zu 61, netto sogar zu über 80 % mit den höchsten Abgaben der Welt belastet ist, weil die Regierungen immer mehr Ausgaben als Einnahmen beschlossen haben.

Sie haben sogar die Einnahme der Zukunft schon verwirtschaftet, indem sie hemmungslos Schulden aufgenommen haben (seit Merkel/CDU). Dadurch ist Deutschland inzwischen mit 2,5 Billionen Euro verschuldet (mehr, als eine Generation überhaupt zurückzahlen kann; pro Kopf 30.200 Euro Schulden). Doppelt so viele Schulden hat die Ampel-Regierung gemacht, obwohl es eine Schuldenbremse gibt. Man hat einfach zusätzliche Schulden als „Sondervermögen“ dargestellt und behauptet, dass immer mehr „Sondervermögen“ keine zusätzliche Verschuldung seien. Als Lindner/FDP diesen Schwindel nicht mehr weiter mitmachen wollte, wurde er aus der Schulden-Skatrunde ausgeschlossen und wegen seiner Hemmungen beschimpft.

Die Mittelstandsforschung hat schon seit Jahren darauf hingewiesen, dass es aus dieser Schuldenorgie keinen normalen Weg zurückgebe, wie z. B. durch Rückzahlungen aus Steuererhöhungen (bei den höchsten Steuern der Welt?) oder durch Abzahlungen (aus Ersparnissen, wo?).

Weitere öffentliche Verschuldung ist möglich, solange noch jemand Deutschland Geld leiht. Da die meisten anderen europäischen Länder und die USA noch verschuldeter sind als Deutschland, glauben unsere Schuldenpolitiker, weitere höhere Schulden machen zu können, statt die überflüssigen Ausgaben zu kürzen und den Bundeshaushalt wieder solide werden zu lassen.

Warum müssen wir allein für die Migranten 26 Milliarden Euro Bürgergeld aufwenden?

Warum im Ausland „Klimaschutz“ für 36 Milliarden betreiben, ohne dass wir überhaupt kontrollieren, welche Projekte das sind und ob sie überhaupt stattfinden?

Warum müssen wir mehr als 46 Milliarden Euro und Waffen für einen Ukraine-Krieg bezahlen, der uns überhaupt nichts angeht, sondern uns nur mehr als allen anderen Europäern schadet?

Und warum müssen wir elf Milliarden Euro Kindergeld an Ausländer bezahlen statt auf Kinderfreibeträge für die hier Erwerbstätigen umzustellen?

Wir hätten also genügend Reserven von bundesfremden Ausgaben, bei denen wir kürzen könnten – sogar so weit kürzen, dass auch die Steuern gesenkt werden könnten.

Bisher haben sich die Regierungen wegen ihrer Abhängigkeit und des Drucks ihrer Lobbyisten (CDU der Konzerne, Sozialisten der Sozialfunktionäre) nicht getraut, unser Steuersystem gerechter zu machen, sondern einfach den Mittelstand immer weiter überlastet. Der Mittelstand stirbt aber bereits an dieser Überlastung, zumal ihm auch durch Energiepreis- und wachsende Umweltbürokratie die Freiheit zum Handeln abgeschnürt wird.

Eine Diskussion um die dringende Sanierung unserer öffentlichen Finanzen, Schulden und Steuerbelastungen fand im Wahlkampf nicht statt. Daran sind nicht nur die Parteien, sondern auch die nicht genügend laut protestierenden Wähler selbst schuld.

Stand: 02/2025

Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.
Prof. Dr. Eberhard Hamer

ZFI

**Zeitgeschichtliche
Forschungsstelle Ingolstadt**

Im Internet zu erreichen unter: <http://www.zfi-ingolstadt.de>

Josef Schüßlburner

„Macht den rechten Flügel stark!“

Lehren aus dem Entschwinden einer etablierten Rechtspartei

Der Erfolg der Bundesrepublik Deutschland geht auf die Weichenstellungen der ersten Bundesregierung unter Kanzler Adenauer (CDU) zurück. Diese Regierung war nur möglich, weil die sich eindeutig als Rechtspartei einordnende Deutsche Partei (DP)¹ mit Parteitagsmotto und Wahlkampfpaparen wie „Macht den rechten Flügel stark!“ zur Koalitionsbildung bereit war. Parteipolitisch wäre für sie wohl – zumindest theoretisch – eine Oppositionsrolle als nationalistisches Sammelbecken vorteilhafter gewesen. Es galt jedoch, eine SPD-Regierung zu verhindern.

In der Tat war die DP entschiedener gegen den Sozialismus eingestellt als selbst die FDP, um von der CDU, die sich erst mit den Düsseldorfer Leitsätzen² von 1949 vom „christlichen Sozialismus“ des Ahlener Programms von 1947 im Formelkompromiss der „sozialen Marktwirtschaft“ abgewandt hatte, gar nicht zu sprechen. Die DP lehnte bei den Grundgesetzberatungen den Sozialisierungsartikel und die Entschädigungsregelung bei der Eigentumsgarantie ab, bei der sie die Gefahr einer entschädigungslosen Enteignung erkannte. Das angehende „Wirtschaftswunder“ ist daher wesentlich der politischen Rechten gutzuschreiben. Damit dürfte auch klar sein, was derzeit partei- und koalitionspolitisch zu tun wäre, um wenigstens ab diesem Wahljahr 2025 an den Erfolg der Regierung Adenauer anzuknüpfen.

Was besagt das Schicksal der DP sonst noch für heutige Verhältnisse? Dafür ist von Bedeutung, dass die seinerzeit gebildete Mit-

1 Mit der DP ist die SWG sehr verbunden, weil deren Gründung wesentlich auf die Initiative von Hugo Wellems, dem Chefredakteur der Parteizeitung der DP „Das Deutsche Wort“ zurückgeht, der dann bis zu seinem Tod 1995 Vorsitzender der SWG war; s. dazu die Würdigung im Deutschland-Journal: https://web.archive.org/web/20090920125849/http://www.deutschlandjournal.de/Deutschland_Journal_Ausgabe_19/Abschied_von_Hugo_Wellems.pdf

2 S. dazu auch die Ausführungen der Konrad-Adenauer-Stiftung: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/duesseldorfer-leitsaetze>.

te-Rechts-Koalition schließlich zum Verschwinden dieser Rechtspartei beigetragen hat, was damit abgeschlossen wurde, dass die maßgeblichen Personen, von denen der Parteivorsitzende und niedersächsische Ministerpräsident Heinrich Hellwege und Bundesverkehrsminister Hans-Christoph Seebohm genannt werden müssen, prominente Mitglieder der CDU wurden. Dies war immerhin möglich, weil die CDU seinerzeit im Kern doch eine eher rechtsgerichtete Partei war: Als „Sieg der Rechten“ hatte etwa die Zeitschrift Times den Ausgang der ersten Bundestagswahl von 1949 wegen des CDU-Erfolgs eingeordnet. Nachfolgend soll der Frage nachgegangen werden,³ was zum Verschwinden der DP geführt hat und ob dieses Ende vielleicht vermeidbar gewesen wäre. Daraus könnten sich Gesichtspunkte für die AfD ergeben, eine Rechtspartei mit der Chance, vielleicht doch noch – sollte die CDU unter Führung von Fritz Merz im Interesse des Landes ihre demokratiefeindliche Verachtung für unerwünschte Wahlausgänge dem Parlamentarismus konform beenden – die Rolle der DP in der Bundesregierung einzunehmen. Dies sollte aber diesmal zur Wahrung der Links-Rechts-Dyade als Kern einer bleibend funktionierenden Demokratie⁴ nicht zum Verschwinden einer Rechtspartei führen.

Regionalismus als Hindernis

Die am 4.6.1947 als solche gegründete DP ist aus der Niedersächsischen Landespartei hervorgegangen, die in der Nachfolge der seit 1866 existierenden Deutsch-hannoverischen Partei (auch Welfenpartei genannt) stand und deren wesentliches Anliegen die Korrektur der preußischen Annexion des Königreichs Hannover durch Bildung eines Landes Niedersachsen war. Dieses Hauptanliegen wurde durch die alliierte Besatzungspolitik bei Auflösung Preußens relativ schnell umgesetzt, sodass man ad hoc sagen könnte, dass damit diese Partei bereits irgendwie überflüssig war. In der Tat war diese Partei in Nieder-

3 Die vorliegende Ausführung stützt sich auf folgende Werke: Hermann Meyn: Die Deutsche Partei, Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, 1965; Heinrich Hellwege: Ein Konservativer Demokrat. Festschrift zu seinem 50. Geburtstag am 18. August 1958, 1958 und Karlheinz Weißmann: Zwischen Reich und Republik. Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten, 2024.

4 S. dazu Josef Schüßlburner: Konsens-Demokratie. Die Mitte als Demokratieproblem, Neuaufgabe 2024.

sachsen als „Partei der Bürgermeister“ mit 10.000 Gemeinräten (gegenüber 5.000 der CDU) erheblich verankert. Nach Umbenennung in DP konnte sie mit einem gesamtdeutschen Anspruch auch einige Erfolge in den benachbarten norddeutschen Ländern erzielen; die Ergebnisse bei der ersten Bundestagswahl waren: 17,8 % in Niedersachsen, 18 % in Bremen, 13,1 % in Hamburg und 12,1 % in Schleswig-Holstein. Die DP blieb jedoch trotz Bildung weiterer Landesverbände eine norddeutsche, im Zweifel Hannoveranische Regionalpartei. Da sich bewusstseinsmäßig im Wählerverhalten selbst bei den Landtagswahlen eine Ausrichtung auf die Bundespolitik durchsetzte, hatte dies dann für die DP negative Rückwirkung auch auf das regionale Wahlverhalten: 1963 in Niedersachsen mit 2,7 % für die DP bei Verlust von 9,7 % der Stimmen gegenüber der vorausgegangenen Wahl.

Abhängigkeit und mangelnde Unterscheidbarkeit von der CDU

Bereits bei Bildung der 2. Regierung Adenauer nach der Bundestagswahl von 1953 mit 3,3 % für die DP war eine Regierungsbeteiligung der DP bei Bildung einer auf CDU / CSU und FDP gestützten Regierung nicht mehr erforderlich. Damit hing die weitere Beteiligung der DP bei Berücksichtigung regionaler Auswirkung hinsichtlich der Regierungsbildung norddeutscher Bundesländer überwiegend von der Gnade der CDU ab. Die DP hatte die Verschärfung der 5 %-Klausel (Ausdehnung auf das gesamte Wahlgebiet anstatt auf jeweils ein Bundesland und drei statt ein Direktmandat zur Umgehung der 5 %-Klausel) nicht verhindern können, was wesentlich auch gegen sie gerichtet war. Auch



Heinrich Hellwege (1908-1991) war ein Mitbegründer der Deutschen Partei (DP), deren Vorsitzender er 1947-1961 war. 1949-1955 war er Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesrats, da sich die DP in einer Koalition mit der CDU unter Konrad Adenauer befand, und 1955–1959 Ministerpräsident von Niedersachsen

ihren Einzug bei der Bundestagswahl von 1957 bei 3,4 % DP-Stimmen schaffte die DP nur deshalb, weil in bestimmten Wahlkreisen die CDU auf die Aufstellung eines Direktkandidaten verzichtet hatte und so den DP-Kandidaten unterstützte.

Diese Situation hatte auch Auswirkungen auf die Programmatik: In der seinerzeit wahlmäßig bedeutsamen Außenpolitik unterstützte die DP, wohl auch aus Gründen einer entschiedenen Abgrenzung zur sozialistischen SPD, die seinerzeit eine ziemlich nationalistische Position vertrat, vorbehaltlos Adenauers Kurs der Westintegration, sodass die Wähler dann gleich für das Original votierten. Dies gilt auch für die sehr pro-europäischen Ausrichtung der DP, wobei diese Orientierung allerdings am deutschen Reichsgedanken festgemacht wurde und deshalb der Titel des Grundgesetzes nach DP-Vorschlag lauten sollte: Grundgesetz zur Erneuerung des Deutschen Reiches. Auch hier war das Vorgehen der CDU geschickter, den Reichsgedanken als „Europa“ zum Ausdruck zu bringen, um diesen dann von Deutschland völlig zu lösen. Programmatisch war der Konservatismus von Hellwege in einer Weise angelegt, dass er als so etwas wie eine rechts-protestantische Variante des politischen Katholizismus erschien, was ebenfalls die Abgrenzung zur CDU erschwert hat, die seinerzeit als innerparteiliche Koalition des katholischen Zentrums mit der im Protestantismus verwurzelten deutsch-nationalen DNVP erschien. Bei den Grundgesetzberatungen trat die DP sogar entschiedener als die CDU für das Christentum ein, etwa indem die Grundrechte als gottgegebene Rechte definiert werden sollten; auch diese Position legte eher nahe, dann gleich eine Partei zu wählen, die explizit „christlich“ im Parteinamen führt. Andere zentrale Fragen wie Beendigung der Entnazifizierung bei Wiedereinsetzung der 1945 entlassenen Beamten wurden von der CDU nicht völlig abgelehnt. Auch die ablehnende Haltung der DP zum Grundgesetz war seinerzeit kein wirkliches Abgrenzungskriterium, weil maßgebliche CDU-Politiker wie auch Adenauer⁵ noch nicht die zivilreligiöse Einstellung zu diesem ohnehin nur als Übergangslösung angesehenen Grundgesetz hatten und sich auch

5 Adenauer hat sogar vor einer zivilreligiösen Aufladung gewarnt: „Das Grundgesetz ist nicht mit den Zehn Geboten zu vergleichen!“, als Motto zitiert bei Jochen Lober: Beschränkt souverän. Die Gründung der Bundesrepublik als „Weststaat“ – alliierter Auftrag und deutsche Ausführung, 2020, S. 6.

eine andere Verfassung vorstellen konnten. Verwiesen sei auf das Buch des CDU-Abgeordneten Hans Dichgans von 1970: Vom Grundgesetz zur Verfassung.

Rechte Sammlungspartei als Alternative?

Obwohl schon Bundesminister Hans-Joachim von Merkatz (DP) am Ende der ersten Legislaturperiode des Bundestags eine eher negative Bilanz hinsichtlich der Durchsetzung der speziellen DP-Forderungen ziehen musste (etwa Verhinderung der Montan-Mitbestimmung als Schritt zur Sozialisierung), also in dem Zeitraum, als eine effektivere Durchsetzung koalitionsarithmetisch hätte möglich sein müssen, schien sich die mögliche Alternative zur Regierungsbeteiligung der DP, als diese für Adenauer aufgrund des Ausgangs der Bundestagswahl von 1953 eigentlich nicht mehr erforderlich war, zu verbieten, nämlich als Oppositionspartei zu einer rechten Sammlungsbewegung zu mutieren. Dagegen stand schon die Erfahrung, dass die Verhandlungen der DP

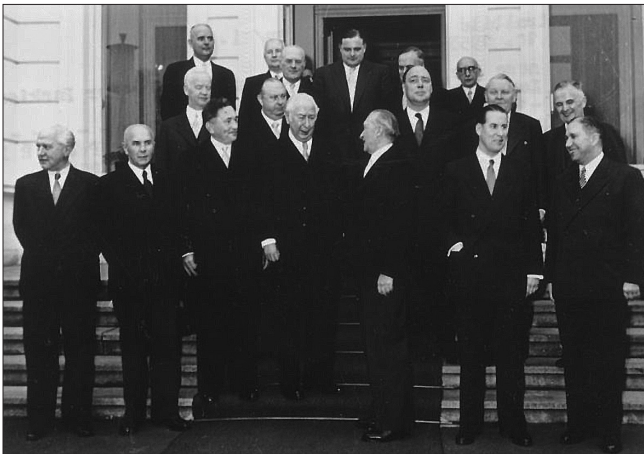


mit NDP und DKP-DRP gescheitert waren, insbesondere weil die britische Besatzungsmacht erklärt hatte, eine derartige Fusionspartei würde keine Lizenz erhalten. Es galt ja noch das Besatzungsstatut, zwar nicht mehr das vorbeugende Lizenzsystem, was aber nachträgliche Maßnahmen im Sinne der Lizenzpolitik nicht ausschloss und das gegen die rechte Landes-FDP von NRW gerichtete Vorgehen gerade der Briten in der sog. Naumann-Affäre⁶ machte deutlich, dass dies einen durchaus entscheidenden Gesichtspunkt darstellte.

Wahlparole in den 1950er Jahren: „Bollwerk gegen rote Flut“. Deutscher Wahlblock: CDU-DP-FDP.

6 S. dazu Friedrich Grimm: Unrecht im Rechtsstaat - Tatsachen und Dokumente zur politischen Justiz dargestellt am Fall Naumann, 1957, sowie vom Betroffenen Werner Naumann selbst: Nau-Nau gefährdet das Empire?, 1953.

Zu vermuten ist, dass das Besatzungsstatut für das Bundesverfassungsgericht schon zur Vermeidung eines Konflikts mit den Alliierten fast zwingend ein Verbot der SRP gebot. Dieses Verbot konnte im Kern nur ideologie-politisch begründet werden, was die Weichen zum „Verfassungsschutz“ der Jahre ab 1970, dem „Mehr Demokratie wagen!“ der Regierung Brandt (SPD) aufgetan hat. Diese SRP, die bei der niedersächsischen Landtagswahl von 1951 zu Lasten des Wahlbündnisses aus DP und CDU bei einem Verlust von 14,1 % für dieses 11 % der Stimmen erhalten hatte, hätte man bei Bildung einer rechten Sammlungspartei nicht völlig ignorieren können. Somit richtete sich insoweit, ob bewusst oder auch nur faktisch, das insbesondere von



Hellwege (2. Reihe, 2. von links) im Kabinett Adenauer II (Gruppenfoto, 1953).

Adenauer betriebene SRP-Verbot auch gegen die DP, zumindest gegen eine mögliche alternative Strategie derselben. Zum Gesamtbild der Lage gehört auch, dass bereits vor dem SRP-Verbot von der französischen „Demokratur“ des Saarlandes der als Demokratische Partei Saar lizenzierte FDP-Landesverband wegen Deutschfreundlichkeit verboten⁷ war: Für den Ideologiehaushalt der BRD sind nicht die „nur“ zwei förmlich ausgesprochenen Parteiverbote des Bundesverfassungsge-

⁷ S. dazu: Saarfrage in Dokumenten. Die Beweise gegen das Verbot der D.P.S., Schriftsatz von Rechtsanwalt Dr. Heinrich Schneider im Verfahren gegen das saarländische Parteiverbot, 1952.

rechts von Bedeutung, sondern es gab noch mehr davon!⁸ Die Parteiverbotsbegründung des Bundesverfassungsgerichts passte in das besatzungsideologische Umfeld: Die SRP wurde vorwurfsvoll und juristisch völlig irrelevant als „Rechtspartei“ eingeordnet⁹ und dem Parteiverbot dabei die Funktion zugeschrieben, die von der zu verbietenden Partei vertretenen Auffassungen, also „rechte“, aus dem Prozess der politischen Willensbildung auszuschneiden.¹⁰ Zu diesem Zwecke wurden dann ohne Rechtsgrundlage Parlamentsmandate aberkannt und eine Wahlteilnahme verboten: Damit hat das Bundesverfassungsgericht insofern das Grundgesetz weit unter dem Freiheitsniveau des Deutschen Kaiserreichs¹¹ und der Weimarer Republik eingeordnet! Der Kampf gegen rechts war damit bereits begründet und hat schon einen allerdings schwer zu klassifizierendem Beitrag zum Niedergang der DP geleistet.

Kampf gegen den illiberalen „Verfassungsschutz“ als weitere Erfolgsbedingung

Damit wird deutlich, was die DP hätte tun müssen, um eine alternative Strategie aufzunehmen, die ihr Überleben vielleicht hätte sichern können, nämlich ein entschiedener Kampf gegen das, was man als „Verfassungsschutz“ im engeren und weiteren Sinne bezeichnen

8 Hier sei nur verwiesen auf das Schicksal der NPD in West-Berlin bei Sabine Laue: Die NPD unter dem Viermächtestatus Berlins - Verhandlungsmasse zwischen den Großmächten, 1993; zum Verbot der „Republikaner“ in der DDR der Wendezeit s. Gesetzblatt der DDR, Teil 1 Nr. 7 vom 12.2.1990, S. 40 und den entsprechenden Verbotsantrag: <https://www.ddr89.de/texte/druck1.html>.

9 S. BVerfGE 2, 1, 15., die u. a. dadurch gekennzeichnet wurden, dass sie „unter der konstitutionellen Monarchie gewohnt“ waren, „als staatstragende Parteien schlechthin zu gelten.“ Dies ist eine rückwirkende Kampfansage an den parteipolitisch maßgeblichen Nationalliberalismus des Deutschen Kaiserreichs!

10 S. BVerfGE 2, 1, 73 f.

11 S. zum Parteiverbot die Aussage des ehemaligen Richters des Bundesverfassungsgerichts E.-W. Böckenförde: Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, 1976, S. 91, Fn 77, „Z.B ist das Parteienrecht des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates unter dem Gesichtspunkt der rechtlichen Freiheit betrachtet, schlechter als dasjenige der Sozialistengesetze im Bismarckreich ... Dem monarchisch-autoritär verfassten Bismarckreich ist es demgegenüber nicht in dem Sinn gekommen, wegen der Unvereinbarkeit politischer Zielsetzungen der Sozialdemokratischen Partei mit seiner eigenen Wertgrundlage über das Verbot der Parteivereine, ihrer Versammlungen und Druckerzeugnisse hinaus auch die Freiheit der Stimmabgabe für sozialdemokratische Kandidaten, ihre Teilnahme an den politischen Wahlen aufzuheben oder gar errungene Reichstagsmandate zu kassieren.“

kann. Ansätze hierzu waren bei der DP durchaus vorhanden. So hat sich v. Merkatz schon 1950 im Bundestag gegen die Gründung des Bundesamtes für Verfassungsschutz ausgesprochen, weil er befürchtete, dieses würde einerseits den Weg in den „Schnüffelstaat“ ebnen und weil andererseits die Gefahr bestünde, dass diese Behörde im politischen Meinungskampf missbraucht würde.¹² Dieser „Missbrauch“ als angehender Regelfall zeichnete sich in der Tat deshalb ab, weil die Bundestagsmehrheit bei der 2. Beratung des Bundesverfassungsschutzgesetzes am 28.7.1950 den rechtsstaatskonformen Antrag einer anderen Rechtspartei, nämlich der regionalen Bayernpartei, zurückgewiesen hat, die verfassungsfeindlichen „Bestrebungen“ danach zu bestimmen, dass sie eine „ungesetzliche Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung ... zum Ziele haben.“¹³ Mit dieser Zurückweisung des Gewaltkriteriums als Bestimmung der Verfassungswidrigkeit war klar, dass der „Verfassungsfeind“ im Zweifel jenseits eines Rechtswidrigkeitszusammenhangs, also ideologisch im entsprechenden parteipolitischen Kalkül definiert werden würde, was dann das Bundesverfassungsgericht „gegen rechts“ mit dem SRP-Verbot gleich entsprechend umgesetzt hat.

Diese kritische Haltung der DP gegen die sich abzeichnende VS-Konzeption motivierte zumindest teilweise die ablehnende Haltung dieser Partei zum Grundgesetz. Hellwege wandte sich in seiner „Stellungnahme der Deutschen Partei zu Bonn“ (gemeint: zum Grundgesetz, Anm.) dagegen, dass bei Artikel 5 GG die Freiheit der Lehre unter die „Treue zur Verfassung“ gestellt würde; in der Tat eine etwas eigenartige Bestimmung, die sicherlich nicht das meint, was man rechtsstaatskonform unter „Gesetzestreue“ oder „Rechtstreue“ versteht,¹⁴ sondern

12 Hierzu sei ausnahmsweise auf den einschlägigen Wikipedia-Eintrag zu diesem DP-Politiker verwiesen.

13 S. Borgs / Ebert: Das Recht der Geheimdienste, Rn. 9 zu § 3 A.

14 Wie dem offiziellen Grundgesetz-Kommentar entnommen werden kann, der nach Auseinandersetzung mit konkurrierenden Auslegungsversuchen, die einerseits zu weit gingen, weil sie „eine Pflicht zur Duldung verfassungsuntreuer Lehre“ beinhalten würden, andererseits zu restriktiv seien, weil Verfassungskritik „unzweifelhaft“ erlaubt sei und „kein entsprechendes Schweigegebot“ bestehen könne, zum Ergebnis kommt, dass allein „wissenschaftlich-ratio-nale Verfassungskritik“ erlaubt sei, s. Maunz / Dürig, GG-Kommentar, Rn. 197 ff. zu Art. 5; das darin enthaltene (unklare) Verbot der Äußerung von Auffassungen, soll dann sogar „mittelbar auch gegenüber der (allgemeinen) Meinungsfreiheit i. S. d. Art. 5 Abs. I wirksam“ sein (Rn. 200); letzteres ist aber mit der Entstehungsgeschichte nicht vereinbar: ein Ansatz, auch

dann notwendigerweise ins Ideologische überführt wie von Hellwege in dieser Weise kritisiert: Mit Auswirkungen auf das Beamtenrecht und auch die allgemeine Meinungsfreiheit, die dann zumindest methodisch so verstanden werden muss wie dies später mit Artikel 27 der DDR-Verfassung definiert werden sollte.¹⁵ In diesem Zusammenhang steht auch eine massive Kritik an den Richterwahlausschüssen und die Richteranklage, weil diese zur Parteipolitisierung der Justiz beitragen würden. Diese Befürchtung¹⁶ sollte sich in der Tat bewahrheiten: Zu nennen ist das spätere Verfahren gegen den Oppositionspolitiker Deckert in Mannheim, bei dem Richter Orlet diese Richteranklage angedroht wurde,¹⁷ weil er bei einem „rechten“ Angeklagten ordnungsgemäß positive Gesichtspunkte würdigte. Nunmehr droht Richtern in „rechten“ Verfahren die Gefahr einer gewissermaßen „Orletisierung“ mit unklarer Auswirkung auf die Gleichheit vor dem Gesetz, d.h. vor Gericht.

Wilhelm Heile, neben Seeböhm DP-Abgeordneter im Parlamentarischen Rat, begründete die Ablehnung des Grundgesetzes damit, dass dieses „auf kulturellem Gebiete den Weg zu einer religionsfremden statt zu einem von christlichem Ethos getragenen Staat“ öffne und auf wirtschaftlichen zum sozialistischen Zwang und politisch zum Zentralstaat führe. Diese Einschätzung hat sich zumindest in der Tendenz erkennbar bestätigt: Zwar mag die Prämisse der Analyse etwas fragwürdig sein, so ist doch unbestreitbar, dass sich zwischenzeitlich eine dogmatische Zivilreligion etabliert hat, die die Deutschen in Kollektivschuldhaft nimmt und für diese der christlichen Verheißung zuwider keine Erlösung verheißt. Diese rechtsstaatswidrig gegen die Trennung von Staat und Religion gerichtete Zivilreligion ist an das Grundge-

gegenüber Wissenschaften den Verfassungsschutz mittels staatlicher Wahrheitsbekundungen einzusetzen!

- 15 Art. 27 der DDR-Verfassung von 1968 / 1974 hat gelautet: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern“; also der letztlich ideologisch bestimmte Inhalt der Verfassung bestimmt inhaltlich die Rechtmäßigkeit einer Meinung.
- 16 S. Michael Bohlander / Christian Latour: Zum Einfluß der politischen Parteien auf die Ernennungen zum Bundesgerichtshof. Zusammenfassung der ersten Ergebnisse einer Befragung der Richterinnen und Richter am BGH, in: ZRP 1997, S. 437 ff.
- 17 S. FAZ vom 09.03.1995: Benda für Richteranklage gegen Orlet; worum es dabei geht, wird dann in der Überschrift eines Beitrags dieses ehemaligen Bundesinnenministers und anschließenden Bundesverfassungsgerichtspräsidenten von der CDU deutlich: Vom rechten Umgang mit rechten Parteien, in: NJW 1994, S. 22 ff.

setz angedockt, dessen Text für diese Bewältigungsreligion eigentlich keine Anknüpfung bietet, zumal in der Präambel des Grundgesetzes bewusst davon abgesehen wurde, diesbezüglich etwas zu verankern.¹⁸ Maßgebend ist dafür daher eine Art Überverfassung bzw. eine vom Verfassungsgericht in die Welt gesetzte Gegenentwurfsideologie, die positiv mit dem rechtlich allerdings zwischenzeitlich irrelevanten Artikel 139 GG (Entnazifizierung) zum Ausdruck kommt und welchem dabei der Vorrang vor dem Grundgesetz eingeräumt ist. Diese Überverfassung schützt mittlerweile der „Verfassungsschutz“ als seine „Verfassung“, etwas mit dem Vorwurf des geschichtlichen „Revisionismus“. Dagegen hat sich die DP unbestreitbar positioniert. So hat etwa v. Merkatz die Entnazifizierung als ein „modernes Hexentreiben“, als „Missgeburt aus totalitärem Denken und klassenkämpferischer Zielsetzung“ sowie als „heimtückische Waffe“ bezeichnet.¹⁹

Lehren für die AfD

An dieser gegen den „Verfassungsschutz“ (Oppositionsbekämpfung mit illiberalen Methoden zum Schutz der Zivilreligion) wird eine gewissermaßen Nachfolgepartei der DP schon im puren, dabei völlig legitimen Eigeninteresse anzuknüpfen haben, und zwar entschiedener als dies für die DP möglich war, wobei man nicht davor die Augen verschließen kann, dass die Verwirklichung einer normalen Demokratie in der BRD aufgrund der verfehlten Rechtsprechung des Verfassungsgerichts zur „wehrhaften Demokratie“ (ein dem Grundgesetz nicht bekannter Begriff) nur mit Grundgesetzänderungen möglich sein wird.²⁰

Von zentraler Bedeutung ist dabei die Erkenntnis, dass die seinerzeit ideologie-politisch nur ansatzweise vorhandene „Bewältigung“

18 Die Äußerung im Parlamentarischen Rat zur sog. „Vergangenheitsbewältigung“ war: „Je weniger man von diesen Dingen sieht und hört, desto besser ist es“; s. JöR n. F. Bd. 1 (1951), S. 24 und 27; damit hat sich der Parlamentarische Rat gegen eine Regelung entschieden wie sie in den vorkonstitutionellen Verfassungen von Bayern und Bremen zum Ausdruck kommt.

19 So zumindest nach dem angeführten Wikipedia-Beitrag zu diesem maßgeblichen DP-Politiker.

20 Von zentraler Bedeutung ist dabei, Artikel 9 Abs. 2 (Vereinsverbot) und 21 Abs. 2 GG (mögliches Parteiverbot) so zu formulieren wie dies in § 78 der Verfassung des Königreichs Dänemark ausdrücklich formuliert ist: „Vereine (unter Einschluß von politischen Parteien, Anm.), die sich unter Anwendung von Gewalt betätigen oder ihre Ziele durch Gewaltanwendung, Anstiftung zu Gewaltanwendung oder ähnliche strafbare Beeinflussung Andersdenkender zu erreichen suchen, werden durch Gerichtsurteil aufgelöst.“

vor allem deshalb so eine politische Bedeutung einnimmt, weil man dabei „gegen rechts“ gerichtete Oppositionsdiffamierung betreiben kann. Deshalb wird es auch schon als „verfassungsfeindlich“ eingeordnet,²¹ den Nationalsozialismus als „links“ oder als „sozialistisch“ einzuordnen,²² weil dies den politischen Mehrwert der Bewältigung als zivilreligiöser Veranstaltung unterminieren würde. Die Forderung muss daher sein, die „Bewältigung“ zu bewältigen, indem man den entschiedenen Antisozialismus der DP aufgreift und zur Forderung nach einer allgemeinen Sozialismusbewältigung übergeht,²³ sofern man sich nicht darauf verständigen kann, die Zivilreligion als rechtsstaatswidrig überhaupt abzuschaffen. Die Aufhebung von § 130 StGB (Schutz vor dem als verhetzbar definierten Volk) ist dabei von zentraler Bedeutung.²⁴

Um es nicht beim Ideologiepolitischen zu belassen: Die Ablehnung des Grundgesetzes durch die DP war vor allem im Interesse des Föderalismus erfolgt. Dieser Gedanke sollte insoweit aufgegriffen werden, als eine zentrale Voraussetzung der für den weiteren Wirtschaftserfolg der BRD notwendigen Haushaltssanierung die konsequente Umsetzung des sog. Konnexitätsprinzips im Bund-Länder-Verhältnis darstellt, was im bundesdeutschen Föderalismus verfehlt²⁵ wird; d.h. die Ebene, die für Gesetze zuständig ist, muss auch für deren Anwendung und Fi-

-
- 21 Ein Wanderwitz meint sogar, ein Parteiverbot „begründen“ zu können mit dem Hinweis, eine Parteivorsitzende habe Hitler als Kommunisten eingestuft; dabei entspricht eine Einordnung wie „Hitler war so etwas wie ein Kommunist“ durchaus dem sog. Anti-Totalitarismus, den insbesondere die CDU pflegte, als sie verbotspolitisch auch gegen links vorgehen wollte; zwischenzeitlich macht sie allerdings Koalitionen mit kommunistischen Kräften, so dass eine antitotalitäre Aussage natürlich ein Parteiverbot gegen rechts begründet, zumindest irgendwie und wenn nicht Verbot, dann zumindest Geheimdienstüberwachung wegen falscher Aussagen: BRD-Demokratie!
 - 22 Dem Verfasser dieses Beitrags wurde dies disziplinarrechtlich zum Vorwurf gemacht; s. dazu seine politische Biographie Josef Schüßlburner / Bernd Kallina: Als Rechtsabweichler im Ministerium. Befragung zu besonderen Demokratieerlebnissen, GHV 2025.
 - 23 S. dazu das Buch Josef Schüßlburner: Brauner, Roter und Grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus, Lichtschlag-Verlag, 2008
 - 24 Auch derartige Forderungen wurden dem Verfasser disziplinarrechtlich vorgeworfen!
 - 25 Dieser verfehlt Föderalismus hat einmal sogar eine Begründung für die vorzeitige Bundestagsauflösung abgegeben: Bundespräsident Horst Köhler hat die Auflösung des 15. Bundestages mit einer dramatischen Krisenbeschreibung begründet, die in der Aussage gipfelte: „Die bestehende föderale Ordnung ist überholt“, wonach sie nach damaliger Einschätzung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als „unbrauchbar“ eingestuft wurde! Geändert hat sich zwischenzeitlich allerdings kaum etwas.

finanzierung zuständig sein. Dies zeitigt unvermeidbar die Notwendigkeit der kompetenzrechtlichen Änderung vor allem des Steuerwesens auch mit der Konsequenz, die Bildung des Bundesrats zu ändern: Die derzeitige Zusammensetzung dieser Quasi-Parlamentskammer mit weisungsgebundenen Exekutivvertretern ist nur aufgrund des Vollzugsföderalismus (Länder führen Bundesgesetze aus) zu rechtfertigen, der jedoch abzuschaffen wäre. Allein diese Problematik legt die Überlegung nahe, dem Artikel 146 GG endlich die Bedeutung einzuräumen, die ihm der Parlamentarische Rat eingeräumt hat.

Auch bei weiteren Politikfeldern ist die AfD nicht mehr mit dem Problem der DP konfrontiert, sich nicht hinreichend von der sog. Christdemokratie abgrenzen zu können. Deren stillschweigende linkspolitische Rückkehr zum christlichen Sozialismus²⁶ macht die erfolgsversprechende Abgrenzung der AfD zur CDU / CSU in vielen zentralen Bereichen relativ einfach, zumal die außen- und europapolitische Situation sich grundlegend anders darstellt als dies für die DP der Fall war. ■

**Spendenkonto der SWG,
auch für Mitgliedsbeiträge:**

**IBAN: DE60 2005 0550 1397 1243 87
BIC: HASPDEHHXXX
bei Hamburger Sparkasse**

26 S. dazu Rudolf Uertz: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945-1949, 1980.

Manfred Backerra

Amerika: Konservativ und patriotisch



Wie das konservative US-Amerika, das sich am liebsten nur Amerika nennt, handeln will, sagt wahrscheinlich am zutreffendsten das von der gut 50 Jahre alten Heritage Foundation (Stiftung Erbe) in Zusammenarbeit mit über 50 Organisationen der „konservativen Bewegung“ veröffentlichte 920 Seiten starke Buch „Mandate for Leadership. The Conservative Promise (Versprechen): Project 2025 PRESEDENTIAL TRANSITION PROJECT“.¹ Laut

Herausgeber wurde es ab April 2022, zwei Jahre vor der Herausgabe im April 2023 von über 400 namhaften Wissenschaftlern und Experten erarbeitet, um den „Tiefen Staat“ zu zerstören und die Regierung dem Volk zurückzugeben.

„Das Buch bietet ein Menü von Politik-Vorschlägen, um den stärksten Herausforderungen unseres Landes zu begegnen und Amerika wieder in die Spur zu bringen, was einschließt:

- *Sichern der Grenze, Fertigstellen des Walls, Deportieren von illegalen Ausländern*
- *Entwaffnen der Bundesregierung durch Verstärken der Verantwortlichkeit und Aufsicht über FBI und DOJ (Justizministerium)*
- *Entfesseln der amerikanischen Energie-Produktion, um die Energie-Preise zu senken*
- *Beschneiden der Regierungsausgaben, um die Inflation zu senken*
- *Bundesbeamte dem demokratisch gewählten Präsidenten rechenschaftspflichtiger machen*
- *Verbessern der Bildung durch Verschieben von Leitung und Finanzierung der Bildung von den DC-Bürokraten [Washington] unmittelbar zu Eltern und Staats- und lokalen Regierungen*

¹ https://static.project2025.org/2025_MandateForLeadership_FULL.pdf oder: Project 2025 Text.



Capitol Hil, u.a. Hauptsitz der Stiftung in Washington.

- *Verbannen von biologischen Männern vom Wettkampf im Frauen-Sport“.*

Laut Vorwort des Projekt-Direktors soll diese Arbeit der konservativen Bewegung bereit machen für die nächste konservative Regierung ab 12 Uhr des 20. Januar 2025.

*„[...] ein Augenpaar, das diese Passagen liest wird das des 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten sein, und wir hoffen jeder andere Leser wird sich beteiligen und die kommende Regierung zu einem Erfolg machen. Die Geschichte lehrt, daß die Macht des Präsidenten in den Anfangstagen der Regierung auf dem Höhepunkt ist. Zu handeln erfordert einen wohlbedachten, koordinierten, einheitlichen Plan und einen geschulten und engagierten Personal-Kader, ihn auszuführen.“
Die bisherige Übergangsplanung im Wahljahr ist zu spät.*

Wegen der quasi „logarithmisch“ wachsenden Komplexität der Bundesregierung, müssen die Konservativen, um im Kampf gegen die Staatsbürokratie eine Chance zu haben und die Bundesregierung zu reformieren, ihre Arbeit jetzt [April 2023] beginnen. Diese Anstrengung soll in Gänze den nächsten konservativen Präsidenten unterstützen, wer immer er oder sie sein mag.“

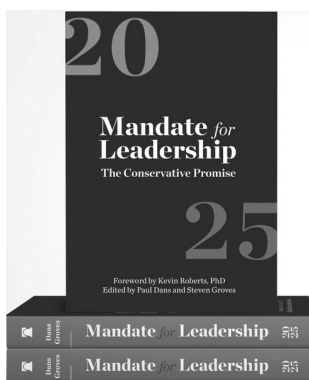
Seit dem ersten Mandate for Leadership von 1980 für Reagan hat sich das Spiel geändert.

„Der lange Marsch des Kultur-Marxismus durch unsere Institutionen hat stattgefunden. Die Bundesregierung ist ein Monster mit Waffen gegen amerikanische Bürger und konservative Werte, persönliche und geistige Freiheit sind bedrängt wie niemals zuvor. Die vor uns stehende Aufgabe, diese Flut zu wenden und unsere Republik zur ursprünglichen Verankerung zu bringen, ist zu groß, als daß ihn irgendein politischer Verein anführen könnte. Sie verlangt die gemeinschaftliche Aktion unserer Bewegung.“

„Nach dem Grundsatz 'Personal ist Politik' brauchen wir eine neue Generation von Amerikanern, die dem Ruf folgen und kommen, um zu dienen. Dieses Buch ist eine Einladung [...]an Mr. Smith, Mrs. Smith und Ms. Smith nach Washington zu kommen und die zu unterstützen, die es können. Unser Ziel ist es, eine Armee von gleichgesinnten, anerkannten und vorbereiteten Konservativen zusammenzubringen, um am Tag Eins daran zu gehen, den administrativen Staat auseinanderzunehmen.“

Das Buch stellt in fünf Sektionen alle bundesstaatlichen Institutionen vor, gibt den Ist- und den Soll-Zustand an, wenn strittige mehrere zur Auswahl. Zum Projekt gehören Schulungen.

Nachfolgend werden einige charakteristische Passagen aus der grundsätzlichen Sektion I und aus den Kapiteln Verteidigungsministerium und Außenministerium der Sektion II zitiert oder referiert. Diktion, Hervorhebungen und Schreibweise wie im Original.



Richtungsweisend für das konservative Amerika: Das über 900 Seiten starke Buch.

Aufnehmen der Zügel der Regierung

Betonung, daß der Präsident laut Verfassung die ausführende Gewalt hat, Oberbefehlshaber ist und verantwortlich, dafür zu sorgen, daß die Gesetze ordnungsgemäß ausgeführt werden.

Ihn unterstützten Räte /Councils für Wirtschaft, Innenpolitik, Sicherheit.

Die Gewalt hat allein der Präsident, nicht Ministerien oder andere staatliche Institutionen.

Leider verfolgen diese aber ihre eigenen Ziele, „oder, noch schlimmer, die einer vorgeblichen „‘woke‘ Gruppe des Landes.“

„Diese Herausforderung erfolgreich zu bewältigen erfordert eine seltene Kombination von Kühnheit und Selbstverleugnung: Kühnheit, die Bürokratie dem präsidentialen Willen gefügig zu machen, Selbstverleugnung, die bürokratische Maschine zu benutzen, Macht von Washington zurückzugeben an Amerikas Familien, Glaubensgemeinschaften, lokale Selbstverwaltungen und Staaten.“

Das *Personalmanagement* der 2,2 Millionen zivilen Bundesbediensteten und der noch zahlreicheren Vertragsmitarbeiter muß dringend effizienter werden, denn „Die Kriterien Fähigkeit, Wissen und Fertigkeiten sind nicht mehr Grundlage für Einstellung, Auswahl oder Beförderung; dabei sind Bezahlung und Zuwendungen für vergleichbare Arbeit viel höher als im privaten Sektor. Weiterbeschäftigung hängt nicht in erster Linie von der Leistung ab, und zumeist wird ungenügende Leistung nicht beurteilt, korrigiert oder bestraft.“ Dabei werden seit „drei Dekaden“ Mitarbeiter ohne „rigorose Eignungsprüfungen“ von den Leitern nach Gutdünken eingestellt. Es folgen genaue Vorschläge zur Verbesserung.

Die allgemeine Verteidigung

„[...] die Bedeutung der nationalen Verteidigung und der auswärtigen Angelegenheiten macht das Verteidigungsministerium und das Außenministerium zu Ersten unter Gleichen.“ Von Anfang an „haben die Amerikaner verstanden, daß man Krieg am sichersten dadurch verhindert, daß man im Frieden dafür vorbereitet ist.“ Doch das Verteidigungsministerium ist in größten Schwierigkeiten. Es hat linke Politiken der Kampfbereitschaft vorgezogen.“

„Die gute Nachricht ist, daß die meisten Mannschaften und Unteroffiziere und die meisten Offiziere, besonders die unterhalb des Generals- oder Admiralsrangs, weiterhin patriotische Verteidiger der Freiheit sind.“

„[...] aber das ist jetzt Barack Obamas General-Offizierkorps. [...] der Nationale Sicherheitsrat sollte rigoros alle Generals- und Admiralsbeförderungen überprüfen, um die Kernaufgaben und -verantwortungen des Militärs zu priorisieren vor Social Engineering und nicht verteidigungsrelevanten Dingen wie Klimawandel, Kritische Rassentheorie, fabriziertem Extremismus und anderen polarisierende Politiken, die unsere Streitkräfte schwächen und die besten Männer und Frauen davon abhalten einzutreten. Es ist essentiell wichtig, daß Amerikas Beste und Gescheiteste den Militärdienst wählen.“

„[...] die bei weitem bedeutendste auswärtige Gefahr [...] ist China. Dieses kommunistische Regime unternimmt einen historischen Militäraufbau, der zu einer Nuklear-Streitkraft führen könnte, die Amerikas Nuklear-Arsenal gleichkommt oder es übertrifft. Den expansionistischen Zielen Chinas zu widerstehen erfordert eine abweisende Verteidigung, wodurch wir die Unterwerfung Taiwans oder anderer US-Alliierter prohibitiv schwierig machen. Aber [...] die Vereinigten Staaten müssen in der Lage sein, dies zu Kosten und Risiken zu tun, welche die Amerikaner bereit sind zu tragen.“

„Der Maßstab dieser Bereitschaft ist die Genehmigung des Kongresses. Daher müssen wir die weise Teilung der Gewalten der Gründerväter wiederentdecken und befolgen, nach der der repräsentativste und am meisten abwägende Teil entscheidet, ob es in den Krieg geht, und die Exekutive, der energiegeladene und entscheidungsfähigste Teil, wie er [...] zu führen ist.“

„Wie die letzten 75 Jahre wiederholt unterschiedlich gezeigt haben – von Korea zu Vietnam, zum Irak, zu Afghanistan – gehen wir [...] weg von der verfassungsmäßigen Vorgabe.“ Sie muß wieder gelten. Aber, wie George Washington warnte, „müssen wir immer aufpassen, nicht in Konflikte gezogen zu werden, die keinen großen Verlust amerikanischen Vermögens oder bedeutsames Vergießen amerika-

nischen Blutes rechtfertigen. Gleichzeitig müssen wir vorbereitet sein, unsere Interessen zu verteidigen um Herausforderungen zu begegnen, wo und wann sie auftreten.“

„Ein leistungsfähiges diplomatisches Korps ist wichtigst zur Verteidigung unserer Interessen und zur Beeinflussung des Weltgeschehens. Während dem meisten Militärpersonal linke Prioritäten von oben aufgedrückt wurden, kommt das Problem beim Außenministerium von innen. [...] das Personal ist linkslastig und geneigt, mit der Agenda und Sicht eines konservativen Präsidenten nicht einverstanden zu sein. [...] es sieht sich als unabhängige Institution, die weiß, was das Beste für die Vereinigten Staaten ist, seine eigene auswärtige Politik macht [...].“ Es muß rasch wieder „zu einer schlanken und funktionalen diplomatischen Maschine“ des Präsidenten gemacht werden. Weil der Senat neue Stellenbesetzer nicht zügig bestätigt, wird empfohlen, diese „bis zur Bestätigung durch den Senat [schon] in ihrer Rolle aktiv einzusetzen.“

„Spaltende Symbole wie Regenbogenflagge oder die Black-Lives-Matter-Flagge haben keinen Platz neben den Stars and Stripes an unseren Botschaften.“

„[...] die US-Nachrichtendienste neigen zu sehr dazu, in den Rückspiegel zu sehen, 'Gruppendenken' zu pflegen und ein übervorsichtiges Herangehen zu üben, das auf persönliche Zustimmung [des Nachrichtenempfängers] zielt, statt die zutreffendsten, ungeschminkten Nachrichten zum Wohle des Landes zu liefern.“

Die staatliche Internationale Entwicklungshilfe-Organisation USAID muß reformiert werden, weil sie unter Biden „zu einer globalen Plattform deformiert wurde, um im Ausland eine spaltende politische und kulturelle Agenda zu verfolgen, die Abtreibung, Klima-Extremismus, Gender-Radikalismus und Einschreiten gegen vermeintlichen systematischen Rassismus propagiert.“

„Der nächste konservative Präsident hat die Möglichkeit, die Verteidigungs- und Außenpolitik neu zu strukturieren und die Rolle der Nation in der Welt neu zu bestimmen.“

Es folgen Empfehlungen,

„wie der Präsident die riesigen Ressourcen der Bundesregierung nutzen sollte, um genau das tun.“

Verteidigungsministerium

„Das Verteidigungsministerium ist der größte Teil der Unionsregierung“; mit fast drei Millionen Militär- und Zivilangehörigen ver-



Die staatliche Internationale Entwicklungshilfe-Organisation USAID soll reformiert werden: Unter US-Präsident Biden ein Sprachrohr weltweiter Regenbogen-Propaganda.

braucht es jährlich annähernd 850 Milliarden – über 50 % der Regierungsausgaben.

„[...] Jahre anhaltenden Mißbrauchs, eine Kultur der Zweidrittelverantwortlichkeit, die höhere Offiziere und Beamte schützt, nicht aber niedrigere Offiziere und Soldaten im Felde, verschwenderisches Ausgeben, wildes Wechseln von Sicherheitspolitiken, äußerst undisziplinierte Programm-Ausführung, und (kürzlich) die äußerst unseriöse Gleichstellungsagenda und [dito] Impfanordnungen der Biden-Regierung haben ihren Zoll gefordert.“

„Unser desaströser Abzug aus Afghanistan, die konfuse China-Strategie, die zunehmende politische Betätigung höherer Offiziere die große Verwirrung über den Zweck unseres Militärs sind klare Zeichen eines bestürzenden Verfalls.“

Der Krieg wandelt sich: „Die Demokratisierung der Technologie und der Kollaps von Zeit und Raum verlangen dramatische gedankenvolle Änderungen, wie wir verteidigen, abschrecken und kämpfen. [...] Technologie ist entscheidend für das Aufrechterhalten unserer Vorzüglichkeit in der Kriegsführung“, aber Technologie ist nicht alles. „[...] die mächtigsten Waffensysteme bleiben die sechs Zoll zwischen den Ohren unserer Bürger, die Stärke ihrer Herzen und Seelen.“

„Der Militärdienst, ist die schwerste Aufgabe, die wir von unseren Bürgern fordern, und unsere Nation ist enorm gesegnet, daß viele patriotische junge Amerikaner sich freiwillig melden, solch eine schwere Last zu tragen. Wir schulden ihnen alles, und wir müssen mehr tun. Besser zu sein heißt allerdings:“ Abstellen der genannten Mängel und „die Streitkräfte zu höchster Leistungsfähigkeit bringen in einer Zeit des Wettstreits großer Mächte.“

Grundsatz

„Die bei weitem größte Gefahr für die Sicherheit, Freiheiten und Prosperität der Amerikaner ist China. China ist in jeder Hinsicht neben den USA der mächtigste Staat der Welt. Anscheinend strebt es danach, Asien zu dominieren und von der Position aus global übertragend zu erden. Könnte (sic!) Peking dieses Ziel erreichen, könnte es Amerikas Kerninteressen dramatisch untergraben, einschließlich der Beschränkung des Zugangs der USA zum wichtigsten Markt der Welt. Das zu verhindern muß höchste Priorität für die amerikanische auswärtige und Verteidigungspolitik haben. [...] China unternimmt einen historischen Militär-Aufbau einschließlich des Verstärkens der Fähigkeit zur Machtprojektion, nicht nur in der eigenen Region, sondern weit darüber hinaus, ebenso eine dramatische Vergrößerung der Nuklearstreitkräfte, was zu solchen führen kann, die denen der USA gleichkommen oder ihnen überlegen sind. Pekings unmittelbarste militärische Bedrohung allerdings gilt Taiwan und anderen Alliierten der ersten Inselkette des westlichen Pazifik. Wenn China Taiwan unterwerfen könnte oder Alliierte wie die Philippinen, Süd-Korea und Japan, dann könnte es jede Koalition zerbrechen, die Pekings Hegemonie über Asien verhindern soll. Deshalb müssen die USA sicherstellen, daß Peking keinen Erfolg hat. Das erfordert eine Verteidigung des Verwehrens: die Fähigkeit, die Unterwerfung von Taiwan oder anderen US-Verbündeten prohibitiv schwer zu machen. Entscheidend, die Vereinigten Staaten müssen es zu Kosten und Risiken tun können, welche die Amerikaner bereit sind zu tragen angesichts der jeweiligen Wichtigkeit von Taiwan für China und für die USA.

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten stehen auch vor wirklichen Bedrohungen wie denen von Putins brutalem Krieg in

der Ukraine, denen des Iran, Nord-Koreas und des internationalem Terrorismus in einer Zeit, in der Dekaden von unklugen Militäroperationen im Größeren Mittleren Osten, das Verkümmern der Basis unserer Verteidigungsindustrie, die Wirkung von Absonderung und die de facto Entwaffnung vieler US-Verbündeter Amerikas Militär einen hohen Zoll abforderten.“

„[...] Die Vereinigten Staaten müssen diese Bedrohungen direkt und mit Kraft angehen, müssen aber auch realistisch sein [...].“

Die Verteidigung gegen China hat höchste Priorität, wenn das Nuklear-Arsenal modernisiert und vergrößert wird, und bei Maßnahmen gegen den Terrorismus.

US-Verbündete müssen zulegen, einige mit den Vereinigten Staaten gegen China in Asien, andere gegen Rußland, den Iran, und Nord-Korea. Mehr Verteidigungsausgaben erforderlich, ebenso eine Reindustrialisierung und mehr Produktionskapazität der Verbündeten.

US-Streitkräfte befähigen zu siegen und China ein *fait accompli* gegen Taiwan zu verwehren.

Mehr Lastenteilung in der konventionellen Verteidigung der Verbündeten gegen China, Rußland, Iran und Nord-Korea.

Unterstützung Israels fortsetzen. Süd-Korea befähigen, sich konventionell gegen Nord-Korea zu verteidigen.

- *Nuklearkräfte modernisieren und erweitern, sodaß sie Rußland und China zugleich abschrecken.*
- *„Beschaffung und Unterhaltung“ entbürokratisieren.*
- *„Verteidigungsindustrielle Basis stärken“, Lieferanten zu Partnern machen.*
- *„Dringend für mehr qualifiziertes Beschaffungspersonal sorgen.“*
- *„Mobilisieren aller wissenschaftlichen, Ingenieur- und High-Tech-Produktions-Kapazitäten [...] für einen immer schnelleren Einsatz fortschrittlicher Technologie ...“, um unseren Vorteil in der Kriegführung zu wahren“, darin schneller sein als der Gegner.*
- *„Die Vereinigten Staaten müssen ihre Rolle als ‘Arsenal der Demokratie’ wiedergewinnen. Export von Militärgütern ohne „byzantinische Bürokratie“.*

- „Barrieren der Zusammenarbeit mit Verbündeten minimieren.“
- „Verteidigungsministerium Personal“

„Wir müssen unser Militär wieder zu einem Ort der Ehre und des Respekts machen, und die Menschen einstellen und halten, welche die rigorosen Exzellenz-Standards erfüllen, die für das Zugehören zur großartigsten Streitkraft der Welt gefordert sind.“ Mehr Werbung und Reserveoffizier-Ausbildung an Schulen. „Die Forderungen an die physische Fitness sollten sich nach dem Tätigkeitsfeld richten ohne Rücksicht auf Geschlecht, Rasse, Volkszugehörigkeit oder Orientierung.“

„Beenden der Politisierung, Vertrauen und Verantwortlichkeit wiederherstellen und auch das Vertrauen in die Streitkraft.“ „Sicherstellen, daß Drei- und Vier-Sterner verstehen, daß ihre primäre Pflicht das Sicherstellen der Bereitschaft der Streitkräfte ist, nicht die Verfolgung einer Agenda des Social Engineering.“ Wiedereinstellen und entschädigen der Nichtgeimpften. „Beenden der marxistischen Indoktrination und der spaltenden Programme der Kritischen Rasantheorie und abschaffen der Dienststellen für Diversität, Gleichstellung und Inklusion.“

„Verringern der Zahl der Generäle“, da es mehr als im Zweiten Weltkrieg gibt; die Beförderung vieler von ihnen begrenzen, denn „viele sind [...] aus anderen Gründen als ihrem militärischen Können befördert worden.“

U.S. ARMY

Sie hat „die Kriege unserer Nation zu kämpfen und zu gewinnen und [...] Dominanz [...] als Teil der Gesamtstreitkräfte“ herzustellen“. Reformen auf Verlegbarkeit und Durchhaltefähigkeit fokussieren.

U.S. NAVY“

Sie dient der „globalen, raschen, ausdauernden und wirksamen Machtprojektion zur See und an Land.“ Erweitern mit dem Ziel: „Flotte von über 355 Schiffen.“

US. AIR FORCE

Sie befähigen, „in einem großem Konflikt mit China zu kämpfen, nukleare Bedrohungen abzuschrecken“. Jährlich mehr F35A und Bomber B-21 liefern.

U.S. MARINE CORPS

Es benötigt frühere Beförderung junger Unteroffiziere, und mehr Landungsschiffe.

SPECIAL OPERATIONS FORCES

Sie sind seit zwei Generationen die "fähigsten warfighters"; sie sollen gegen Chinas Seidenstraßen-Projekt Kampagnen und andere Operationen durchführen.

Für die **NUKLEARE ABSCHRECKUNG** werden einzelne Waffensysteme empfohlen.

„Rüstungskontrolle richtig ausrichten. [...] Vorschläge zurückweisen, die konträr zu dem Ziel sind, die nukleare Abschreckung zu stärken.“

RAKETENABWEHR nicht mehr nur gegen Schurkenstaaten richten; Systeme im Raum gefordert, um viele Ziele gleichzeitig abwehren zu können.

Außenministerium

Es hat fast 80.000 Mitarbeiter, darunter 13.500 des diplomatischen Dienstes, und weltweit 275 Botschaften, Konsulate und andere Posten.

Der Präsident muß das großenteils linkslastige Personal, auf seine Linie bringen. Schon vor 20 Jahren nannte eine Kommission das Ministerium verküppelt, ohne richtige Führung und Verantwortlichkeiten, daher ineffektiv, weil es seine eigene Politik macht. Empfehlung auch hier: die wichtigen neuen Stellenbesetzer sofort arbeiten lassen, ohne die Bestätigung des Senats abzuwarten.

„Politische Botschafter mit starker persönlicher Beziehung zum Präsidenten sollten vorrangig strategische Schlüsselpositionen wie Australien, Japan, Vereinigtes Königreich, Vereinte Nationen und NATO besetzen.“

„Auf die chinesische Bedrohung energisch antworten [...] Die Kommunistische Partei Chinas ist seit Jahrzehnten 'im Krieg' mit den V.S.“

Das Immigrationssystem nicht mehr als „globales Wohlfahrtsprogramm“ sehen. Probleme der Migration mit Abkommen angehen.

„[...]Energie auf China, den Iran, Venezuela Rußland und Nordkorea fokussieren.“

Die Volksrepublik China

„Dies tyrannische Land mit einer Bevölkerung von über einer Milliarde hat die Vision, Ressourcen und Geduld, seine Ziele zu erreichen. [...] Amerikaner [...] wie Verbündete vor Chinas Angriffen und Mißbrauch zu schützen [...] erfordern eine unzweideutige offensiv-deensive Mischung.“

Die USA müssen eine kostenträchtige strategische Antwort haben, welche Pekings Aggression untragbar teuer macht.

„Das verlangt [...] fast beispielloses Wachstum, stärkere Partnerschaften, synchronisierte Wirtschafts- und Sicherheitspolitiken und amerikanische Energie-Unabhängigkeit – aber vor allem eine sehr ehrliche Sicht [...] der VRC als mehr eine Bedrohung, denn als Konkurrent.“ Das richtet sich nicht gegen das Volk. [...] „die Natur der chinesischen Macht heute ist ein Produkt der Geschichte, Ideologie und der Institutionen, die China über fünf Jahrtausende bestimmt haben [...], das heißt, die interne Kultur und die Gesellschaft werden niemals eine normale Nation liefern. Das aggressive Verhalten der VRC kann nur durch äußeren Druck gezügelt werden.“

Die Islamische Republik Iran

hat eine stolze alte Kultur. Das Volk strebt nach Freiheit. „Es könnte jetzt die richtige Zeit sein, härteren Druck auf die Theokratie auszuüben, das Volk zu unterstützen und andere Schritte zu unternehmen, den Iran in die Gemeinschaft der freien und modernen Nationen zu ziehen.“ Die Entscheidung, sich zu befreien, „muß natürlich das iranische Volk treffen.“

Die Bolivarsche Republik Venezuela

Die kommunistische Führung hat sich den Feinden der USA wie China und Iran genähert.

„Um Venezuela einzugrenzen muß die nächste Administration beträchtliche Schritte unternehmen, dem venezolanischen Volk zu helfen. [...], um die Hemisphäre zu einen gegen diese bedeutende aber unterschätzte Bedrohung“.

Rußland

Zum US/Nato-Engagement in der Ukraine sind die Konservativen in Pro und Contra gespalten. Ein dritter Ansatz fragt, was im US-Interesse ist: Militärisches Engagement muß die amerikanische Freiheit und Souveränität schützen und „dabei das kommunistische China als die größte Bedrohung anerkennen.“ Weitere begrenzte US-Militärhilfe (die europäischen Verbündeten kümmern sich um die wirtschaftlichen Bedürfnisse) muß voll bezahlt werden und riskiert kein amerikanisches Leben.

Aber für alle ist Putins Invasion Unrecht.

„Außerdem hat der Konflikt Putins militärische Stärke sehr geschwächt und eine Erhöhung der Einigkeit der NATO und ihrer Bedeutung für die europäischen Nationen gebracht.“

Die demokratische Volksrepublik Korea

Ihr „darf nicht erlaubt werden von ihren unverfrorenen Verletzungen internationaler Verpflichtungen zu profitieren oder andere Nationen nuklear zu erpressen.“ Beides geht nur, „wenn die V.S. der VRK das Schurkenstaat-Verhalten nicht erlauben (disallow).“

Westliche Hemisphäre

Die USA müssen alles tun, um die Produktion von weiter entfernten Orten, „besonders von der zunehmend feindlichen und die Menschenrechte verletzenden VRC“, in mittel- und südamerikanische Länder zu verschieben.“ Sie müssen für mehr fossile Energie in der Region sorgen. Denn „Mittel- und Südamerika bewegen sich rasch in die Sphäre von anti-amerikanischen [...] Akteuren einschließlich VRC, Iran und Rußland.“ Mit allen Mitteln dagegen angehen, auch mit „sicherheitsfokussierten“.

Mittlerer Osten und Nordafrika

„ohne US-Führung kann die Region weiter ins Chaos taumeln oder Beute von Gegnern Amerikas werden.“ Nuklearbewaffnung Irans verhindern, unter anderem durch mehr Sanktionen, Unterstützung der Freiheit suchenden Iraner durch öffentliche Diplomatie und in anderer Weise. Israel militärisch und politisch so unterstützen, daß es sich verteidigen kann. Beziehungen zu Saudi-Arabien stärken, damit dies „Chinas Einfluß in Riad wesentlich beschneidet.“

Kooperation mit europäischen Verbündeten, speziell Frankreich, vital wichtig, um russischen Einfluß zu begrenzen. Achtgeben auf die religiöse Freiheit der Christen und anderer Minoritäten, ebenso auf den Menschenhandel.

Sub-Sahara Afrika

Bedeutung gestiegen, u. a., weil seine Staaten „China und Rußland vor der internationalen Isolierung schützen“ und „standhaft die politischen Ziele der VRC unterstützen.“

Nothilfe ja, aber keine Entwicklungshilfe, denn es „hilft den afrikanischen Staaten auf lange Sicht eine markt- und privatwirtschaftliche Strategie“.

„Gegen die böswilligen chinesischen Aktivitäten angehen“ mit starker öffentlicher Diplomatie für Meinungsfreiheit, vorschlagen, Netzwerke gegen chinesische Spionage zu schützen. Somaliland anerkennen, da Position in Djibouti sich verschlechtert.

Antiterror-Operationen unterstützen: „Koalition der Kooperativen aufbauen“.

EUROPA

Sicherstellen, daß EU die USA wirtschaftlich fair behandelt. Das Vereinigte Königreich benötigt dringend Entwicklung, sonst rutscht es zurück in den EU-Raum. Da es nicht mehr in der EU ist, müssen die USA [selbst] die U-Entwicklungen stärker beobachten und neue Verbündete darin suchen, besonders an der Ostflanke.

Süd- und zentral-Asien

Beziehung zu Indien voranbringen, das entscheidend gegen die chinesische Bedrohung und für einen freien Indo-Pazifik ist. Fast die Hälfte der global 90 000 Handelsschiffe und zwei Drittel des Handels fahren durch den Indischen Ozean.

Der demütigende Abzug aus Afghanistan ermöglicht neue Beziehung zu Pakistan und in der Region. Realistisch sein gegenüber der Perfidiie des Taliban-Regime und der militärisch-politischen Herrschaft in Pakistan, mit denen keine normalen Beziehungen zu erwarten sind. Priorität: Quad-Kooperative USA, Indien, Japan, Australien möglichst erweitern.

Die Arktik

birgt geschätzt 90 Millionen Tonnen Öl und ein Viertel der unentdeckten Gasreserven.

Von den nur vier Millionen Menschen nördlich des Polarkreises lebt die Hälfte in Rußland.

„Die USA [...] sollten mit robusten Fähigkeiten, diplomatischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Aufmerksamkeit ihre Interessen wahren. Außer Rußland sind alle arktischen auch Nato-Staaten. Die Nato muß sehen, daß hier eine Region zu verteidigen ist, und „sicherstellen, daß Rußlands Nutzung der arktischen Gewässer und Ressourcen das Angemessene nicht überschreitet.“ „[...] darauf hinarbeiten, daß die arktischen Seestraßen für den globalen Handelsverkehr frei verfügbar bleiben.“ „US-Küstenwache und Marine sind entscheidende Mittel, eine unmonopolisierte Arktik sicherzustellen.“ „[...] mit gleichgesinnten arktischen Staaten, einschließlich Rußland, legitime Bedenken gegen Chinas Ambitionen einer sogenannten Polaren Seidenstraße erheben.“

Die wirtschaftlichen Bande zwischen den V. S. und Grönland sollen verbessert werden.

KOMMENTAR

Präsident Trump folgt anscheinend einigen Empfehlungen, vor allem im Inneren.

Er hat er aber offenbar auch oder sogar überwiegend sehr eigene Vorstellungen.

So sind die Zoll-Orgien seine Erfindung (und werden nicht funktionieren) da? Jeffrey Sachs². Auch in der Außenpolitik folgt er weitgehend eigenen Ansätzen, die realistischer wirken als die meist konfrontativ orientierten Empfehlungen des Project 2025.

In dem Buch wird zwar durchweg anerkannt, nicht mehr Brzezinskis „einzige Weltmacht“, sondern in einem „great power struggle“ zu sein, und sogar machtlos gegen Nordkorea, dessen Machtgebarern die USA „nicht erlauben“ sollen. Auch sonst vermittelt so manches den Eindruck der Hilflosigkeit besonders hinsichtlich der geradezu obsessiv betonten chinesischen Bedrohung: „kostenträchtige strategische

2 <https://www.swg-mobil.de/2025/04/24/jeffrey-sachs-laesst-trump-putin-loesung-fuer-die-ukraine-durchsickern/>

Antwort“, welche „Pekings Aggression unbezahlbar teuer macht“ – was heißt das bei nur bedingter Bereitschaft, Kosten und Risiken zu tragen? Anderorts anscheinend Überforderung, die fortgeschwommenen Felle wiederzuholen.

Doch es fehlt ein ungeschminktes Bild der Gesamtlage: wie schwach der kollektive Westen (der Begriff kommt nicht vor) in der Welt da- steht: Er stellt weniger als ein Fünftel der Bevölkerung und um zwei Fünftel der Weltproduktion (Jeffrey Sachs), sein Nuklearpotential ist nicht mehr dem Rußlands und Chinas überlegen, der Globale Süden (der Begriff kommt nicht vor) kann in der UNO den Westen leicht überstimmen, dessen Vetomacht im Sicherheitsrat ihm nicht hilft. China wird nur mit „über einer Milliarde“ Einwohnern vorgestellt, statt mit 1,4 – damit nicht gleich ins Auge springt, daß es über vier mal soviele Chinesen wie US-Amerikaner gibt?

In den hier betrachteten Passagen des Buchs bleibt die weitgehende Verlagerung der amerikanischen Produktion nach China unerwähnt, weshalb dieser Macht völlig ungehemmt „böartige“ Absichten gegen die Interessen der USA und ihrer Verbündeten unterstellt werden können – etwa weil es das ist, was die USA an Chinas Stelle selbst täten?

Zu dem angeführten Argument einer entsprechenden fünftausend- jährigen Kultur ist zu sagen: Das erste Jahrtausend ist mythisch, und in den 4.000 geschichtlichen Jahren danach gibt es von Dynastie zu Dynastie und selbst innerhalb der Dynastien ein ständiges Auf und Ab oft ganz konträren Herrschafts- und Machtverhaltens. Die Behauptung einer DNA-bedingten Gefährlichkeit erweist sich somit als ein peinlich ignorantes Urteil aus einem Land, dessen Außenpolitik in den 250 Jahren seiner Existenz weitestgehend von einer solchen DNA bestimmt worden ist.

Obschon das „großartigste“ Militär der USA nach 1945 jeden Krieg mit potenten Gegnern verloren hat, und die starken Kräfte zur weltweiten Machtprojektion nicht einmal die gegen Angriffe auf Pro-Israel-Handelsschiffe der schlichten Huthis unterbinden können, es in dem Buch auch kein Szenario gibt, in dem ein großer Krieg mit Sicherheit zu gewinnen wäre (obwohl schon mal „siegen“ auftaucht), auch nicht die alberne Ansicht geteilt wird, Amerika müsse EU/Na- to-Europa gegen das an Bevölkerung, in der Wirtschaft und sogar an Militär weit bescheidenere Rußland zur Hilfe eilen (weshalb die

Forderung nach mehr Rüstungsausgaben auf mehr Käufe in den USA zielt) – trotz alledem wird nicht gefragt, welchen Sinn der Wahnsinnsaufwand für das Wohl der USA hat, und ob das Militär nicht auf eine für die Verteidigung gut begründbare Größe reduziert werden kann.

Es wird auch nicht nach dem Sinn besonders aufwendiger Waffensysteme gefragt: Kann zum Beispiel der Zweck hochkomplexer Jäger/Jabos nicht viel günstiger durch einfachere Träger mit höchst agilen Abstandswaffen erfüllt werden? Hat es noch Sinn, die imposanten, immens teuren Flugzeugträger-Gruppen zu unterhalten, wenn die Flugzeugträger höchstwahrscheinlich die ersten Opfer von kaum abfangbaren Hyperschallwaffen sein werden?



Die konservative US-Reformbewegung will die amerikanische Armee wieder zu einem Ort der Ehre und des Respekts machen. Ein Einberufungsplakat zur US-Armee von 1917.

Sein Besuch bei Nordkoreas Kim Jong Un im Jahr 2019 „offenbarte erneut Donald Trumps Affinität zu Diktatoren“, wie der Spiegel dumm-batzte. Der Besuch sprach jedoch mitnichten für irgendeine Affinität, sondern für die Einsicht, daß selbst die großmächtigen USA einen Winzling mit Atomwaffen nur um den Preis, eine Katastrophe zu riskieren, mit Gewalt ausschalten könnten, und deshalb, wenn auch bei diesen Größenverhältnissen etwas bizarr, der angelsächsische Spruch gelten müsse „If you can't beat them, join them.“

Diese Einsicht, das Eingeständnis, nur noch eine mehrerer großen Mächte zu sein, und auch in Zukunft keinen großen Krieg gewinnen zu können, die Erkenntnis, daß

Völker nur aus sich heraus, nicht von außen, gewandelt werden können – alles spräche dafür, sich nun ohne wenn und aber zur friedlichen Koexistenz und zum Wettstreit ohne kriegerische Gewalt zu bekennen – und das Geld, das seit Jahrzehnten weit über das gut begründbar

Erforderliche für die Verteidig hinaus ausgegeben wird, zum Wohl der Bevölkerung einzusetzen. Doch laut diesem Buch

- Soll das Militär weiterhin eher größer als kleiner finanziert werden – die Verringerung der Menge von Generalen wird man kaum Abrüstung nennen können.
- Sollen die Kräfte für Special Operations auch gegen das zivile chinesische Projekt Neue Seidenstraße eingesetzt werden (wohl auch andernorts, wenn man „andere Mittel o. ä.“ erwähnt), Nordafrika soll amerikanische Führung gegen drohende Chaos benötigen, es wird zur Verteidigung der Freiheit der arktischen Passage aufgerufen, die noch gar nicht bedroht ist, US-Küstenwache/Marine sollen das sicherstellen, obschon über 50% der arktischen Küste Rußland gehören.
- Nukleare Abrüstung kommt nur in Frage, wenn den USA daraus ein Vorteil erwächst.
- Verträge kommen nur zwischen und mit Staaten vor, die mehr oder weniger USA-nah sind, nicht aber mit als Gegner oder Feinde gesehenen.
- Hier soll Druck zu Wohlverhalten zwingen. Daß Sanktionen der USA zutiefst völkerrechtswidrig sind, und vor allem die Bevölkerungen treffen, auch mörderisch, wie beim Versagen von Medikamenten, daß damit selbst in sechseinhalb Jahrzehnten das kleine Kuba nicht US-kapitalistisch gemacht werden konnte – all das hat für die Konservativen des Project 2025 offenbar keine Bedeutung.

Dem entsprechend ist das Urteil, der Angriff auf die Ukraine habe Rußland geschwächt und die Nato geeint seltsam realitätsfern. Ebenso die Vorstellung, die global verlagerte Produktion nach Latein-Amerika „schieben“ zu können.

In dem Buch wird, symptomatisch(?), zuerst das Militärische und dann erst die Diplomatie behandelt. Es macht zwar Vorschläge, Mißstände zu beseitigen und Existierendes zu verbessern, empfiehlt aber keinerlei neues politisches Handeln, durch das die USA zu einem sich weitgehend an das Völkerrecht haltenden mächtigen Staat in unter anderen werden würden, der Konflikte allermeist durch Verhandeln löst. Etwa so, wie das Deutsche Kaiserreich. Auch für die USA selbst wäre es ein Segen, gemäß Bismarck sich nicht für die inneren Zustände anderer Staaten zuständig zu fühlen, die Staaten zu nehmen wie sie sind,

und ein möglichst gutes Verhältnis mit ihnen zu suchen und gewollten Wandel nur mit stiller Diplomatie anzustreben.

Doch so weit sind die Konservativen des Project 2025 offenbar noch nicht.

So spricht wenig dafür, daß ie USA mit einer so gearteten Führung sich ernsthaft für ein weniger explosionsgefährdetes Zusammenleben auf unserem Planeten einsetzen würden, sei es durch Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildende Maßnahmen und/oder durch weitergehende Konferenzen à la Helsinki, regional oder übergreifend.

Da die sich abzeichnende nukleare Aufrüstungsspirale enorme Gelder zu verschlingen droht, ohne per saldo mehr Sicherheit zu bringen, dürfte es in den Staatsführungen zumindest eine latente Bereitschaft geben, dies zu bremsen.

Die EU-/Nato-Europäer könnten, statt sich in (berechtigter) Empörung über Trumps Zoll-Orgien zu erschöpfen, Trumps schon bewiesene Bereitschaft zu unkonventionellem Vorgehen nutzen und von ihm zum Beispiel fordern, zu Verhandlungen über nukleare Abrüstung, Kontrolle und Vertrauensbildung aufzurufen. Wenn demnächst die irre politische Russophobie dank Trumps Agieren wieder verflogen sein wird, kann die Aufforderung auch an Rußland gehen, oder schon vorher an China. Das jetzt weniger US-fromme EU/Nato-Europa könnte durchaus eine Chance haben, als Ausrichter akzeptiert zu werden, wenn es die eigenen Sanktionen gestrichen hat und die amerikanischen übergeht.

Als Sprecher Europas für ein solches Vorhaben bietet sich Österreich an, das inmitten von Nato-Staaten sich seine Neutralität bewahrt hat.

Wien wäre sicher eine sehr attraktive Kapitale für VIENNA SECURITY NEGOTIATIONS. ■

Stand 25. April 2025

Amerika im Frieden mit der Welt

US-Präsident Donald Trump beim „Arab International Investor Forum“ in Riad am 13. Mai 2025¹. Diese Ausführungen von Trump wurden vom medialen Mainstream in einer Weise beschwiegen, die mehr als nachdenklich stimmen muss. Wir dokumentieren und kommentieren die richtungsweisende Rede des amerikanischen Präsidenten.

Riad wird nicht nur Regierungssitz, sondern eine große Geschäfts-, Kultur- und High Tech-Kapitale der ganzen Welt.

Ein „Meilenstein, andere Industrien haben kürzlich Öl überholt [...] um den größten Teil der saudischen Wirtschaft auszumachen.“

„In anderen Städten der Halbinsel wie Dubei und Abu Dhabi, Doha, Muscat sind die Wandlungen unglaublich beachtlich. Vor unseren Augen überwindet eine neue Generation von Führern die alten Konflikte [...] der Vergangenheit und schmiedet eine neue Zukunft, in der der Mittlere Osten durch Handel, nicht Chaos definiert wird; wo es Technologie exportiert, nicht Terrorismus; und wo Menschen unterschiedlicher Völker, Religionen und Überzeugungen zusammen Städte bauen, sich nicht zu Tode bomben.“

Und es ist entscheidend für die weitere Welt festzuhalten: dieser großartige Wandel kommt nicht von westlichen Interventionalisten oder Leuten in wunderschönen Flugzeugen, die Ihnen Vorlesungen halten, wie sie zu leben und Ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln haben. Nein, die glänzenden Wunder von Riad und Abu Dhabi wurden nicht geschaffen von den sogenannten Nation-Builders, Neocons oder liberal Nonprofits, wie denen, die Billionen und Billionen Dollar ausgebend, versagt haben Kabul, Bagdad und anderer Städte zu entwickeln.“

„Stattdessen vollzogen die Geburt eines modernen Mittleren Ostens die Menschen der Region selbst [...] haben Ihre eigenen souveränen Länder entwickelt, Ihre eigenen besonderen Visionen verfolgt, Ihre eigenen Bestimmungen auf Ihre eigene Weise dargestellt. Es ist unglaublich was Sie geschafft haben.“

¹ <https://www.timesofisrael.com/full-text-of-trumps-speech-in-riyadh-dawn-of-the-bright-new-day-for-the-great-people-of-the-middle-east/>

„Im Endeffekt haben die Nation-Builders weit mehr Länder zerstört als aufgebaut, und die Interventionalisten haben in komplexe Gesellschaften eingegriffen, die sie nicht einmal selbst verstanden. Sie sagten Ihnen, wie es zu tun ist, hatten aber selbst keine Idee wie es zu tun ist. Schließlich kam das Gedeihen nicht aus der radikalen Ablehnung Ihres Kulturerbes, sondern eher aus dem Umarmen Ihrer nationalen Traditionen [...] und das ist etwas, das nur Sie tun konnten. Sie haben ein modernes Wunder vollbracht auf arabische Weise. Das ist eine gute Weise.

Die Golf-Länder haben jetzt der ganzen Region einen Weg zu sicheren und geordneten Gesellschaften gezeigt mit steigender Lebensqualität, florierendem Wirtschaftswachstum, wachsenden persönlichen Freiheiten und zunehmenden Verantwortlichkeiten auf der Weltbühne. [...] Was da geschieht, ist so wundervoll. Ich glaube, die Menschen, die hier sind, können es gar nicht richtig würdigen, weil Sie es geschehen sehen [...]. „

„Jetzt, da wir mit der Mehrheit der Menschen dieser Region zusammenarbeiten, die Stabilität und Ruhe wollen, ist es unsere Aufgabe uns gegen die wenigen Agenten des Chaos und des Terrors zu vereinigen [...]. Die größte und zerstörerischste dieser Kräfte ist das Regime im Iran, das undenkbares Leiden in Syrien, Libanon, Gaza, Irak und darüber hinaus verursacht hat.“

Er geißelt ausführlich das Regime im Iran und Bidens Politik dagegen.

„Aber ich bin heute nicht nur hier, das zurückliegende Chaos der Führer des Iran zu verdammen, sondern ihnen einen neuen und viel besseren Weg zu einer viel besseren und hoffnungsvollen Zukunft anzubieten. Wie ich wiederholt gezeigt habe, bin ich Willens, vergangene Konflikte zu beenden und neue Partnerschaften für eine bessere und stabilere Welt zu schmieden, auch wenn die Differenzen sehr tiefgreifend sein mögen, was sie offenbar im Falle des Iran sind. Ich habe niemals daran geglaubt, permanente Feinde zu haben. Ich bin anders als eine Menge Leute glauben. Ich mag keine permanenten Feinde, aber manchmal braucht man Feinde, um die Arbeit zu erledigen [...] Feinde geben dir Motivation. In der Tat, einige der engsten Freunde der Vereinigten Staaten von Amerika sind Länder, gegen die wir vor Generationen Krieg geführt haben [...].

Ich will einen Deal mit dem Iran machen. [...] Aber wenn die Führung des Iran diesen Olivenzweig zurückweist und weiter seine Nachbarn angreift, dann haben wir keine Wahl, als massiven maximalen Druck auszuüben, die iranischen Öl-Exporte auf null zu treiben, wie ich es schon einmal getan habe. Wußten Sie, daß sie wegen dem, was ich getan habe, praktisch bankrott waren? Sie hatten kein Geld für Terror, sie hatten kein Geld für Hamas oder Hisbolah ... Und werde alles Nötige tun, das Regime zu stoppen, niemals eine Nuklearaffe zu haben. Iran wird niemals eine Nuklearwaffe haben. [...] wir werden niemals erlauben, daß Amerika und seine Verbündeten mit Terrorismus oder Nuklearangriff bedroht werden. Sie haben die Wahl. Wir wünschen Ihnen wirklich, ein wunderbares sicheres, großartiges Land zu sein, aber sie können keine Nuklearwaffe haben. Dies Angebot gilt nicht für immer. [...] Deshalb müssen sie ihren Schritt jetzt gleich machen, so oder so. [...]

Als Präsident der Vereinigten Staaten werde ich immer eine Vorliebe für Frieden und Partnerschaft haben wann immer es erreicht werden kann. Immer, es wird immer so sein. Nur ein Idiot/Narr kann anders denken.

In den letzten Jahren[sic] waren zu viele amerikanische Präsidenten von der Idee befallen, daß es unsere Aufgabe ist, in die Seelen fremder Führer zu schauen und amerikanische Politik einzusetzen, um Gerechtigkeit für ihre Sünden zu spenden. Sie liebten es, unser mächtiges Militär zu nutzen. Und jetzt ist es tatsächlich das mächtigste, das es jemals gab.“

Mit einer Billion das historisch höchste Budget für großartigste Raketen, großartigste Waffen.

„Ich hasse es, das zu tun, aber man muß es tun, weil wir an Frieden durch Stärke glauben. Aber hoffentlich müssen wir niemals eine dieser Waffen einsetzen. Es scheint eine furchtbar große Geldverschwendung zu sein, wenn man sie niemals nutzen will [...]. Ich glaube, es ist Gottes Aufgabe, zu Gericht zu sitzen; meine Aufgabe ist, Amerika zu verteidigen und die fundamentalen Interessen Stabilität, Wohlstand und Frieden zu fördern. Das ist es, was ich wirklich tun will. Ich werde niemals zögern, amerikanische Macht einzusetzen, wenn nötig, die Vereinigten Staaten zu verteidigen oder zu helfen, unsere Verbündeten zu verteidigen.“ Wenn man den Eindruck vermittelt, auf Kampf aus zu sein, kommt man (schnell) zu einer Lösung.

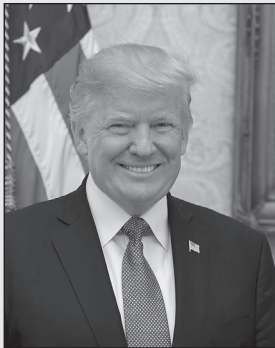
Er betont Erfolge gegen Huthis und Terroristen, und daß es unter seiner Präsidentschaft die Ukraine- und Gaza-Konflikte nicht gegeben hätte, aber einen würdigen Abzug aus Afghanistan.

„Wie diese Menschen in Gaza behandelt werden, an keinem Ort der Welt werden Menschen so schlimm behandelt. Es ist entsetzlich.“

Er will dem Libanon und Syrien helfen und die Sanktionen aufheben.

„Zum ersten Mal in tausend Jahren wird die Welt diese Region ansehen[...] als Land der Chance und Hoffnung, genauso wie Sie es hier geschafft haben – ein kultureller und wirtschaftlicher Knotenpunkt der Welt.“

KOMMENTAR



Zum zweiten Mal Präsident der USA: Donald Trump.

Wie das konservative US-Amerika (siehe Beitrag „Amerika konservativ patriotisch“) sieht Donald Trump sein Land als eine Großmacht unter anderen ohne Anspruch auf Welt dominanz. Sein Bekenntnis, trotz mächtigster Streitkräfte nationale Interessen auf keinen Fall von sich aus mit Krieg durchsetzen zu wollen, ist aber für die USA historisch neu, entspricht auch seinem Verhalten in der ersten Präsidentschaft.

Für amerikanische Vorstellungen neu ist auch, den eigenen Weg anderer Kulturen zu begrüßen. Allerdings ist es hier der Weg zu einem im westlichen Sinne erstrebenswertem Ziel; ob es auch für abweichende Ziele anderer Kulturen gilt, bleibt offen.

Wenn Trump seine Gastgeber ungebeten überschwänglich lobt, so muß man dies nicht als Selbstüberheblichkeit sehen, denn es ist mit politisch unerhörter, beißender Kritik am bisherigen amerikanischen Agieren in der Welt verbunden.



US-Präsident Trump schont Israels Regierungschef Netanjahu: Statt eines Machtworts zum menschenverachtenden Umgang mit den Palästinensern kommt aus Washington nur ein Bedauern.

Trump offenbart allerdings auch die Begrenzung seiner Macht als Präsident:

Ihm ist sicherlich klar, daß wahrscheinlich auch die Hälfte einer Billion Dollar pro Jahr für eine gute Verteidigungs- und Beistandsfähigkeit reichen würde, zumal es angesichts der Militärpotenziale möglicher Feinde die USA keinen Krieg fern der USA mit Gewinn siegreich bestehen könnten. Aber die unsinnige Billion dürfte ein existenziell notwendiger Tribut an eine sehr breit verwurzelte interne Macht sein.

Eine andere Begrenzung verrät sein bloßes Bedauern des menschenverachtenden Umgangs mit den Palästinensern im Gaza-Streifen, statt eines Machtworts gegen Netanjahu. Obschon er ohne solch ein Machtwort nicht einmal eine Chance hat, Arabien den USA wieder wirklich nah zu bringen, und seine Worte über die glänzende Zukunft der Region deshalb Träumerei sind, muß er offenbar eine von einer anderen mächtigen Gruppierung in den USA gesetzte Grenze respektieren.

Doch Donald Trump kann trotzdem ein Mann des Jahrhunderts werden, wenn sein Bekenntnis zum Frieden durch ihn auch die Maxime der Politik seines Landes wird. ■

Manfred Backerra
20. Mai 2025

Berichte aus den SWG-Regios

Regio Kiel

Im Februar 2025 fand eine Informationsveranstaltung über die deutschstämmigen Mennoniten in Paraguay mit einer Direktschaltung und Gesprächen mit Vertretern einer deutsche Kolonie statt.

Im März 2025 gab es eine neue Lageinformation zum Ukraine-Konflikt.

Im April 2025 richtete die Regio Kiel den 3. Bismarcktag anlässlich des 210. Geburtstages des Altreichskanzlers aus.

Im Mai 2025 referierte Regioleiter Stephan Ehmke über den ersten Außenminister der Weimarer Republik, Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau.

Im Januar 2025 nahm der SWG-Vorsitzende Stephan Ehmke an einer Konferenz der Akademie „Europa Aeterna“ in Wien teil, welche den Titel „Der Konservatismus – alles, was recht(s) ist?“ trug. Im Rahmen dieser zweitägigen Tagung sollte geklärt werden: Was genau ist denn eigentlich der Konservatismus? Bei aller Erosion der Klassifizierung politischer Weltanschauungen – worin besteht sein Wesenskern? Ist ein Konservativer ein Rechter? Sind beide doch keine Linken. Bekanntlich ist der Begriff „rechts“ im deutschsprachigen Raum durch eine bröckelnde linke Meinungshoheit negativ behaftet und dient der Dämonisierung (in vermeintlich aufgeklärten Zeiten). Doch wenn nur links gut und berechtigt sein soll, leben wir dann nicht in einer (Meinungs-)Diktatur – mündet nicht überhaupt jede linke Ideologie in eine Diktatur? Geht es somit dem Konservativen nicht gerade um die Freiheit?

EUROPA AETERNA

Akademie für politische Philosophie

In fünf „Panels“, über zwei Tage verteilt, trugen namhafte internationale Referenten vor. Einer grundsätzlichen Standortbestimmung des Konservatismus folgten Referate über konservative Denktraditionen und die Zukunft konservativen Denkens. In einem Abendgespräch wurde „Politik als der Kampf und die richtige Ordnung“ beleuchtet.

Im Rahmen eines englischsprachigen Forums sprachen Redner aus den USA, Großbritannien, Serbien und Ungarn über wichtige konservative Denker und Ideen in ihren Heimatländern. In einer weiteren Vortragsrunde ging es um historische und politische Aspekte rechtskonservativen Denkens. Abschließend wurde über gegenwärtige Herausforderungen und Perspektiven des Konservatismus in Europa gesprochen und diskutiert.

SWG-Vorsitzender Ehmke hatte einen Beitrag über die preußischen Altkonservativen des 19. Jahrhunderts und ihre Wirkung beige-steuert. Berichte und Videos über die Konferenz können auf der Welt-netzseite der Akademie Europa Aeterna abgerufen werden:

<https://europa-aeterna.org/>.

Regio Lübeck

Zum Jahresauftakt trug am 19. Februar der bekannte Historiker Dr. Post über die „Lage des Ukraine-kriegs und die Initiative Trumps zu einem Waffenstillstand“ vor. Trotz der hohen Aktualität des Themas waren nur 30 Zuhörer gekommen – enttäuschend, aber nicht verwunder-lich, denn nur vier Tage später fand die Bundestagswahl statt. Und deren zu erwartendes Ergebnis mit dem inzwischen verhandelten Motto „Weiter so“ ließ schon am 19. Februar die Sorgen der sonst weitaus zahlreicheren Vortragsteilnehmer vor allen anderen Nachrichten in Deutschland klar hervortreten.

Das zeigte sich auch am 2. April, als Professor Dr. Bambach zunächst einmal streng wissenschaftlich über „Gesellschaftspolitische Spannungen in modernen Wirtschafts-Demokratien und ihre Ursachen“ sprach. Daran anschließend entwickelte sich aber eine lebhaft-e Diskussion über Möglichkeiten zur Überwindung dieser Spannungen – und fast ausschließlich anhand zahlloser Beispiele aus der politischen Lage Deutschlands in diesen Tagen.

Den dritten Vortrag, ursprünglich im März geplant über das Thema „Zur Lage der Nation – wenn Deutschland fällt, fällt auch Europa“ mußte die Regio leider aus internen Gründen kurzfristig absagen.

Es ist zwar erst Mitte Mai, und die Sommerpause liegt noch vor uns – aber werfen wir doch schon ´mal einen Blick darauf, was die Regio für das 2. Halbjahr vorbereitet hat. Es lohnt sich.

Am 10. September hat sie wieder Professor Dr. Fritz Söllner aus Ilmenau zu Besuch. Er spricht über „Die BRICS-Staaten und den Weg zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung“, ein Thema, das besonders an Bedeutung gewinnen wird, nachdem sich Trumps Zollwirbel erst einmal gelegt hat.

Zum 15. Oktober erwarten wir dann den bekannten Volkswirt, Unternehmensberater und Autor Dr. Markus Krall aus Schaffhausen, seinem neuen Wohnsitz in der Schweiz. Dr. Krall wird sich – wie anlässlich seines letzten Auftritts vor der Regio im Herbst 2022 – ein aktuelles Wirtschaftsthema vornehmen und mit uns darüber diskutieren. Bis dahin wird uns die neue Koalition sicher schon viel Diskussionsstoff dazu liefern ...

Die Vortragsreihe der Regio abrunden wird dann am 12. November der Politologe und Publizist Dr. Dr. Kinan Jaeger von der Universität Bonn mit seinen Ausführungen über den GAZA-Krieg. Dessen Folgen werden sicher auch uns Europäer noch lange beschäftigen.

Wir freuen uns schon über die interessanten Vorträge im Herbst und werden zum Jahresende darüber berichten.

Wolfgang Heger, Regioleiter

Liebe Mitglieder und Freunde der SWG!
Für unsere Arbeit sind wir auch auf Ihre finanzielle
Unterstützung angewiesen. Bitte denken Sie deshalb
an Ihre Spende an uns. Auch kleine Beträge zählen!
Nutzen Sie bitte den diesem Heft beiliegenden
Überweisungsträger.
Es dankt herzlich Ihre SWG e.V.



Ulrich Horstmann
Wohlstand für alle ist möglich
Klappenbroschur, 308 S.
22,00 €

Wie können wir den Niedergang aufhalten?



Adorján Kovács
Man hätte es früh besser wissen können
Klappenbroschur, 137 S.
19,90 €

Gegen das Corona-Unrecht und gegen das Vergessen.



Schußburner / Kallina
Als Rechtsabweichler im Ministerium
Klappenbroschur, 496 S.
24,80 €

Erlebnisse in der ideologisierten Exekutive.



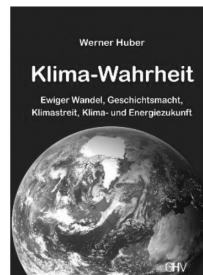
Thomas Darsow
Islam und Grundgesetz
Klappenbroschur, 359 S.
24,90 €

Wie weit reichen Religionsfreiheit und Menschenwürde?



Christoph Ernst
Die Rassismus-Falle
Klappenbroschur, 380 S.
24,80 €

Identitätspolitik und kritische Rassentheorie – ein Essay



Werner Huber
Klima-Wahrheit
Klappenbroschur, 300 S.
22,80 €

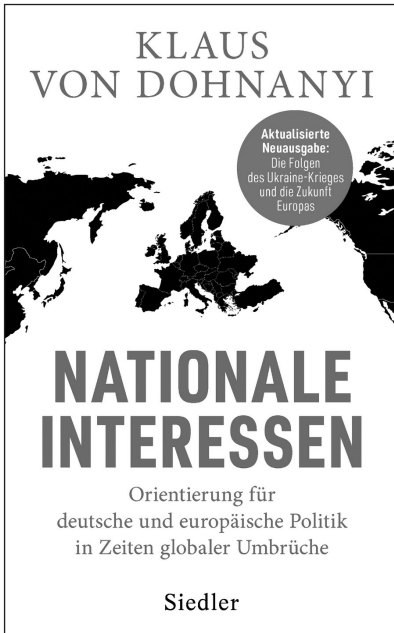
Eine kritische Analyse zum Thema Klimawandel.

Versandkostenfrei beim Verlag zu bestellen:

Gerhard Hess Verlag e.K., Jahnstr. 14, D-73066 Uhingen

www.gerhard-hess-verlag.de - info@gerhard-hess-verlag.de

Klaus von Dohnanyi: Frieden mit Russland



Bereits im DJ-Heft (1/2022) konnten wir auf eine wichtige Buchneuerscheinung hinweisen, jene des renommierten Sozialdemokraten Klaus von Dohnanyi über „Nationale Interessen“.

Der Ukraine-Russlandkrieg war gerade ausgebrochen und seine Entwicklung zum damaligen Zeitpunkt nur bedingt abschätzbar. Jetzt hat der Autor in einer aktualisierten Neuauflage, die vor allem auf „Die Folgen des Ukraine-Krieges und die Zukunft Europas“ eingeht, sich noch-

mals mit einer die Problematik vertiefenden Schrift zu Wort gemeldet. Seine schlussfolgernden Ausführungen sind besonders hervorzuheben, weil Dohnanyi von realistischen Vorstellungen über hierbei ausschlaggebende „Bedingungen für Frieden“ ausgeht und zwar so:

Keine NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine

Es ist anzunehmen, dass Europa „nicht in der Lage sein wird, die USA in vollem Umfang zu ersetzen. Zugleich erwarte ich jedoch, dass Präsident Trump weiterhin entschlossen ist, den Ukraine-Krieg durch eine Vereinbarung mit der Russischen Föderation zu beenden. Die Bedingungen hierfür, soweit sie heute erkennbar sind (Stand: Anfang Mai 2025), scheinen mir die folgenden zu sein.

- *Erstens:* Die Ukraine wird nicht in die NATO aufgenommen.
- *Zweitens:* Ein Waffenstillstand oder die Umrisse eines Friedensvertrages zwischen der Ukraine und Russischen Föderation werden zunächst keine Herausgabe russisch eroberten ukrainischen Geländes an die Ukraine enthalten. Krim und Donbass bleiben in russischer Hand.

- *Drittens:* Ein Waffenstillstand oder die Umriss eines Friedensvertrages müssen von russischer und amerikanischer Seite garantiert werden, auch wenn die USA gegenwärtig versuchen, einer solchen Verpflichtung auszuweichen.
- *Viertens:* Eine Aufsicht über die Einhaltung der Vereinbarungen eines Waffenstillstandsabkommens oder Friedensvertrages muss durch dritte Staaten, am besten durch Mitglieder der Vereinten Nationen, erfolgen. Europa oder die EU sind dafür nicht geeignet, da es sich dann in der Regel um NATO-Mitglieder handeln würde.
- *Fünftens:* Die zukünftige internationale Rolle der Ukraine wird vermutlich sowohl Merkmale der Unabhängigkeit und Souveränität enthalten als auch Begrenzungen möglicher Bündniszugehörigkeiten.
- *Sechstens:* Europa wird diese Bedingungen annehmen müssen und wiederum auch nicht ohne US-amerikanische Unterstützung (backstop) verwirklichen können.“

Fazit: Hier spricht – im besten Sinne des Wortes – ein „alter weiser Staatsmann“ mit jahrzehntelanger Lebenserfahrung in Realpolitik Klartext. Das Buch ist uneingeschränkt zu empfehlen, zumal es auch die in der Erstauflage schon thematisierten generellen Gesichtspunkte über die deutsche und europäische Lage in erweiterter Form anschaulich erläutert.

Bernd Kallina

Klaus von Dohnanyi: Nationale Interessen – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche. Siedler-Verlag 2025. 299 Seiten, 26,- EUR.

ZFI

**Zeitgeschichtliche
Forschungsstelle Ingolstadt**

Im Internet zu erreichen unter: <http://www.zfi-ingolstadt.de>

Deutschland-Strategie-Defizit und seine Überwindung



„Es wäre tölpelhaft zu glauben, ein wehrloses Volk habe nur noch Freunde, und eine krapulose Berechnung, der Feind könne vielleicht durch Widerstandslosigkeit gerührt werden.....Dadurch, dass ein Volk nicht mehr die Kraft oder den Willen hat, sich in der Sphäre des Politischen zu halten, verschwindet nicht das Politische aus der Welt. Es verschwindet nur ein schwaches Volk.“

Mit diesem trefflichen Zitat von Carl Schmitt aus seiner berühmten Schrift „Der Begriff des Politischen“ eröffnet Markus

C. Kerber seine lesenswerte Schrift „Führung und Verantwortung – Das Strategie-Defizit Deutschlands und seine Überwindung“. In vier Kapiteln und Exkursen beleuchtet der Professor für Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik an der TU-Berlin die erschreckende und jahrzehntelange Fehlentwicklung unserer Lage als zentrales Land in der Mitte Europas. Zwar hat ein gewisses Umdenken der defizitären sicherheitspolitischen Gesamtverfassung der Bundesrepublik seit dem 2022 erfolgten Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine stattgefunden, doch ob das brüchige Fundament in angemessener Zeit in stabile Selbstbehauptungsfähigkeit überführt werden kann, ist eine drängende Frage. Denn, so der Autor: „Was zu einem außenpolitischen Fiasko führte und eine eilige Ankündigungspolitik des Kanzlers (Scholz) auslöste, hat seine tieferen Ursachen in der Politikverweigerung der Deutschen.“

Kern des Problems: Politikverweigerung

Damit spricht Kerber den Kern des Problems ziels-

cher an. Friedensbewegte Grüne, Stichwort „feministische Außen-

politik“, SPD-Linke, Stichwort „Frieden schaffen ohne Waffen“, und spießige CDU-Vertreter im Illusions-Konzert meist wehrfeindlicher Leitmedien, hätten Deutschland politisch neutralisiert, als ernsthaften Akteur im politischen Kräftefeld weitgehend ausgeschaltet. Das sei die bedauerliche Ausgangslage und führt zu notwendigen Fragen: Wie soll sich Deutschland in Zukunft aufstellen? Welche Rolle sollen unsere Streitkräfte, die jahrzehntelang heruntergewirtschaftete Bundeswehr (O-Ton Inspekteur des Heers, General Alfons Mais, 2022: „Wir sind blank!“) dabei spielen? Welche Haltung soll zur Gewalt in der Politik eingenommen werden? Welche Aufgaben fallen der nationalen Rüstungsindustrie in den nächsten Jahren zu?

Kerber: Wissenschaftler und Marinesoldat

Auf all diese Fragen geht Kerber, der neben seiner wissenschaftlichen Laufbahn auch mit dem Dienstgrad eines Korvettenkapitäns d. R. aufwarten kann, mit kurzgehaltenen Problemaufrissen der zentralen Themenfelder kenntnisreich ein und entwirft Wegweisungen für die sicherheitspolitische Zukunft des Landes. Es sind Orientierungsversuche, schreibt er zum Ziel seiner Schrift in bescheidener Zurückhaltung, mehr nicht. Immerhin! Ein Anfang ist gesetzt. Der Wissenschaftler und Marinesoldat will seinen Landsleuten eindringlich vermitteln, dass die nächsten Jahre über ihre Wirkmächtigkeit als Nation entscheidend sein werden. Welche lohnende und wichtige Aufgabe!

Bernd Kallina

Markus C. Kerber: Führung und Verantwortung – Das Strategie-Defizit Deutschlands und seine Überwindung. Edition Europolis UG. Broschiert, 68 Seiten. 8,99 EUR.

E-Mail:
edition@europolis-online.org.

Demokratie-Erlebnis BRD



Dem Buch von Schüßlburner kommt schon deshalb eine Alleinstellungseigenschaft zu, weil, wie der Titel schon wiedergibt, Schüßlburner als Ministerialbeamter ein Rechtsabweichler war, womit er in solchen Behörden, ebenso wie bei seiner Tätigkeit in internationalen Gremien, eine singuläre Erscheinung gewesen sein dürfte.

Es ist mehr als ein ausführlicher Lebensbericht über politisch veranlasste Benachteiligungen und Schikanierungen. Es macht zum einen klar, dass die „Pervertierung der wehrhaften Demokratie“ bereits vor Jahrzehnten begonnen hat, dass die entsprechenden Mechanismen jedenfalls im Grundsatz nicht neu sind, und zum anderen, was

die Folgen sind, wenn nicht Einhalt geboten wird. Gleichzeitig gibt das Buch eine wertvolle Anleitung zu geschicktem Verhalten ähnlich von staatlicher Repression zu Unrecht ähnlich Betroffener.

Versehen mit einem pointierten Vorwort von Bundesminister a.D. Prof. Dr. Rainer Ortleb werden in Interviewform zu von Bernd Kallina geschickt gestellten Fragen gewissermaßen wie auf einer Perlenkette aneinander gereiht Antworten zu zahlreichen entweder unverändert aktuellen oder inzwischen sogar noch aktuelleren Problemfeldern einer freiheitlichen Demokratie und der Rolle der Parteien in dieser gegeben.

Die knapp 500 Seiten, teilweise stark autobiografisch, geben die Ereignisse nicht chronologisch wieder. Das ist zumindest insoweit kein Nachteil als Fehlendes sich an späterer Stelle beim entsprechenden Sachthema findet. So wird quasi als Einstieg das Medienecho auf Schüßlburners politisches Verhalten genommen und die öffentlich-rechtlichen Reaktionen, insbesondere die entsprechenden Verfahren, werden in den nachfolgenden Kapiteln ausführlich dargestellt.

Zu den köstlichen Zitat-Fundstücken im Buch zählt die für den angeschuldigten Beamten günstige Beurteilung, dieser habe sich eventuell in einem schuldausschließenden Irrtum

über das Ausmaß der Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik befunden. Hierzu ist allerdings anzumerken, dass eine solche Fehlvorstellung zu haben zunehmend weniger glaubhaft erscheinen dürfte.

Die einzelnen Verfahren, mit denen Schußlburner in seiner Laufbahn überzogen worden ist, nutzt er zu auf fundierter Sachkunde beruhender Auseinandersetzung mit den wesentlichen freiheitsbeschränkenden Standardbegründungen.

Das Erlebte, oder sollte man besser sagen, das ihm Widerfahrene wird begrifflich verortet oder über Argumentationsfiguren verständlich eingeordnet. So besagt die Abfärbetheorie, dass demjenigen, der in einer Zeitschrift einen Beitrag veröffentlicht (und sei es eine Buchbesprechung wie diese), alle politischen Inhalte/Äußerungen, die in dieser jemals veröffentlicht worden sind, zuzurechnen sind. Gleiches gilt natürlich für die Mitgliedschaft in Organisationen, gesteigert für den Kontakt zu deren Mitgliedern, insgesamt um alle Unterfälle von Kontaktschuld.

Bei der Schilderung der beachtlich vielen Verfahrensfehler wäre zumindest teilweise daran zu denken, dass sie bewusst begangen worden sein könnten. Schließlich ist davon auszugehen, dass, wie es auch heute noch zu einem beträchtlichen Teil der Fall ist, die politische Grundüberzeugung Schußlburners geteilt wird. Der verfahrensrechtliche Fehler ist für

denjenigen, der in begeht, schließlich eher hinnehmbar im Sinne von verträglicher als der Vorwurf, den „Täter“ zu schützen, weil und indem man dessen Auffassungen inhaltlich teile.

Jedenfalls wäre das die bessere Alternative als die vorherrschende Feigheit, aus Angst selbst angegriffen zu werden, wenn man den Abhängigen nicht opfert, ihm daher wider besseres Wissen Unrecht zu tun. Die Versuchung Unrecht zu tun, ist umso größer, je weniger man damit rechnen muss, dass einem selbst daraus Nachteile entstehen und als je größer die Nachteile eingeschätzt werden, die entstehen, wenn man das Unrecht nicht tun würde. Politische Meinung wird damit vorwerfbar nicht in dem Sinne, dass man sie kritisiert, weil man selbst anderer Meinung ist, sondern in dem Sinne, dass die Meinung unterdrückt werden muss, um für sich selbst Nachteile zu vermeiden.

Solche Mechanismen präzise zu schildern und durch das selbst Erfahrene detailliert zu belegen, ist eine der großen Stärken des Buches. Die Lebensgeschichte Schußlburners enthält dabei auch einen höchstpersönlichen Bereich. Den partiellen Widerspruch in diesbezüglichen einzelnen Bereichen aus und zum Teil gerade aus dem politischen Lager, dem Schußlburner sich zugehörig fühlt, ahnt er. Aber er kann unbesorgt sein. Die heutige Rechte ist, oftmals in extremer Weise, tolerant, nicht nur bei abweichenden politischen Mei-

nungen, sondern vor allem in Bezug auf den privaten Lebensbereich. Dass der politische Gegner ihr gegenüber diese Neutralität verletzt, hat diese Grundposition gerade in letzter Zeit weiter verstärkt und die gegenseitige Solidarisierung sehr gefördert.

Die „Befragung zu besonderen Demokratieverhältnissen“ von Schußburner/Kallina ist ein in dieser Form einmaliger, mit stringenter juristischer Argumentation angereicherter Erfahrungsbericht über die Einschränkung politischer Meinungsfreiheit und ein Plädoyer für die Wiederherstellung

der Meinungsfreiheit als elementarer Voraussetzung einer freiheitlichen Demokratie.

Alfons Hueber

Josef Schußburner/Bernd Kallina: Als Rechtsabweichler im Ministerium. Befragung zu besonderen Demokratieerlebnissen. Mit einem Vorwort von Bundesminister a.D. Prof. Dr. Rainer Ortleb, Gerhard-Hess-Verlag, 2025. Broschur DIN A5. 496 Seiten. 24,80 EUR.

Die BRD-Geschichte deutscher Rechtsparteien



„Success for The Right in West Germany - Christian Democrats as Strongest Party“: So die Zeitschrift Times vom 16. August 1949 zum Ergebnis der ersten Bundestagswahl. Diese selbstverständlich nicht diskriminierend gemeinte Einordnung der CDU kann man nachlesen in dem hier vorzustellenden Buch. Dieses schließt eine zentrale Lücke der Zeitgeschichtsschreibung, indem es eine systematische Darstellung der politischen Rechten der Nachkriegszeit von der Besatzungszeit angefangen bis zum Auftritt der Partei Alternative für Deutschland (AfD) vornimmt. Dabei werden schon bezogen auf die Anfangszeit nicht nur CDU / CSU

und FDP behandelt, sondern auch die „Ultras“; es werden kenntnisreiche Exkurse eingeschaltet von der Frage der Monarchie angefangen über „Linke Leute von rechts“ und einen „Blick nach Österreich“ bis zum Bereich „Konservative Ökologie“. Nach Eindruck des Rezensenten fehlt bei der auf politische Vereinigungen ausgerichteten Darstellung zur deutschen Rechten nur die „Deutschland-Bewegung“ von Alfred Mechttersheimer.

Von besonderer Bedeutung erscheint die Darstellung der Nachkriegszeit, die dann zur ersten und für die BRD maßgebenden Regierung unter Konrad Adenauer führte, eine rechte Erfolgskoalition von CDU / CSU, FDP und DP (Deutsche Partei). Die CDU wird dabei als eine „Art Dauerkoalition von Zentrum und DNVP“ eingeordnet, also als Verbindung der katholisch ausgerichteten Vorgängerpartei mit der weitgehend rechtsprotestantisch anzuordnenden national-liberalen / nationalistischen Rechtspartei der Weimarer Republik. Wahrscheinlich war diese Verbindung nur möglich, indem die CDU doch von vornherein Züge einer „amorphen Omnibuspartei der Mitte“ (so ein britischer Besatzungsbeamter) annahm, was sich zum Vorteil der BRD zunächst in dem Sinne zum Ausdruck brachte, wie dies die Times hervorhob. Keine Partei hat seinerzeit so entschlossener nationale Positionen vertreten wie die FDP, bis hin zur Forderung, am Reichsgedanken festzuhalten: „Wählt FDP, dann wählt ihr Deutschland“, so

ein neben zahlreichen anderen Bildern angeführtes Wahlplakat dieser Partei, wozu auch noch das Plakat der FDP-NRW, des wohl am weitesten als rechts einzuordnenden und finanzkräftigsten Landesverbandes dieser Partei gehört: „Rechts ran!“ Hinzu kommt die eindeutig sich als Rechtspartei identifizierende DP, die später in die CDU „integriert“ wurde, was auch nur aufgrund der grundsätzlichen Rechtsausrichtung der CDU möglich war. Das abgebildete DP-Plakat dürfte Leser dieser Zeitschrift begeistern: „Fahre rechts, Bleibe rechts, Wähle rechts“. Damit sind die Erfolgsvoraussetzungen der BRD, was sich im sog. Wirtschaftswunder zum Ausdruck bringen sollte, aufgezählt.

Schon allein dieser Aspekt rechtfertigt aus aktueller politischer Sicht das Werk von Weißmann, weil dies die Geschichtsvergessenheit der derzeitigen CDU-Parteiführung mit wanderwitzigen „Brandmauern“ „gegen rechts“ deutlich macht, die sich gegen die eigenen historischen Erfolgsvoraussetzungen richten. Es hat sich der Omnibuscharakter der „Mitte“ durchgesetzt, was die CDU zum Instrument der einst entschieden bekämpften politischen Linken macht. Einige Gründe für diese Linksmutation der CDU sind aufgrund des hier besprochenen Werkes nachzuvollziehen, wobei letztlich schon Helmut Kohl eine negative Rolle zuzuschreiben ist, der die CDU von tradierten Positionen frei machen wollte, was dann als Modernisierung propagiert

wurde. Diese war teilweise sicherlich notwendig wie der Abschied von einer Honoratiorenpartei. Auch der letztlich von der Politik der politischen Rechten herbeigeführte bundesdeutsche Wohlstand hat sich für diese negativ ausgewirkt, weil sich dadurch bei den Wählern die Prioritäten verschoben haben und man mehrheitlich glaubte, sich linke Projekte leisten zu können.

Allerdings ist bei Lektüre des Werkes nicht ganz nachvollziehbar, warum diese Linkswende, mit der man in einer freien Gesellschaft als vorübergehende Erscheinung rechnen muss, anscheinend nicht wirklich rückgängig gemacht werden kann, wobei die modernisierte CDU sicherlich das größte Hindernis darstellt. Hierbei stellt sich doch das Problem, dass neben den im Buch detailliert dargestellten politischen Vereinigungen das intellektuelle Umfeld, etwa die Zeitschriftenprojekte weitgehend ausgeblendet werden, die letztlich das für die politische Richtungsentscheidung maßgebliche Narrativ, wenn man will, die maßgebliche Ideologie bis zur Zivilreligion gehend, hervorbringen. Diese rechten Zeitschriftenprojekte hatten bis zum Aufkommen der AfD nicht die wirkliche Durchschlagskraft, sodass sich die Linksideologie etablieren konnte und eine mittige CDU dann Angst hat, dagegen anzukämpfen, weil sie ja als „rechts“ eingeordnet werden könnte (was aber die Politologie im freien Westen wie selbstverständlich ohnehin macht).

Aufgrund des weitgehenden Verzichts auf Wertungen, werden die Schwierigkeiten für die politische Rechte zwar angedeutet, aber nicht wirklich zum Problem gemacht. Diese bestehen bekanntlich im „Verfassungsschutz“ im engeren und weiteren Sinne. Zwar ist in der Einleitung zum Thema „Schattenwelt und Schattenkrieg“ darauf hingewiesen, dass die politische Rechte mit geheimdienstlicher Infiltration und Steuerung einhergeht, aber es werden etwa bei der Darstellung der Sozialistischen Reichspartei (SRP) die ausdrücklich als „staatliche Repression“ eingeordneten Maßnahmen nicht bewertet. Es wird auf das Parteiverbot wegen „Verfassungsfeindlichkeit“ hingewiesen, was in der Tat zutrifft, auch wenn eine Partei rechtlich doch nur wegen „Verfassungswidrigkeit“ verboten werden kann. Vergleicht man die Verbotsbegründungen des Bundesverfassungsgerichts beim SRP-Verbot, das ziemlich rasch erfolgt ist, mit dem erst Jahre später erfolgten KPD-Verbot, dann ist eine Kampfansage „gegen rechts“ durch das Verfassungsgericht unverkennbar, dem eine prinzipiell fast rücksichtsvolle Behandlung der Rechte von Kommunisten gegenübersteht. Gegen rechts wird es als Aufgabe eines Parteiverbots angesehen, Ideen aus dem Prozess der politischen Willensbildung auszuschneiden, im Verfahren gegen links wird jedoch die Frage gestellt, ob ein Parteiverbots wegen des dabei involvierten massiven Eingriffs in die

Meinungsfreiheit verfassungswidriges Verfassungsrecht sein könnte. Diese vom Verfassungsgericht vorgegebene Ungleichbehandlung findet sich noch in sog. „Verfassungsschutzberichten“ der 2020er Jahre gespiegelt, die ohnehin nur noch eine politische Bedeutung „gegen rechts“ haben.

Konkreteste Auswirkung des SRP-Verbots dürfte wohl sein, dass sich die DP in die CDU integrieren musste, was sie bei Fortbestand der SRP als legaler Partei vielleicht durch die immer erwogene Bildung einer rechten Sammlungsbewegung hätte vermeiden können. Die Ausschaltung einer derartigen Rechtsoption erlaubte dann der CDU den noch immer anhaltenden Linksschwenk. Selbst für den von rechter Seite häufig bewunderten Franz-Josef Strauß (CSU) hatten rechte Gruppierungen nur die Funktion nützlicher Idioten (er hat es anders ausgedrückt), deren man sich rechtzeitig entledigen muss: Neben „Spielbankaffäre“ zur Ausschaltung der Bayernpartei spielt da „Verfassungsschutz“ eine entscheidende, im Buch nicht behandelte Rolle.

Damit ist in der BRD, ein Demokratie-Sonderweg einer Par-

teiverbotsdemokratie, die zentrale Rechts-Links-Dyade, die für den Mechanismus einer funktionierenden Demokratie steht, von vornherein beeinträchtigt, was dann auch als „Mitte“ beschrieben werden kann. Das Buch beruht erkennbar auf dieser Dyade. Damit muss auch definiert werden, was „rechts“ darstellt. Dies geschieht durch das Motto des Buches, eine Aussage von Erik Maria (Ritter von) Kuehnelt-Leddihn: „rechts im wohlverstandenen Sinne heißt für das Recht eintreten, für das Rechte, das Richtige, die Gerechtigkeit, das Rechtliche, das Redliche - für das wirklich Natürliche, für Liebe, Freiheit, Würde und Ehrfurcht vor dem Ewig-Guten im Vatererbe.“ Spricht dies die CDU überhaupt nicht mehr an? Für die Leser dieses Magazins ist dies sicherlich Ansporn. Auch zur Lektüre des Buches.

Josef Schüßlburner

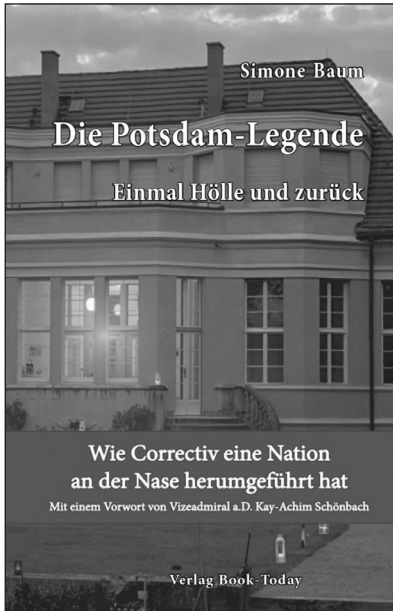
Karlheinz Weißmann: Zwischen Reich und Republik: Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten. 325 Seiten, JF-Edition 2024. 39,90 EUR.

ZFI

**Zeitgeschichtliche
Forschungsstelle Ingolstadt**

Im Internet zu erreichen unter: <http://www.zfi-ingolstadt.de>

Die Potsdam-Legende und ihre Urheber



Der „Correctiv-Skandal“, der vielmehr ein Medienskandal in höchster Potenz war, erschütterte 2024 die Republik. Inzwischen sind die Falschinterpretationen über das angebliche „Potsdamer Geheimtreffen“, die von dem deutschen Staat und dem Ausland bezahlten Mediennetzwerk Correctiv in die Welt gesetzt und vor allem von den zwangsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Sendern aufgebauscht wurden, in zahlreichen Gerichtsprozessen widerlegt worden. Weder ist bei dem besagten Treffen über eine „Massendeportation“, noch einem „Entzug der Staatsbürgerschaft“

von Migranten geredet worden. Was die Kartellpolitik und die ihr hörigen Medien nicht davon abhält, diese Lügen bis heute zu verbreiten und dafür ein- ums anderem Mal gerichtliche Ohrfeigen zu kassieren. Dass schließlich alles aufgeklärt wurde, verdanken wir nicht zuletzt dem umtriebigen Staatsrechtler und Rechtsanwalt Dr. Ulrich Vosgerau, selbst Teilnehmer der Veranstaltung, der mit erheblichem Arbeits- und Geldaufwand diese Prozesse deutschlandweit geführt hat (und noch führt).

Ziel der Verleumdungskampagne zum das Potsdamer Treffen war die AfD, der einige Teilnehmer angehörten. Doch die Hetze traf auch weniger prominente Personen. Eine von ihnen ist Simone Baum, Verwaltungsangestellte der Stadt Köln und engagiertes Mitglied der Werte-Union. Mehr durch Zufall und ohne Ahnung vom genauen Programm der Veranstaltung kam sie, von Freunden eingeladen, im November 2023 in die Villa Adlon in der Nähe des Berliner Wannsees. Sie ist somit Augen- und Ohrenzeugin der Veranstaltung selber. Nun hat sie, herausgegeben vom Bonner Verlag Book Today, ihre Schilderung der Ereignisse in Buchform vorgelegt.

Simone Baum bestätigt nicht nur, dass die Vorwürfe gegen die Teilnehmer des Treffens, einschließlich

des Österreichers Martin Sellner, frei erfunden waren, sondern schildert auch in eindringlicher Form das, was sie selbst in Folge der Lügenhetze von Politik und Medien erleiden musste: Rauswurf aus Vereinen, ein Farbanschlag auf ihr Haus, die üble Nachrede in ihrem kleinen Heimatort in Nordrhein-Westfalen, Verfolgung von Reportern und nicht zuletzt die fristlose Kündigung ihrer Arbeitsstelle durch die Stadt Köln. Am meisten habe sie erschüttert, so Simone Baum, dass die Menschen, einschließlich ihres Arbeitgebers, die durch Correctiv und die Medien verbreiteten Vorwürfe ohne jede Prüfung übernommen und geglaubt hätten. Es reicht heute in Deutschland bereits das Gerücht, „rechts“ zu sein, um sich wirtschaftlicher und sozialer Vernichtung gegenüberzusehen. Die Autorin, selber in der DDR aufgewachsen, hätte es nicht für möglich gehalten, dass so etwas 80 Jahre nach Ende des Dritten Reiches und 35 Jahre nach Ende des SED-Regimes in Deutschland noch einmal geschehen könnte. In den meisten Fällen, so Simone Baum, sei sie nicht einmal persönlich um eine Stellungnahme ersucht worden.

Dank ihres tüchtigen Rechtsanwaltes verlief der Prozess gegen ihre Kündigung durch die Stadt Köln für Simone Baum erfolgreich: Sie wurde in alle ihre Rechte wieder eingesetzt. Dies habe ihr, so die Autorin, den Glauben an einen funktionierenden

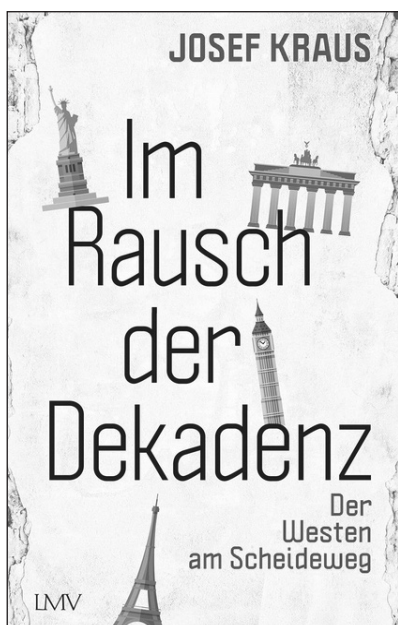
Rechtsstaat ein Stück weit wiedergegeben. Als bitterer Nachgeschmack bleibt für sie aber, dass weder ihr Arbeitgeber, noch die anderen willigen Abnehmer der Correctiv-Märchen es für nötig erachteten, sich bei ihr zu entschuldigen. Dies gilt im Übrigen auch für die CDU, die ihr langjähriges Mitglied Simone Baum ebenfalls rausschmeißen wollte (sie trat dann freiwillig aus). In der Zeit der großen Belastung sei, so Simone Baum, die Familie ihr größter Rückhalt gewesen, neben vielen Freunden, die sich stets zu ihr bekannt hätten. Gefreut habe sie sich auch über die mündliche und schriftliche Unterstützung vieler ihr bis dahin unbekannter Menschen.

Das vorliegende Buch ist ein wichtiges Zeugnis über die tatsächlichen Ereignisse des angeblichen „Geheimtreffens von Potsdam“, aber auch eine mahnende Anklage gegen die Politik und Medien, die gewissen- und skrupellos die Existenz unschuldiger Menschen aufs Spiel setzen, um ihr ideologisches Süppchen zu kochen. Fazit: Es sollte in keinem Bücher-schrank eines Freundes von Recht und Wahrheit fehlen.

Stephan Ehmke

Simone Baum: Die Potsdam-Legende. Einmal Hölle und zurück. Wie Correctiv eine Nation an der Nase herumgeführt hat. Verlag Book-Today 2024. Gebundene Ausgabe, 128 Seiten. 19,80 EUR.

Dekadent geht der Westen zugrunde



Mittlerweile ist der Unmut über die Zustände in Deutschland zwar weit verbreitet. Doch den meisten Menschen ist immer noch nicht bewusst, wie weit dieses Land schon heruntergekommen ist. Genau dies will Josef Kraus in seinem neuen Buch untersuchen, und das Resultat ist zutiefst erschreckend. Selbst genaue Beobachter dürften überrascht sein, wie tief Deutschland und der Westen bereits gesunken sind. Das Problem ist: Viele Zeichen des Verfalls werden zwar bemerkt, aber in der irren Hektik der sich jagenden Ereignisse wieder vergessen. Bisher fehlte eine systematische Gesamtschau, die jetzt Josef

Kraus - scharfsinnig und spitzzüngig wie immer - präsentiert.

Nach einem Gewaltmarsch durch die Geschichte der Dekadenz wendet sich Kraus dem Verfall der rechtsstaatlichen Institutionen zu. Leben wir noch in einer Demokratie oder doch schon in einer Demokratie? Letzteres ist wohl der Fall. Die Meinungsfreiheit, Garant für eine funktionierende Demokratie, ist in den letzten Jahrzehnten erst schleichend, dann immer offener bekämpft worden. Inzwischen haben wir es mit einer regelrechten Jagd auf alle zu tun, die es noch wagen, eine unabhängige oder den „Eliten“ missliebige Meinung zu haben. Angeführt wird diese Jagd von Politikern der Bundesregierung, die mit Denunziationsplattformen ohne Ende das Netz nach missliebigen Äußerungen durchsuchen lassen und dann die Staatsanwälte auf die „Meinungsverbrecher“ hetzen. Das Geld, das mit all den Abmahnungen erpresst wird, teilen sich Politiker und Plattformen. Denunziation ist somit ein erfolgreiches „Geschäftsmodell“ geworden! Zugleich jedoch können sich die Staatsanwaltschaften, die mit solchen Anzeigen überflutet werden, kaum noch ihren eigentlichen Aufgaben widmen.

Die Zahl der Straftaten hat 2023 die Grenze von 6 Millionen erreicht, und 14 % dieser Tatverdächtigen besaßen keinen deutschen Pass. Pass-

deutsche sind dabei nicht mitgerechnet, denn Doppelstaatler werden als deutsche Tatverdächtige gezählt. Bundesweit gibt es 146.000 [!] offene Haftbefehle. Doch gewiss ist es für die Staatsanwälte sehr viel weniger riskant, alleinerziehende Väter und Mütter wegen „Verleumdungsdelikten“ zu verfolgen, als sich etwa mit kriminellen Clans anzulegen. Ergo gilt: Da, wo der Staat sich zurücknehmen könnte, haut er mit dem Vorschlaghammer drauf. Aber da, wo er wirklich Stärke und Härte zeigen sollte, kneift er den Schwanz ein und verdrückt sich. Auch wenn diese Worte hart sind: Sie sind der realen Situation in diesem unserem Lande mehr als angemessen!

Gewalt an Schulen ist ein anderes brennendes Problem, das von der Politik ignoriert wird. Hin und wieder gibt es zwar Hilferufe, wie die von Lehrern einer Berliner Schule, die beklagen, dass Unterricht fast unmöglich sei, weil die Schüler kaum Deutsch sprächen und die Lehrer Angst vor ihnen hätten. Aber zum Schluss stehen die Lehrer mal wieder alleine da und im Regen.

Parallel zum Verfall der rechtsstaatlichen Institutionen werden Strukturen aufgehoben, die Menschen eine Zuflucht vor tyrannischen Zumutungen bieten. Dazu gehört primär die Familie. Kinder sollen möglichst früh dem Einfluss ihrer Eltern entzogen und in die Obhut staatlicher Stellen gegeben werden. Hier werden sie in möglichst frühem Alter bereits nach der neuesten Mode indoktriniert.

Nach dem verheerenden „Gleichstellungsgesetz“ können mit Bezug auf ihr Geschlecht verunsicherte Jugendliche ab 14 Jahren auch ohne die Einwilligung ihrer Eltern geschlechtsumwandelnde Hormontherapien oder Operationen erhalten. Überdies zwingt dieses Gesetz die Bürger zum Lügen, indem sie einen biologischen Mann nach Geschlechtsumwandlung bei Androhung einer Strafe von bis zu 10.000 Euro nicht als Mann bezeichnen dürfen...

Möglich ist dieser Irrsinn nur, weil inzwischen eine von Politik und Medien betriebene Propaganda Usus geworden ist, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die „woke“ Ideologie sowie die Umerziehung zum „neuen Menschen“ zu forcieren. Permanente Propaganda und Umerziehung aber waren Merkmale von Diktaturen, die wir mit dem 20. Jahrhundert überwunden zu haben vermeinten. Selbst wer das vorschnell ausgerufenen „Ende der Geschichte“ nach den friedlichen Revolutionen von 1989/90 und nach dem Zusammenbruch des Kommunismus als übertrieben optimistisch eingestuft hatte, hätte eine derartige Rückkehr totalitärer Methoden und des mit ihnen verbundenen (kranken) Denkens nicht für möglich gehalten.

Das Buch von Josef Kraus ist eine Warnung vor der Gefahr eines neuen, diesmal „bunten“ Totalitarismus, der unter dem Deckmantel der Vielfalt fast jede Verschiedenartigkeit beseitigen will. Wer dazu schweigt, stimmt faktisch zu! Wer das *nicht* will

und noch Argumente und Fakten benötigt, sollte das Buch nicht nur lesen, sondern für seine Verbreitung werben.

Beschließen wir diese Buchrezension mit einem Ausspruch des englischen Schriftstellers und Journalisten Gilbert K. Chesterton, der einmal sehr zutreffend meinte: „Dekadenz ist das Ergebnis von Wohlstand ohne Weis-

heit, Freude ohne Dankbarkeit und Macht ohne Verantwortung.“

Mario Kandil

Josef Kraus: Im Rausch der Dekadenz. Der Westen am Scheideweg, Langen Müller Verlag 2024. Hardcover. 24,00 EUR.

Totalschaden Baerbock: „Eine absolute Fehlbesetzung“



Eine Buch-Rezension über die ehemalige Außenministerin Deutschlands, Annalena Baerbock? Muss das wirklich sein? Ist sie nicht – Gott sei Dank – eine peinliche Figur von gestern? Doch, aus zweierlei Grün-

den: Erstens verkörpert die grüne Baerbock prototypisch und als Skandalbeispiel den vielfältig-negativen Führungsnachwuchs des etablierten Parteienkartells der zeitgenössischen Bundesrepublik. Zweitens ist die hochstaplerische Trampolin-Springerin zwar in Deutschland weg vom Fenster der Außenpolitik, hat sich aber einen führenden Posten bei der UNO ergattert. So kann die Blamage, die auf unser Land zurückfällt, auf weltweiter Bühne weitergehen.

Autor Werner Reichel legt mit „Best of Baerbock“ ein lesenswertes Buch vor, das in zehn Kapiteln den Weg einer grünen Spitzenpolitikerin klarsichtig seziert und professionell einordnet. Sein wenig überraschendes Ergebnis: Sie war als Außenpolitikerin eine absolute Fehlbesetzung, ein Totalschaden. Zurecht stellt er gleich zu Beginn seines Buches die Frage, wie diese Person mit so offenkun-

digen sprachlichen, intellektuellen und demokratiepolitischen Defiziten überhaupt in eine politische Spitzenposition kommen konnte.

Baerbock: Im Nebensatz Russland den Krieg erklärt

Reichel zeigt u.a. in beispielhaften Buch-Abschnitten wie „Inkompetenz und Bullshit“, „Polterdiplomatie und Fettnäpfe“, „Grüner Lack und Globalismus“ und „Best of Baerbock II: Ihre schönsten Versprecher“, dass es gerade ihre Defizite in Kombination mit einem völlig übersteigerten Geltungsdrang waren, die sie zur idealen Marionette weltweiter Drahtzieher machte. Sie verlieh während ihrer dreijährigen Amtszeit der transatlantischen, globalistischen Machtpolitik ein freundliches Regenbogen-Gesicht. Geschützt von linken Mainstream-Medien konnte die grüne Frau von 360-Grad-Wenden sprechen, von Ländern, die Hunderttausende Kilometer entfernt liegen, auf Kobolde in Akkus hinweisen und Panzerkriege im 19. Jahrhundert erfinden, wenn sie sich nicht gerade verhaspelte, Worte verdrehte oder in einem Nebensatz

Russland den Krieg erklärte.

Die Bilanz des Autors Reichel, dem für seine gut geschriebene Fleißarbeit Anerkennung gebührt, ist erschreckend. Drei Jahre lang trampelte Annalena Baerbock als Außenministerin durch den internationalen Porzellanladen. Damit hat sie Deutschland massiven Schaden zugefügt – aus Unbedarftheit und mit Absicht. In ihrer hohen UNO-Funktion, sie wurde kürzlich zur neuen Präsidentin der UN-Generalversammlung gewählt, dürfte ähnliches zu erwarten sein, leider!

BK

Wener Reichel, „Best of Baerbock – Der Karrieresprung vom Trampolin ins Außenministerium“, Kopp-Verlag 2024. Gebunden, 222 Seiten. 22,- EUR.

Die SWG hat eine neue Postadresse:

**Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V.
An der Alster 6
20099 Hamburg**

**Bitte alle Post nur noch an diese Adresse senden!
Das Postfach existiert nicht mehr.**

„Nicht mein Krieg“ – eine andere Sicht auf den Ukraine Konflikt



Helmut Roewer, Jurist und einst Oberster Verfassungsschützer in Thüringen, legte im Sommer 2024 eine Verbindung aus essayartiger Analyse und Tagebuch zum seit nun bereits über zwei Jahre währenden Ukraine-Krieg vor. Sein Buch hat zum Inhalt:

- 1) einen längeren Aufsatz zu den historischen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen dieses Kriegs, zu seiner unmittelbaren Vorgeschichte, zu seinem Verlauf sowie zu seinen Konsequenzen (auf 54 Seiten);
- 2) 257 Seiten des öffentlichen, im Internet geführten Tagebuchs des

Verfassers, der sich einmal täglich, einmal sporadisch zu den Kriegser eignissen äußert. Gemeinsam haben die beiden Buchteile eine lässige und polemische, oftmals amüsierte Färbung, mit der Helmut Roewer distanziert über den euphorischen wie ängstlichen Geisteszustand des Westens schreibt.

Roewer durchschaut die Machtkonstellationen hinter den Fassaden, die mit arger Mühe dauernd gepflegt und verändert werden müssen, wenn sich die bisher verkauften Botschaften nicht mehr halten lassen, da sie von der Realität widerlegt werden. Sprachlich teils polemisch, teils nonchalant, argumentiert Roewer in der Sache systematisch und mit Bedacht. Zuerst geht er auf die historisch-kulturellen Ursachen des Kriegs ein, indem er die geopolitischen Zusammenhänge seit dem Zusammenbruch der UdSSR schildert. Die USA wurden, so Roewer, damals zum Welthege mon und fingen an, über von ihnen finanziell kontrollierte Oligarchen – dem „Vorbild“ der Nachkriegszeit am Per sischen Golf folgend – die Gewinne aus der Ausbeutung der immensen Bodenschätze Russlands zu kassieren. Deswegen sei der nach dem Ende des Kalten Kriegs unterbrochene Konflikt mit Russland nach zehn Jahren erneut aufgebrochen, nachdem Putin diese

aus Russlands Sicht unerträgliche ökonomische Blutung ab 1999 beendet hatte. Roewer verweist auf das oft vergessene Faktum, dass die USA bereits 2002 mit Wirtschaftssanktionen gegen Russland operierten.

Was sind nun die Ziele beider Parteien im aktuellen Krieg? Aus Roewers Sicht geht es den USA um die Kontrolle über Bodenschätze und Agrarflächen, um den Zugang zum Schwarzen Meer und um die Schwächung Russlands bis hin zu Regimewechsel und der Einsetzung einer US-freundlichen Regierung. Zudem werde eine Stärkung der NATO und die permanente Ausgabe öffentlicher Mittel für den militärisch-industriellen Komplex angestrebt. Der befinde sich fest in den Händen jener „US-Plutokraten“, die die staatlichen Institutionen des Capitol Hill kontrollierten. Russland gehe es ebenso um Bodenschätze und die geostrategische Kontrolle seiner Umgebung, jedoch auch um den Schutz der eigenen nationalen Interessen und überdies um den Erhalt der territorialen Integrität. Die Integration russischsprachiger Bevölkerungsanteile der Ukraine in die Russische Föderation wertet Roewer als Nebenmotiv. Alles das, was beide Seiten in der Öffentlichkeit anderslautend behaupten, betrachtet Roewer als Propaganda. Weder werde in der Ukraine die Freiheit an sich verteidigt, noch gehe es Russland in erster Linie um das Selbstbestimmungsrecht ethnischer Russen in der Ukraine. Den absurdesten Aspekt westlicher

Propaganda benennt der Verfasser in klaren Worten: Wie kann ein Staat, der angeblich so schwach ist, dass er noch nicht einmal die Armee eines Landes wie der Ukraine besiegen kann, gleichzeitig kurz davor stehen, Polen und Deutschland mit einem Angriffskrieg zu überziehen?

Helmut Roewer erläutert, wie- so die westlichen Sanktionen Russland nicht geschadet hätten, enthält sich im Weiteren jedoch einer Bilanzierung der Verluste oder der militärischen Materialquantität und -qualität beider Seiten, weil es dazu keine verlässlichen öffentlich verfügbaren Daten gebe. Er macht allerdings klar, dass aus Sicht der USA nur ein Teil der Kriegsziele erreicht wurde: nämlich die Beauftragung der US-Rüstungsindustrie sowie die Erweiterung der NATO, auf die er im Detail nicht eingeht. Auch über das absehbare Kriegsende äußert er sich nicht. Er macht aber klar, dass das westliche Kriegsziel einer Rückeroberung der an Russland verlorenen ukrainischen Gebiete definitiv nicht erreichbar ist.

Fehlt etwas in Roewers Analyse? Wahrscheinlich bloß eine klare Erklärung dessen, was die „Torheit der Regierenden“ genannt wird: das politische Handeln *gegen* die eigenen Interessen. Stattdessen liefert der Autor eine bedenkenswerte Analyse des Kriegs (jawohl) der USA gegen Deutschland, des nach der Ukraine zweitwichtigsten Verlierers des Kriegs. Er zeigt, wie die politischen „Eliten“ der BRD mit den

USA zusammenwirken, um die BRD zu schädigen. Am Ende des ersten Teils von Roewers Buch steht jedoch die Hoffnung, dass sich Deutschland mittelfristig wieder auf seine eigenen Interessen besinnen wird. Es fragt sich bloß, wie lange das dauern und wer genau daran mitwirken wird.

Trotz der grausigen Thematik ist Roewers Buch auch unterhaltsam. Leser, die Zweifel an der westlichen Propaganda zum Ukrainekrieg hegen, sich jedoch mit den Fakten noch nicht auseinandersetzen konnten, erhalten im ersten Teil eine nahezu lückenlose Zusammenfassung der Fakten und Zusammenhänge. Leser, die die meisten Sachverhalte schon kennen, können im zweiten Teil die Erkenntnisse und Standpunkte eines mit viel Urteilskraft ausgestatteten Autors verfolgen, der Polemik und Komik als Waffen des intellektuellen Widerstands gut einzu-

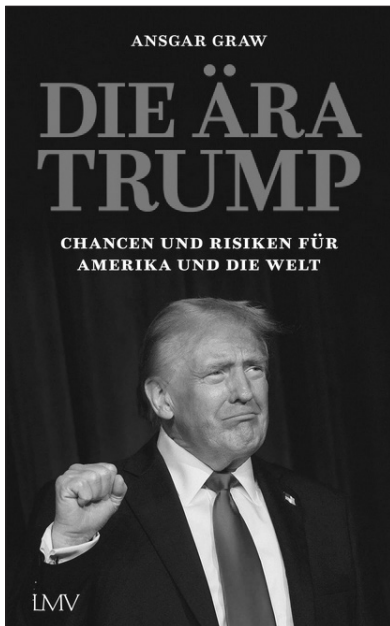
setzen versteht. Trotz allem wird Roewers Buch globalistische Anhänger der westlichen „Wertegemeinschaft“ nicht zu überzeugen vermögen. Denn diese (die öffentliche Meinung dominierende) Gruppe wird Roewer nach inzwischen gängigem Muster als „rechts“ oder als „russlandhörig“ verleumden. Dies geschieht aber zu Unrecht, da er ohne spezielle Sympathie für Russland lediglich eine nüchterne Analyse aus der Perspektive eines um das Wohl seines Landes besorgten Bürgers vornimmt. „Nicht mein Krieg“ ist als Lektüre ohne Einschränkung zu empfehlen.

Mario Kandil

Helmut Roewer: Nicht mein Krieg. Deutschland und der Ukraine-Konflikt. Bericht und Journal 2022/24, edition buchhaus loschwitz 2024. 22,00 EUR.

**Liebe Mitglieder und Freunde der SWG!
Für unsere Arbeit sind wir auch auf Ihre finanzielle
Unterstützung angewiesen. Bitte denken Sie deshalb
an Ihre Spende an uns. Auch kleine Beträge zählen!
Nutzen Sie bitte den diesem Heft beiliegenden
Überweisungsträger.
Es dankt herzlich Ihre SWG e.V.**

„Die Ära Trump“ – Versuch einer fairen Beurteilung



Dass Trump fast ausschließlich negativ bewertet werden müsse, ist eine Ansicht, die in Deutschland die meisten Menschen teilen. In ARD und ZDF wird fast nur negativ über

ihn berichtet. Und außer der [AfD](#) gibt es gewiss keine Partei, deren Führung sich nicht schon abwertend über Trump geäußert hätte. Auch der Autor des hier zu besprechenden Buchs, Ansgar Graw, der lange als Korrespondent in den USA gelebt hat, gehört zu jenen, die Trump kritisch sehen. Das Verdienst von Graws Anfang 2025 erschienenem Buch „Die Ära Trump“ liegt allerdings darin, dass es kein holzschnittartiges Porträt bietet.

Punkt für Punkt geht Graw alle gegen Trump erhobenen Vorwürfe durch und überprüft, ob sie sich auch belegen lassen. Dabei ist er weder Verteidiger noch Ankläger, bemüht sich jedoch, Trump trotz aller Kritik Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ansgar Graws Forderung lautet deshalb ganz klar: „Darum wird es Zeit, ehrlich mit Donald Trump umzugehen und gerechte Urteile zu fällen. Gerecht zu sein zu einem, der allenfalls selbstgerecht ist.“

Trump - pro und contra

Für die Behauptungen, Trump sei ein „Antisemit“ oder „homophob“, fänden sich ebenso wenig Belege wie dafür, dass er ein Rassist sei, der an die Überlegenheit der Weißen glaube. Und auch wenn seine Gegner ihn als Frauenfeind titulierte, zeige seine Biographie, dass er immer wieder Frauen in Führungspositionen

in seinen Unternehmen sowie im Weißen Haus eingesetzt habe. Und Trump sei auch nicht prinzipiell gegen Migranten, sondern habe sich in der Auseinandersetzung zwischen [Elon Musk](#) und den Rechten in seiner Partei auf die Seite von Musk gestellt, der für qualifizierte Zuwanderung ist, aber eben gegen illegale Migration.

Graw präsentiert manche überraschende Aussagen von Trump - so etwa, dass er sich oft gegen die Ideologie des sogenannten „amerikanischen Exzeptionalismus“ gewandt habe. Dies sei ein gefährlicher Begriff, befand Trump. Mitunter zeigt er eben ein Einfühlungsvermögen, das man bei ihm nicht vermutet hätte.

Kritisch sieht Graw Trumps häufig wiederholte Sympathiebekundungen für Autokraten und Diktatoren – ähnlich positive Aussagen findet man bei ihm kaum über demokratisch gewählte Staatsoberhäupter. Graw ist allerdings Optimist und glaubt, dass die Institutionen und die Verfassung der USA stärker sein und auch Versuche Trumps, Rechtsstaat und Demokratie auszuhöhlen, überleben würden.

T Trumps Rolle beim „Sturm“ auf das Capitol 2021 und der Fakt, dass er die 1.600 Teilnehmer desselben begnadigte, ließen Zweifel an seiner demokratischen Gesinnung und seinem Respekt vor dem Rechtsstaat aufkommen. Doch auch in dieser Hinsicht sei die Kritik überzogen - wie der Hinweis auf seine vermeintliche Drohung mit einem „Blutbad“ für den Fall, dass er die Wahlen verlöre. Wiewohl es sonnenklar ist, dass ein entsprechendes Trump-Zitat aus dem Zusammenhang gerissen und also verfälscht wurde, wird es bis heute von seinen Gegnern immer wieder angeführt. Ansgar Graw aber bringt weitere Exempel, bei denen Aussagen Trumps durch seine Gegner böswillig entstellt wurden.

Wirtschaftspolitik und Verhältnis zu Musk

Doch welche Kritik ist nach Meinung Graws berechtigt? Er führt einige Beispiele an, bei denen Donald Trump und seine Familie ihre geschäftlichen Interessen in einer ethisch fragwürdigen Art mit dem politischen Amt verquickten. In Trumps Wirtschaftspolitik erblickt Ansgar Graw positive wie negative Aspekte: Positiv seien Steuersenkungen und Deregulierungen, wie er sie in seiner ersten Amtszeit vorgenommen und für seine zweite Amtszeit angekündigt hat. Negativ sei seine Besessenheit von höheren Zöllen, also der Protektionismus, der bisher noch jedem Land auf lange Sicht geschadet habe. Und negativ sei

natürlich auch die exzessive Staatsverschuldung, bei der sich Trump jedoch nicht von Barack Obama oder von Joe Biden unterscheiden habe.

Was in Trumps Wirtschaftspolitik der zweiten Amtszeit dominieren wird, ist aus Sicht von Graw noch offen: „Wagt er mehr Markt oder zieht er sich zurück hinter Zollmauern?“ Vermutlich wird er beides tun. Die Sympathien des Autors liegen eher bei Javier Milei als bei Trump. Graw stellt heraus, dass sie sich im Stil zwar ähneln mögen, aber in den wirtschaftspolitischen Ideen sehr unterschiedlich geartet sind.

Der Einfluss von Elon Musk kann aus Sicht von Graw eher positiv sein. Es erhebe sich jedoch die Frage, wie lange sich Musk und Trump vertragen würden. Trump hasse es, wenn ein anderer neben ihm glänze. Werde es zwischen Trump und Musk, den beiden so schwierigen Persönlichkeiten, irgendwann zum Konflikt kommen? Falls ja, werde, so Graw, Trump am längeren Hebel sitzen.

Im besten Fall verstehe Trump, dass nicht bloß Musk ihn, sondern er auch Musk brauche. Von der notwendigen Entbürokratisierung und Deregulierung auch in der Raumfahrt würde Musk mit seinem Unternehmen Space X profitieren, aber am Ende ebenso Trump, wenn die USA in den nächsten vier Jahren einen großen Schritt auf dem Weg zum Mars vorankämen. Aber Trump denke, so Graw, eben oft nicht rational und sei unberechenbar. Und Musk werde sich garantiert niemals einem anderen unterordnen, auch nicht Trump. Umgekehrt werde Trump dies erst recht nicht machen.

Auswüchse von „Wokismus“ und „Genderideologie“

Positiv bewertet Graw (zu Recht) auch, dass Trump begonnen hat, die Auswüchse von „Woke-Kultur“ und „Genderideologie“ radikal zu beschneiden. Er verdankt seinen Erfolg u. a. auch dem Unmut sehr vieler Amerikaner über die von linken Tugendwächtern verhängten Tabus und Sprechverbote. Donald Trump „verkauft“ sich als Anwalt der freien Rede, wobei er – auch dies sagt Graw – die freie Rede häufig dazu verwendet, die Unwahrheit zu verbreiten. Alle wissen das, aber seine Anhänger scheinen sich nicht daran zu stören, empfinden ihn als authentisch und erblicken in ihm einen Advokaten des gesunden Menschenverstands. Trump habe „keine Überzeugung und

keine Gesinnung und keine Ideologie, allenfalls einige Versatzstücke daraus, die er als Commonsense-Haltung bezeichnet“, so Graw.

Insgesamt ist das 269 Seiten umfassende Buch ein gelungenes, in gleichem Maße differenziertes wie spannend geschriebenes Werk. Es besticht zudem durch seine Aktualität, weil alle Ereignisse bis zum Vortag von Trumps Inauguration am 20. Januar 2025 Berücksichtigung finden. Unbedingt zu empfehlen!

Mario Kandil

Ansgar Graw: Die Ära Trump. Chancen und Risiken für Amerika und die Welt. Langen Müller Verlag 2025. Paperback. 22,00 EUR.

Im Kampf für Recht und Gesetz



Wer während der Zeit der angeblichen „Corona-Pandemie“ in der Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung aktiv war, Demonstrationen organisiert und durchgeführt hat, ein Maskenattest hatte und noch dazu ungeimpft war, hat vielleicht Ähnliches erlebt wie Christiane Göbel, Autorin des vorliegenden Buches.

Ihre erschütternden Schilderungen zeigen einen Staat, der auf Anordnung der Politik Grundrechte aufhob oder einschränkte, Andersdenkende diffamierte und drangsalierte, die freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit behinderte und kriminalisierte. Seit der Enthüllung der sogenannten „RKI-Protokolle“ wissen wir, dass all dies ohne medizinische Begründungen allein aus Machtgier

der verantwortlichen Politiker und Militärs geschah. Ein Verfassungsbruch, der in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel dasteht.

Auch heute, drei Jahre nach Ende der Repressionen, ist die Geschichte noch nicht vorbei. Immer noch werden Ärzte angeklagt und inhaftiert, die auf der Grundlage des Nürnberger Kodex zum Wohle ihrer Patienten handelten und der übermächtigen Pharmaindustrie mit ihren politischen Handlangern die Stirn boten.

Die Bamberger Pferdetrainerin Christiane Göbel wurde nach eigener Schilderung als bis dahin unpolitische Frau im Jahre 2020 mehr oder weniger unfreiwillig zur „Querdenkerin“. Als selbständig Tätige wurde sie von den „Lockdown“-Maßnahmen mit der erzwungenen Isolation von Menschen auch wirtschaftlich unmittelbar betroffen. Trainerstunden und Kurse mussten ausfallen, die Honorare blieben aus, was bald dazu führte, dass Christiane Göbel in ernste finanzielle Schwierigkeiten geriet. Sie musste Auto und Wohnung aufgeben und im wahrsten Sinne zu ihren Pferden „in den Stall“ ziehen.

Da sie aufgrund von schweren Atemwegserkrankungen per ärztlichem Attest von der Maskenpflicht befreit und noch dazu die mRNA-„Impfung“ (in Wahrheit eine Gen-Experiment) verweigert hatte,

geriet sie bald nicht nur in den Fokus behördlicher Repressionen, sondern auch in Konfrontation zu ihren impf- und maskentreuen Mitbürgern. Denunziationen, aber auch verbale Angriffe und Herabwürdigungen in Supermärkten, Geschäften oder auf Parkplätzen wurden fast alltäglich. Zudem zog man die Rechtmäßigkeit ihres Maskenattestes in Zweifel, was schließlich im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen ihren Arzt zu einer Hausdurchsuchung und Strafanzeigen führte.

Erstaunt und erschüttert, dass dies im „besten Deutschland aller Zeiten“, fast achtzig Jahre nach Ende der nationalsozialistischen und dreißig Jahre nach Ende der kommunistischen Diktatur der DDR noch oder wieder möglich war, regte sich in der Bambergerin der Widerstandswille. Mit Gleichgesinnten gründete sie die Initiative „StayAwake Bamberg“ (www.stayawakebamberg.de) und organisierte Demonstrationen und „Spaziergänge“ in und in der Umgebung ihrer Stadt. Ziel war die Aufklärung ihrer Mitbürger über die andauernden verfassungswidrigen Rechtsbrüche, die Auflösung von Rechtsstaat und Demokratie, für Freiheit und Bürgerrechte.

Bald mussten die Initiatoren erleben, wie eine hasserfüllte Politik und die ihr hörigen Staatsmedien gegen die absolut und ausnahmslos friedlichen Demonstranten in aggressiver Weise Front machten und sie in die „rechte Ecke“ stellten. Das Framing

war dasselbe wie bei unzähligen anderen Bürgerrechtsinitiativen auch: Angeblich war die Bewegung unterwandert von „Rechtsextremen“ und „Reichsbürgern“, die sie für ihre Ziele instrumentalisierten. Bedauerlicherweise folgte die Mehrzahl der von den zwangsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Medien irregeleiteten Bürger dieser Propaganda und wandten sich ebenfalls gegen die Freiheitskämpfer.

Die Behörden begannen, die Demonstrationen durch rechtswidrige Auflagen und Schikanen zu behindern. Das Ziel war stets, die Versammlungen ganz zu untersagen oder schnell zu Ende zu bringen. Mit besonderer Erschütterung musste Christiane Göbel das Verhalten von meist jungen Polizisten erleben, die in völliger Missachtung des Verhältnismäßigkeitsgebotes teils mit erheblicher Brutalität gegen die friedlichen Demonstranten, darunter Frauen und Kinder, vorgingen.

Regelmäßig wurde die Bambergerin als Anmelderin von Demos wegen angeblicher Verstöße gegen die Versammlungsaufgaben angezeigt und bestraft. Die folgenden Gerichtsverhandlungen ließen sie den Glauben an eine unabhängige Justiz verlieren. Richter gerieten sich wie Staatsanwälte und nicht wie Unparteiische. Straf- und Bußgelder mit Zwangsvollstreckungen führten schließlich dazu, dass die Pferdetrainerin ihre geliebten Tiere aufgeben musste. Eine weitere Berufsausübung war dadurch unmöglich geworden. Doch fanden

sich immer wieder Menschen, die Christiane Göbel in der Not halfen. Nachdem ihre Beziehung unter dem Druck der Corona-Ereignisse zerbrochen war, fand sie schließlich im Kreise der Gleichgesinnten eine neue Liebe.

Trotz aller Widrigkeiten blieb die Bewegung bis zum Ende der Corona-Repressionen 2023 in Bamberg aktiv und ist es auch heute noch angesichts der fortgesetzten Angriffe gegen Freiheit und Demokratie seitens der Kartellpolitik. Die erheblichen seelischen und körperlichen Belastungen zwangen Christiane Göbel schließlich dazu, sich aus den politischen Aktivitäten weitgehend zurückzuziehen. Ihre traumatischen Erlebnisse konnte sie nicht zuletzt durch das Verfassen des vorliegenden Buches verarbeiten und bewältigen.

„**E**ine (Quer)Denkerin packt „Eaus“ ist eine Tatsachen- und

Erlebnisschilderung, die alle betroffen machen und aufwecken muss, denen etwas an Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit gelegen ist. Denn „Corona“ hat gezeigt, dass es in diesem Land eine Politik gibt, die bereit ist, diese um der Machterhaltung willen zu opfern. Jeder freiheitsliebende Bürger sollte bereit sein, dagegen mit allen friedlichen und legalen Mitteln zu kämpfen. Christiane Göbel hat es mit ihren Mitstreitern vorgemacht.

Fazit: Dieses Buch ist ein Muss!

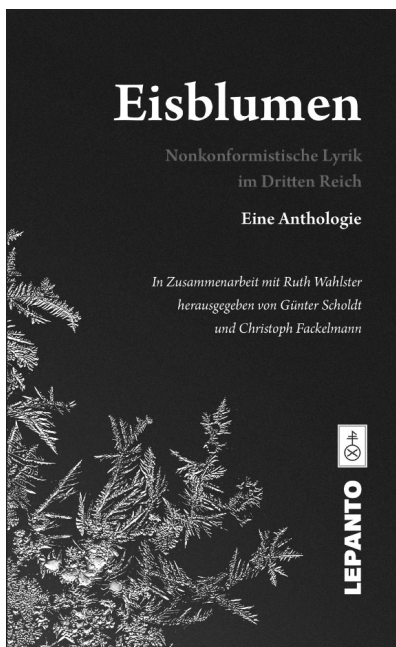
Stephan Ehmke

Christiane Göbel: Eine (Quer)Denkerin packt aus. Was die Welt über Corona nicht erfahren durfte. Im Kampf für Recht und Gesetz. Verlag Book-Today 2025. Gebunden, 244 Seiten. 29,90 EUR.

Ein (fast) unbekanntes Kapitel: Lyrik im 3. Reich.

Die Lyrik hat derzeit nicht gerade Konjunktur in deutscher Sprache. In Buchhandlungen wird man nach aktueller Poesie lange suchen, Autoren werden trotz recht zahlreicher Lyrikpreise eher nicht durch Gedichte berühmt. Allenfalls begegnet noch der „Poetry-Slam“ als vermeintlich zeitgemäße Form des mehr oder weniger poetischen Sprechtheaters. Dieses weitgehende Fehlen von öffentlich

wahrnehmbarer Äußerung in lyrischer Form könnte überraschen, denn Krisenzeiten fordern den poetischen Ausdruck in besonderer Weise heraus und bringen ihn hervor. So auch vor achtzig wie vor neunzig Jahren, als Dichter unter Extrembedingungen (über)leben mußten. Günter Scholdt und Christoph Fackelmann sind in dem hier angezeigten Sammelband darangegangen zu zeigen, wie und



worüber gedichtet wurde in den verdichteten Jahren 1933–1945. Diese Lektüre lohnt sich, denn sie hält einige Überraschungen bereit.

Wer in der Nachkriegszeit (und bis heute) aufgewachsen ist, wurde von Deutschlehrern, Medien und selbst Fachbüchern in dem Glauben erzogen, im sog. Dritten Reich sei nur minderwertige Literatur produziert worden, nämlich entweder billiger Kitsch, der von Krieg und Politik ablenken sollte, oder Propaganda. Alle „echten“ oder „kritischen“ Literaten seien ins Ausland geflohen; daher habe sich nur in der Emigrantenszene ein anspruchsvolles deutsches Kulturleben erhalten. Daß das ein Irrtum (oder besser: eine von eben diesen Emigranten bewußt herbeigeschriebe-

ne Falschbehauptung) ist, hat Scholdt schon vor drei Jahren in seinem Buch Schlaglichter auf die „Innere Emigration“. Nichtnationalsozialistische Belletristik in Deutschland 1933–1945 in geradezu enzyklopädischer Vielheit dargelegt. Nun ist im gleichen Verlag gewissermaßen eine Verlängerung des Themas ins Poetische erschienen. Die „Eisblumen“, die Fackelmann und Scholdt im ersten der zwei Bände versammelt haben, beweisen die hohe Qualität der Poesie jener Zeit – und deren Vielseitigkeit. Der nicht nach Autoren oder chronologisch, sondern nach Themen geordnete Band versammelt Natur- und Kriegsgedichte, phantastische Traum- und realistische Alltagspoesie, den „hohen Ton“ einer an der Klassik geschulten deutschen Dichtertradition ebenso wie neue und (damals) ganz moderne Sprachexperimente. Allen abgedruckten Werken ist nur eines gemeinsam: Ihre Schöpfer waren dem National-Sozialismus nicht angepaßt, sei es aus grundsätzlicher religiöser oder weltanschaulicher Opposition, sei es aus Enttäuschung und Abstoßung, sei es aus bewußtem, ausdrücklichem Desinteresse – auch letzteres eine gefährliche Haltung in totalitären Systemen.

Die Lektüre der Gedichte, sei es nun dem von den Herausgebern angelegten Themenpfad folgend oder kursorisch hin- und herblätternd, lehrt Achtung vor den Dichtern jener Jahre, die im Land blieben und sich den dortigen Verführungen und Bedrohungen stellten. Nicht nur die

inhaltlich-thematische und stilistische Breite ist beachtlich, sondern vor allem die politisch spitzen Anspielungen, die mehr oder weniger, manchmal kaum, verdeckten „heißen Eisen“ in der Motivauswahl, die Spottzeilen und Kritikverse. Wer es nicht gelesen hat, wird nicht glauben, was in der doch stark kontrollierten und zensierten Literaturlandschaft des Hitler-Staates mit seiner Reichsschrifttumskammer, seinen Parteimedien und Blockwarten alles möglich war. Manch ein Werk changiert geschickt um Bedeutungsnuancen, wie es der Poesie besonders gut möglich ist – in manchen Zeilen wird aber auch eine Anklage gegen Gewaltherrschaft und Krieg laut, die keine Zweideutigkeiten offen läßt. Diese Gedichte, vor allem auch in dieser Fülle, zu kennen, gehört unbedingt zum vollständigen Verständnis des kulturellen Lebens in der ersten deutschen Diktatur.

Im zweiten, deutlich schlanker gehaltenen Band setzen sich die Herausgeber literaturwissenschaftlich mit den im ersten Band gesammelten Gedichten auseinander. Dieser Teil steht zwischen Langessay und Nachschlagewerk; die Gedichte werden

hier teils zusammengefaßt, teils auch nur in den Kontext anderer, ähnlicher Gedichte gestellt. Querverbindungen werden geflochten und sonst leicht Übersehenes hervorgehoben. Diese Zusammenschau ergibt erst das ganze Bild für den, der weniger an der poetischen Ästhetik und Sprachgewalt der Dichter als an den Zeitumständen interessiert ist. Deutlich wird, wie viel in herkömmlichen Verflachungen unter den Tisch fällt. Die unangepaßte Literatur jener Jahre, gleich ob in der „inneren Emigration“ für die Schublade geschrieben oder durch Auflagenkönige, die auf dem Hochseil einer stets gefährdeten und gefährlichen öffentlichen Aufmerksamkeit tanzten, ist einer Wiederentdeckung mehr als wert. Die „Eisblumen“ sind wie ein Schlüssel zur Pforte dieser halb vergessenen geistigen Landschaft.

Konrad Gill

Eisblumen. Nonkonformistische Lyrik im Dritten Reich. Eine Anthologie. In Zusammenarbeit mit Ruth Wahlster herausgegeben von Günter Scholdt und Christoph Fackelmann. Lepanto-Verlag 2024. Zwei Bände, 838 Seiten. 32,- EUR.

Freilich

Hochwertiger Journalismus aus
konservativ-freiheitlicher Perspektive



Jahresabo

ab

58,-

Genug vom Mainstream?

- 6x im Jahr
- Sonderausgaben inkludiert
- Über 100 Seiten stark

Jetzt ein Abo
abschließen:

freilich-magazin.com